Preis: 2 Euro

LOTTA

antifaschistische Zeitung aus NRW

Nr. 8
Frühjahr 2002

www.free.de/lotta

Intoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 66 04
www.nadir.org/initiativen/intoladen_leipzig

Frauen in der extremen Rechten

10 Seiten Schwerpunktthema

Das (S)elend der Theorie

Der strukturelle Antisemitismus der Antideutschen

Schlagende Verbindung

V-Männer in und bei der NPD

incl. 12seitiger Beilage zur NPD

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

„Die nächste Ausgabe wird am 15.1.2002 erscheinen" schrieben wir im Editorial der letzten Ausgabe. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wir einigen uns darauf, dass heute der 15.1. und nicht der 15.4. ist oder aber Ihr entschuldigt unsere ‚kleine' Verspätung. Ab der nächsten Ausgabe ist aber wieder ein pünktliches Erscheinen gesichert. Als Trostbonbon kommen wir dieses mal auch ausnahmsweise und einmalig statt mit 40 Seiten, die wir ab dieser Ausgabe versprochen hatten, mit 52 Seiten plus einem 12seitigen Beihefter zur NPD, der uns freundlicherweise von den Antifa-Zeitungen „Der Rechte Rand" und „Enough is Enough" zur Verfügung gestellt wurde (besten Dank nach Hannover und Kiel!!).

ACHTUNG:

Wir haben eine neue Postadresse. Diese lautet:
LOTTA, Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist „Frauen in der extremen Rechten". Ab dieser Nr. 8 werden wir regelmäßig Schwerpunktthemen behandeln. Ansonsten haben wir das brisante Thema NPD-V-Männer, die Debatte über die Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen, eine Analyse der neuen „Wehrmachtsausstellung", zwei Artikel über die „Bürgerbewegung Pro Köln" und das „Blood and Honour"-Konzert in Dortmund, ein Interview mit Wolf von der Autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe sowie einen bestimmt für hitzige Debatten sorgenden Beitrag „über den strukturellen Antisemitismus der Antideutschen" und vieles mehr zu bieten.

Wir würden uns übrigens nach wie vor freuen, wenn Ihr uns mitteilen würdet, wo in Eurer Stadt LOTTA verkauft wird, bitte aber nur Orte mit regelmäßigen Öffnungszeiten wie Buchläden, Kneipen und Zentren, also keine unregelmäßigen Infotische.

Redaktionsschluß für die Nr. 9 ist der 26. Mai, erscheinen wird sie am 22. Juni. Themenschwerpunkt wird die anstehende Bundestagswahl und insbesondere programmatische Schnittmengen zwischen Positionen extrem rechter Parteien und denen der „Mitte" sein.

UND: Anläßlich der Ende September erscheinenden Nr.10 wird es eine große LOTTA-Party geben. Achtet also auf Ankündigungen, u.a. auf unserer Homepage www.free.de/lotta.

Dem- oder derjenigen LeserIn, der oder die als erste/r per Email an lotta@koma.free.de die folgende Preisfrage beantwortet, bekommt zu dieser Party freien Eintritt und soviel hochwertiges Pilsener (kein DAB!), wie er oder sie persönlich vertragen kann, ohne ausfallend zu werden (alternativ natürlich auch Säftchen). Also, zum Rätsel: In dieser Ausgabe hat sich ein gut getarnter „Blood & Honour"-Aktivist verborgen. Nein, nicht der auf Seite 33, das wäre zu einfach. Aufgabe ist es, ihn zu enttarnen. Viel Spaß beim Suchen und Finden. LOTTA-AutorInnen dürfen zwar mitraten, aber nicht mitgewinnen. Der Rechtsweg ist wie immer ausgeschlossen.

Und bitte vergeßt nicht: LOTTA ist ein Projekt von AntifaschistInnen für AntifaschistInnen, das nur existieren kann, wenn Ihr Euch an der Verbreitung, also z.B. an der Werbung und am Verkauf beteiligt. Ohne Euch macht das Projekt weder Sinn, noch ist es aufrecht zu halten.

Wir freuen uns über jede Form von Unterstützung!

Eure LOTTA-Redaktion

Inhalt

Gesellschaft	**Schall und Rauch**	
	Hürden und Friktionen bei der Entschädigung der ehemaligen NS ZwangsarbeiterInnen	3
	Eine neue Ausstellung für fast die gleiche These - Die neue "Wehrmachtsausstellung"	7
	Tatort Stadion - Ausstellung über Rassismus in den Fussballstadien	11
Schwerpunkt	**"Kämpferinnen für Deutschland"** - Frauen in der rechten Szene	12
	Frauen in der neonazistischen Szene in NRW - Ein Überblick	18
Braunzone	**Massenmission für das Patriachat** - "Kraft zum Leben"	22
Naziszene	**Schlagende Verbindung** - V-Männer in und bei der NPD	24
	Polizei ermöglicht „Blood and Honour"-Konzert in Dortmund - Kooperation erfolgreich	28
	Pro Köln - Eine rechte "Bürgerbewegung" geht auf die Straße	30
	DIKO-TEX - Textilien und mehr	33
	Michael Krick in den Niederlanden - nicht mehr lange?	34
	Der Fanclub des Christian M. - Neonazis in der Aachener Region	35
	Dorsten - "weltoffen und tolerant"?	38
Rechte Musik	**Schwarze Musik und rechte Hörer** - In T-Shirt, Timbs und Baggypants fürs Vaterland	38
Linke Debatte	**Die Hunde bellen...** - Interview mit der Autonomen L.U.P.U.S-Gruppe	40
	Das (S)elend der Theorie - Über den strukturellen Antisemitismus der Antideutschen	42
Rezension	**Duisburg - rechts um?!** - Neonazismus im Großraum Duisburg/Oberhausen	46
	Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften - Der Transfer eines Feindbildes	47
Rassismus	**AZR** - Tendenz zur Totalerfassung!	48
Kurzberichte	**Städteberichte** - kurz und bündig	49

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe ist der 15. April 2002

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

"'Vernichtung durch Arbeit', so war das Programm definiert. Zeigen Sie Herrn Gibowski mal dieses Papier. Wieviel von einem Sklavenarbeiter profitiert wurde. Abzüglich der Kosten für das Wegbringen der Asche und der Knochen. Das ist ein deutsches Originaldokument."

Rudy Kennedy, ehemaliger Zwangsarbeiter
der IG-Farben in Auschwitz-Monowitz
(Gibowski ist der Sprecher der
Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft)

Von Paul Pante

Schall und Rauch

Hürden und Friktionen bei der Entschädigung der ehemaligen NS ZwangsarbeiterInnen

Das Kapitel der Entschädigung für NS-Zwangsarbeit ist immer noch nicht zu Ende, auch wenn selbstzufriedene Verantwortliche wie Graf Lambsdorff die Zwangsarbeiter-Innenentschädigung jetzt schon als einen großen Erfolg bewerten. Genau genommen ist es erst seit Sommer 2001 in die zweite Runde gegangen. Fast 18 Monate sind vergangen seit dem für die Entschädigungsfrage historischen Beschluss des deutschen Bundestages vom Juni 2000 über die Gründung der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft", aus deren Vermögen von 10 Milliarden DM die ehemaligen NS-ZwangsarbeiterInnen endlich entschädigt werden sollen. Keine weiteren Worte sollen an dieser Stelle verloren werden über die 56 Jahre währende, skandalöse Verschleppung der Entschädigung durch die Bundesregierung, die ausschließlich im Interesse der ehemaligen Sklavenhalter geschah. Auch nicht darüber, dass erst die Drohung US-amerikanischer Millionenklagen die ehemaligen Sklavenhalter an den Verhandlungstisch nötigte, und dass sie mit dem ausgehandelten Anteil von real 2,5 Milliarden DM (nach Steuerabsetzung) so billig davon gekommen sind, wie sie es wohl selber nicht für möglich gehalten hatten. Es soll also nicht zum x-ten Mal der Nachweis geführt werden, dass es der Wirtschaft nicht um die NS-Opfer ging, sondern ums Geschäft. Es sollen hier einige aktuelle Probleme vorgestellt werden, mit denen die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen konfrontiert sind, wenn sie ihren legitimen Anspruch auf Entschädigung durchsetzen wollen.

Seit diesem Sommer - der Bundestag hat am 30. Mai 2001 endlich die so genannte "Rechtssicherheit" festgestellt, die Wirtschaft den größten Teil ihres Anteils überwiesen (den Rest im Oktober 2001) - wird Geld an die Opfer ausgezahlt. Was einfach klingt, ist in Wahrheit ein langer und bürokratischer Marathon, der den hochbetagten NS-Opfern abverlangt wird. Zum Ablauf des Verfahrens: Die zehn Milliarden DM sind an die insgesamt sieben verschiedenen Partnerorganisationen der deutschen Stiftung ausgezahlt worden. Deren Aufgabe besteht darin, das Geld an die Anspruchsberechtigten auszuzahlen. Partnerorganisationen gibt es in Russland, Weißrussland, Polen,

Tschechien und der Ukraine. Die beiden übrigen Organisationen sind die "Jewish Claims Conference" (JCC) für die jüdischen Opfer und die "International Organisation for Migration" (IOM), die den "Rest der Welt" (so die saloppe Formulierung in den Verhandlungen um die Entschädigungssumme) betreut. Hier handelt es sich vor allem um ehemalige OstarbeiterInnen, die ihren Wohnsitz außerhalb der oben genannten Länder haben. Betrüblicherweise hatte die IOM während der Verhandlungen, in denen ein unabänderlicher Verteilungsschlüssel für die 10 Milliarden DM fixiert wurde, die machtlosesten Lobbyisten und erhielt somit am wenigsten Geld - mit der Folge, dass wohl einige Tausend ehemalige ZwangsarbeiterInnen nicht entschädigt werden können.

Die verschiedenen Anspruchsberechtigten

In Anbetracht der Unterschiedlichkeit der Lebensbedingungen, denen die NS-ZwangsarbeiterInnen in Deutschland unterworfen waren, hat der Gesetzgeber finanzielle Abstufungen vorgenommen. Menschen der ersten Gruppe, die sogenannten SklavenarbeiterInnen, erhalten "bis zu" 15.000 DM. Hierunter fallen diejenigen, die in Konzentrationslager oder im Ghetto inhaftiert worden waren und Zwangsarbeit leisten mussten. Automatisch in die erste Kategorie fallen alle jüdischen ZwangsarbeiterInnen, die unterschiedlos und von vornherein dem nationalsozialistischen Vernichtungswillen ausgeliefert waren. Auch Häftlinge der "Arbeitserziehungslager" (AEL), in denen die Herren Betriebsführer arbeitsunwillige oder -unfähige ZwangsarbeiterInnen einsperren und oft zu Tode arbeiten ließen, sollen die Höchstsumme erhalten Leider ist AEL-Haft so gut wie nie nachzuweisen, da die Gestapo vor Kriegsende fast alle diesbezüglichen Unterlagen vernichtet hat. "Normale" ZwangsarbeiterInnen - die zweite Gruppe - erhalten "bis zu" 5.000 DM. Dieser Kategorie wird die weit überwiegende Mehrheit der ukrainischen, russischen und weißrussischen OstarbeiterInnen sowie der polnischen ZivilarbeiterInnen zugeordnet. Von der Entschädigung ausgeschlossen bleiben folgende Gruppen:

- Kriegsgefangene. Nach der Genfer Konvention war es erlaubt, Kriegsgefangene für sich arbeiten zu lassen - wenn auch nicht in der Rüstungsindustrie. Zudem war den Gefangenen eine korrekte Unterbringung und Verpflegung zu gewähren. Weder die eine noch die andere Bedingung wurde von den Deutschen eingehalten, was leider in den Verhandlungen um die Entschädigung nicht ausreichend thematisiert wurde. So gehen ausgerechnet die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen leer aus, die abgesehen von den jüdischen ZwangsarbeiterInnen unter den schlechtesten Bedingungen zu leiden hatten - ein Skandal.
- ZivilarbeiterInnen, die freiwillig nach Deutschland gekommen waren. Diese auf den ersten Blick nachvollziehbare Einschränkung hat folgenschwere Konsequenzen, wie zu zeigen sein wird.
- ZivilarbeiterInnen aus den westeuropäischen Ländern - soweit sie nicht KZ- oder AEL-Häftlinge gewesen sind. Obwohl es nicht ausdrücklich im Entschädigungsgesetz steht, soll diese Gruppe keine Entschädigung erhalten. Dies wird mit ihren damaligen vergleichsweise günstigen Lebens- und Arbeitsbedingungen begründet. Ob diese Praxis zu halten ist, wird sich in Zukunft zeigen.
- Italienische Militärinternierte. Diese Gruppe unterlag einem Sonderstatus. Sie waren weder Kriegsgefangene noch Zivilarbeiter und hatten unter katastrophalen Bedingungen zu arbeiten und zu leben. Tausende kamen ums Leben. In Nachverhandlungen wurde vereinbart, ihnen wenigstens einen symbolischen Betrag auszuzahlen (womit die Mittel der IOM weiter schrumpfen).

Der entscheidende Passus im Entschädigungsgesetz ist der § 11. Dieser bestimmt, dass die Zwangsarbeit, bzw. der unfreiwillige Aufenthalt in Deutschland mit Dokumenten nachgewiesen oder zumindest glaubhaft gemacht werden muss. Hier wird deutlich, dass nicht HistorikerInnen und ArchivarInnen an der Entstehung des Gesetzes beteiligt waren, sondern JuristInnen. Die ehemaligen Opfer müssen die Nachfolger der Täter nicht nur um ein Almosen bitten, sondern auch noch um einen Berechtigungsnachweis. Immer wieder wurde von SpezialistInnen darauf hingewiesen, dass es vielfach unmöglich ist, solche Nachweise zu beschaffen - viele ehemalige ZwangsarbeiterInnen haben ihre deutschen Arbeits- und Kennkarten aus gutem Grund nicht aufbewahrt. Zunächst ist es schon psychologisch mehr als verständlich, dass sich viele so schnell wie möglich der Dokumente der eigenen Unterdrückung und Demütigung entledigt haben. Darüber hinaus mussten ehemalige OstarbeiterInnen in der stalinistischen Sowjetunion den Vorwurf der Kollaboration mit den Deutschen fürchten. Alle OstarbeiterInnen durchliefen nach ihrer Rückkehr so genannte "Filtrierungslager" des Geheimdienstes NKWD. Gut ein Fünftel von ihnen verschwand in einem GULag. Die übrigen zogen es vor, über ihre als "unrühmlich" empfundene Vergangenheit zu schweigen. Von diesen Menschen wollen deutsche Behörden jetzt Dokumente und Beweise. Es überrascht nicht, dass die meisten der ehemaligen Sklavenhalter keine Namenskarteien mehr besitzen. Nach der Befreiung vom Faschismus rauchten die Schornsteine weiter - diesmal brannte das belastende Aktenmaterial. Auch die Akten der deutschen Arbeitsverwaltung sind weitgehend nicht mehr vorhanden. In den meisten Archiven sieht es ähnlich aus: fast überall wurde aussortiert und gefleddert und es muss zeitaufwendig und mühsam rekonstruiert werden. Wenn ehemalige ZwangsarbeiterInnen sich heute an deutsche Archive wenden, um sich ihren Aufenthalt in Deutschland bescheinigen zu lassen, beginnt eine langwierige Recherche, an deren Ende dann oft mit mehr oder weniger großem Bedauern mitgeteilt wird, dass man leider

über keine Unterlagen verfüge. In solchen Fällen werden die NS-Opfer an den Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes in Bad Arolsen verwiesen.

Der Internationale Suchdienst des Roten Kreuzes in Bad Arolsen

In der nicht enden wollenden Kette von Skandalen und Unzulänglichkeiten bei der Entschädigung der ehemaligen NS-ZwangsarbeiterInnen steht der Internationale Suchdienst des Roten Kreuzes in Bad Arolsen (ISD) an vorderster Stelle. Der ISD, der den Vereinten Nationen untersteht, besitzt das weltweit größte Archiv mit Unterlagen aus der NS-Zeit - insgesamt 48 Millionen Einzeldokumente. In den Beständen finden sich massenweise Zugangs- und Abgangslisten, Stammbücher mit Namenslisten ehemaliger Konzentrationslager, Akten der Gestapo, der Arbeitsämter, etc.. Sogar Tausende von AOK-Karteikarten ehemaliger ZwangsarbeiterInnen liegen in Bad Arolsen. Der ISD hatte diese Dokumente nach dem Krieg mit Unterstützung der Alliierten gesammelt, um über das Schicksal der Millionen Flüchtlinge Auskunft geben zu können, die nach 1945 in ganz Europa umherwanderten. Diese einzigartige Sammlung von Dokumenten ist unbegreiflicherweise für die Forschung nicht zugänglich. Der ISD nutzt dieses einzigartige Material exklusiv und zwar in einer unerträglichen Art und Weise. Seit dem Ende der Sowjetunion und dem Aufkommen der Entschädigungsdebatte erhält der ISD täglich Anfragen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen in hoher Zahl. Diese vermag er jedoch - trotz der immens hohen Zahl von über 400(!) MitarbeiterInnen - nur im Schneckentempo zu bearbeiten. Zwischen drei Monaten und fünf Jahren kann es dauern, bis eine Anfrage an den ISD beantwortet wird. Unzählige ehemalige ZwangsarbeiterInnen haben die Antwort auf ihre Anfrage nicht mehr erlebt. Zahlreiche Anfragen sind auch unbeantwortet geblieben - ob aus Schlamperei, sei dahingestellt. Die Antworten dieses "Suchdienstes" sind in einigen Fällen dermaßen ungenau und nichtssagend, dass sie bei den Partnerorganisationen als "nicht ausreichend" qualifiziert werden und zu ablehnenden Bescheiden führen. Der Arolsen-Skandal ist spätestens seit einer Sendung eines WDR-Teams aus dem Jahr 1999 bekannt. Bekannt ist auch, dass der Leiter der Behörde, der Schweizer Charles Biedermann, der Personifikation von Arroganz und Unfähigkeit nahe kommt. Trotz aller Proteste von HistorikerInnen und ArchivarInnen wird kaum etwas gegen diese Missstände unternommen. Ein Versuch der Verfahrensbeschleunigung ist die Einrichtung von Clearingstellen in 17 deutschen Staatsarchiven. Diese sollen dafür sorgen, dass der Briefverkehr zwischen AntragstellerInnen, ISD und kommunalen Archiven beschleunigt wird. Ob dies durch die Einschaltung einer weiteren bürokratischen Behörde erreicht wird, darf allerdings bezweifelt werden.

Die Partnerorganisationen

Ein weitere Hürde in der mittlerweile entstandenen Entschädigungsbürokratie stellen einige Partnerorganisationen selbst dar. Besonders die ukrainische Organisation ist mehrmals vehement kritisiert worden. Abgesehen davon, dass der Ablauf des "Entschädigungsvorgangs" allgemein als sehr bürokratisch empfundenen wird und sich AntragstellerInnen über arrogante und unkooperative SachbearbeiterInnen beschwerten, ist es ist häufig vorgekommen, dass Bescheinigungen, die AntragstellerInnen von deutschen Archiven über ihre geleistete Zwangsarbeit erhalten hatten, seitens der Partnerorganisationen nicht anerkannt wurden. Hierfür gibt es vor allem zwei Ursachen:

1) Aufgrund fehlender Quellen sind viele Bescheinigungen nicht konkret genug formuliert worden.

2) Bei vielen AntragstellerInnen aus Ländern der ehemaligen SU wird der Zwangscharakter der in

Deutschland geleisteten Arbeit bezweifelt. Dabei beziehen sich die Partnerorganisationen offenbar auf Listen, die der NKWD nach dem Krieg in den Filtrierungslagern angefertigt hat. Diese wiederum gründeten teilweise auf Listen der ehemaligen deutschen Besatzer, die ihrerseits Namenslisten mit "freiwilligen Arbeitskräften" angefertigt hatten - meistens vor offenem Gewehrlauf von den "OstarbeiterInnen" unterschrieben.

Die Folge sind erneute langwierige Briefwechsel zwischen den Behörden und den hochbetagten NS-Opfern, die oftmals nicht in der Lage sind, selbst zu korrespondieren, sondern dies, wenn sie Glück haben, Verfolgtenorganisationen oder aber teuren Anwälten überlassen müssen. Inzwischen hat sich in dieser Frage die Bundesstiftung eingeschaltet und entschieden, dass bei OstarbeiterInnen prinzipiell der "Deportationstatbestand" zu unterstellen sei. Ob diese Versicherung hilft und die Partnerorganisationen überzeugt, wird die Zukunft zeigen. Merkwürdig mutet auch an, dass die NS-Opfer nicht, wie vorgesehen, die vollen Beträge bekommen sollen. In der Ukraine erhalten ehemalige ZwangsarbeiterInnen 4.300 DM. Der Rest wird vermutlich unter "Verwaltungskosten" abgebucht - obwohl dafür schon ein eigener Teil des Gesamtpaketes reserviert war. Auch wird nicht alles auf einmal ausgezahlt, sondern erst eine Rate von 1.750 DM. Die zweite Rate soll folgen, wenn alle die erste erhalten haben. Dies kann noch einige Monate dauern, denn die Antragsfrist ist bis Jahresende verlängert worden (warum sie derart knapp bemessen worden ist, bleibt im übrigen unverständlich). Die Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten wird also weiter abnehmen, vielleicht sogar so stark, dass am Ende noch ein Restbetrag übrig bleibt. Dieser kommt dann allerdings nicht, was naheliegend wäre, derjenigen Partnerorganisation zugute, die von dem gesamten Entschädigungskuchen am wenigsten erhalten hat, nämlich der IOM. Das einmal verteilte Geld bleibt in der jeweiligen Partnerorganisation, die ja schließlich auch einen bürokratischen Apparat zu unterhalten hat.

Fazit

Es fällt angesichts der geschilderten Missstände schwer, die Entschädigung der NS-ZwangsarbeiterInnen als einen Fortschritt zu bezeichnen. Immerhin noch einige Hunderttausend ehemalige ZwangsarbeiterInnen werden endlich das ihnen zustehende Geld erhalten und wenigstens ihren Lebensabend sorgenfrei (in finanzieller Hinsicht) verbringen können. Die meisten haben freilich das erbärmliche Gefeilsche und Gezerre der ehemaligen Herrenmenschen um die Entschädigung nicht mehr miterlebt. Der gesamte Weg der so genannten "Zwangsarbeiter-Innenentschädigung" ist mit Ungerechtigkeiten und haarsträubenden Fehlern gepflastert. Selbst routinemäßige Aktionen wie ein Währungsumtausch in großem Stil entwickelten sich zu desaströsen Pannen. So wollte die polnische Stiftung sich ihren Anteil in Zloty auszahlen lassen. Indem die Dresdner Bank die gewaltige Summe von über einer Milliarde DM auf einmal tauschte, trieb sie den Preis des Zloty künstlich in die Höhe, so dass beim Umtausch etwa 130 Mio. DM "verloren" gingen (es überrascht nicht, dass zuerst vorgeschlagen wurde, die polnischen KZ-Opfer sollten auf 2.000 DM verzichten, was verhindert werden konnte). Es ist kein Zufall, dass allein die NS-ZwangsarbeiterInnen die Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten dieses auf die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft zugeschnittenen Systems ausbaden müssen. Während diese peinlich genau darüber wacht, dass sie ja keine Mark zuviel überweist, bleibt den NS-ZwangsarbeiterInnen nur Hoffnung. Hoffnung darauf, dass sie den Tag der Auszahlung noch erleben werden.

Buch-Tipp

Klaus Körner
'Der Antrag ist abzulehnen'.
14 Vorwände gegen eine Zwangsarbeiter-Entschädigung.
Eine deutsche Skandalgeschichte 1945-2000
ca. 160 Seiten, broschiert
DM 25 (konkret-Literaturverlag)

Links

http://www.stiftung-evz.de
offizielle Regierungsseite

http://www.nsberatung.de/zwangsar.htm
Verfolgtenorganisation

http://www.claimscon.org/

http://www.compensation-for-forced-labour.org/

http://www.hco.hagen.de/zwangsarbeit/index1.html

Von Gerold Hannen

Eine neue Ausstellung für fast die gleiche These

Das Nachfolgeprojekt der Ausstellung "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht" des „Hamburger Instituts für Sozialforschung" (HIS) dokumentiert das Ende der Legende von der sauberen Wehrmacht und schließt Frieden mit der etablierten Geschichtswissenschaft.

Die Vorgeschichte ist bekannt: Nachdem sie lange Zeit nur in Fachkreisen Beachtung fand, wurde die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht zu einem Politikum, nachdem der CSU-Politiker Peter Gauweiler zu Protesten aufgerufen hatte und sein Aufruf im rechten Spektrum auf Widerhall gestoßen war. Neonazis mobilisierten wiederholt erfolgreich zu Aufmärschen gegen die Ausstellung. Die von der kaum weniger rechts stehenden Strömung „Burschenschaftliche Gemeinschaft" geführte „Deutsche Burschenschaft" führte eine Kampagne durch, die den wissenschaftlichen Anspruch der Ausstellung in Frage stellen sollte. In zahlreichen Städten versuchten verbohrte CDU-Stadtverordnete mit zunehmend geringer werdenden Erfolgsaussichten und notfalls im Bündnis mit der extremen Rechten, "ihrer" Stadt die Ausstellung zu ersparen.

Aktiv und als Gesamtorganisation

Auf zahllosen Begleitveranstaltungen diskutierte entlang der Stationen der Ausstellung die Generation der KriegsteilnehmerInnen mit ihren Kindern und Enkeln. Selbst der Bundestag befasste sich mit der These der Ausstellung, der zufolge "die Wehrmacht aktiv und als Gesamtorganisation" an der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im den besetzten Gebieten der Sowjetunion und den anderen unter deutscher Herrschaft begangenen Verbrechen der deutschen BesatzerInnen an Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in Osteuropa und auf dem Balkan beteiligt war. Nach der Goldhagen-Debatte stand erneut die Beteiligung der ordinary germans, zumindest der Männer, an den NS-Verbrechen zur Debatte: Jede Familie hatte mindestens einen Soldaten gestellt und viele Veteranen bekannten erstmals ihren Kindern und Enkeln die Beteiligung an Wehrmachtsverbrechen. Auch die Frage nach der Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure stellte sich neu: War es nicht gerechtfertigt gewesen, sich einer solchen Organisation wie der Wehrmacht zu entziehen? Zu guter letzt musste sich auch die Bundeswehr auf dem Sprung zur weltweiten Interventionstruppe Fragen zu ihrem Verständnis von Tradition und ihren Wurzeln in der Wehrmacht gefallen lassen.

Was alle wussten setzt sich durch

Über mehrere Jahre blieb die Geschichte der Wehrmachtsausstellung eine Erfolgsgeschichte. Das in Deutschland jahrzehntelang verdrängte Wissen um die Rolle der Wehrmacht bei den NS-Verbrechen trat wieder an die Oberfläche, die Legende von der sauberen Wehrmacht war auf dem Rückzug: Nein, nicht nur die SS hatte die Verbrechen begangen, an denen sich die Wehrmacht angeblich allenfalls passiv, durch Duldung beteiligte. Aktiv hatten reguläre Soldaten die Verbrechen unterstützt und auch selbst geplant und ausgeführt. Wider besseren Wissens und aus durchsichtigen Motiven stellten sich zuletzt nur noch NPD und andere Nazis der Ausstellung entgegen, mit zunehmend rabiateren Mitteln bis hin zu einem Bombenanschlag in Saarbrücken. Personen wie der Düsseldorfer Oberbürgermeister Joachim Erwin, welcher der Ausstellung städtische Unterstützung verweigerte, galten als peinliche Figuren. Dennoch gab es weiter Vorbehalte gegen die Ausstellung, auch in konservativen und etablierten Kreisen. Vielen, die der Ausstellung nichts entgegenhalten konnten, blieb sie trotzdem ein Dorn im Auge. Und mit aufatmender Erleichterung nahmen diese Teile der Öffentlichkeit die Forschungsergebnisse jener Historiker zur Kenntnis, die 1999, vier Jahre nach Ausstellungseröffnung, den begründeten Verdacht äußerten, dass in der Ausstellung mehrere Fotos nicht wie von den Ausstellungsmachern angenommen, Opfer von Verbrechen der deutschen BesatzerInnen, sondern vom sowjetischen Geheimdienst NKWD Ermordete zeigten. Mittlerweile ist bekannt, dass auf den betreffenden Photos sowohl Opfer der deutschen Besatzungstruppen als auch des NKWD abgebildet sind. Doch zunächst gerieten die Ausstellungsmacher unter Druck: Die Kunde von den fehlerhaft beschrifteten Bildern fand große Resonanz, den Verkündern der für jede und jeden, der oder dem die deutsche Nation am Herzen lag, frohen Kunde standen die wichtigsten Fachzeitschriften ebenso zur Verfügung wie die eigentlich nur für ihre bunten Kuchendiagramme bekannte Illustrierte „Focus". Eine Schlüsselrolle nahm dabei der Leiter des Münchener „Instituts für Zeitgeschichte", Horst Möller, ein, der besagten Historikern etwa in Interviews gegenüber dem „Focus" Rückendeckung gab und dabei auch seine Motivation nicht verheimlichte: Zu verhindern, dass die Ausstellung

auch außerhalb Deutschlands gezeigt und das Ansehen Deutschlands damit gefährdet würde.

Obwohl nur einige wenige Fotos betroffen waren und die These der Ausstellung an anderen Stellen gut belegt war, gerieten die Ausstellungsmacher in die Defensive und machten, wohl entnervt von der jahrelangen Auseinandersetzung, in der ihre GegnerInnen nie vor persönlichen Angriffen zurück geschreckt waren, Fehler. Überhebliches Auftreten und Strafanzeigen gegen ihre KritikerInnen führten sie in der öffentlichen Diskussion ins Abseits. Im November 1999 stoppte der Chef des HIS, Jan Philipp Reemtsma die Ausstellung; Ausstellungsleiter Hannes Heer wurde entlassen. Eine Kommission, besetzt mit etablierten HistorikerInnen, durchaus Meinungsmacher im Bereich Geschichte, wurde mit der Überprüfung der Ausstellung beauftragt und stellte fest, dass die Ausstellung "keine Fälschungen im Sinne der leitenden Fragestellungen und Thesen" enthielt. Dennoch empfahlen sie eine Überarbeitung, da die Ausstellung einige Fehler und Ungenauigkeiten enthalte und "vor allem durch die Art der Präsentation allzu pauschale und suggestive Aussagen" mache und "pauschalisiere".

Der Vernichtungskrieg als Ausnahme

Pauschalisierung - das hatten die KritikerInnen der Ausstellung vom zurückgebliebenen Lokalpolitiker über verbiesterte Veteranen bis hin zum Nazi-Bombenleger der Ausstellung stets vorgeworfen und die VerteidigerInnen hatten ihnen stets entgegengehalten, dass eine Aussage über "die Wehrmacht" natürlich pauschalisiere, wie etwa eine Aussage über "die Kirche" oder "die Sozialdemokratie" auch. Nie hatte die Ausstellung behauptet, jeder Soldat oder Offizier wäre an den Wehrmachtsverbrechen beteiligt gewesen, wie auch nie jemand behauptet hat, jeder mittelalterliche Meßdiener trage Schuld an der Inquisition (der Vergleich sei an dieser Stelle zu verzeihen). Der Überprüfungskommission reichte das nicht: Sie empfahl, die Beteiligung der Wehrmacht an den Naziverbrechen im besetzten Osteuropa nicht als Beleg für die Rolle "der Wehrmacht" bei der Ausführung der NS-Verbrechen heranzuziehen, sondern als Ausnahme darzustellen. Der Ausstellung sei vorzuhalten, dass sie durch die Form ihrer Präsentation dazu beitrage, "dass sie nicht als eine Ausstellung über die Besonderheiten des in der Sowjetunion geführten Vernichtungskrieges, sondern als eine Ausstellung über `die´ Wehrmacht" verstanden werde. Eine neue Ausstellung sollte des weiteren Rücksicht auf das geplagte Nervenkostüm der Kriegsgeneration sowie wahrscheinlich der ganzen Nation nehmen und den "Gestus der Staatsanwaltschaft" vermeiden. Statt dessen sollten "Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft" der neuen Ausstellung ihr Gepräge geben. Geschichtswissenschaft, damit dürfte wahrscheinlich eher der geschichtswissenschaftliche Universitätsbetrieb gemeint gewesen sein, der bis 1995 der im öffentlichen Bewußtsein fest verankerten Legende von der sauberen Wehrmacht nicht, jedenfalls nicht ausdrücklich und öffentlichkeitswirksam, widersprochen hatte. Die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht hatte sich erklärtermaßen gegen diese Legende gerichtet, deren Entstehung in Zusammenhang mit der Remilitarisierung der alten BRD dargestellt und deren Verbreitung durch millionenfach erschienene Artikel in Illustrierten, Romanen, popularwissenschaftlichen Abhandlungen und nicht zuletzt Memoiren von Wehrmachtsoffizieren breiten Raum in der Darstellung eingeräumt. Die etablierte Geschichtswissenschaft, deren RepräsentantInnen durchgehend "Doktorkinder" von "Doktorvätern" waren, die ihre Karriere während des NS begonnen hatten oder selbst Wehrmachtssoldaten gewesen waren, hatte dem vier Jahrzehnte lang nichts entgegengesetzt, jedenfalls nichts wirksames. Und die universitäre Linke nach "68" interessierte sich nicht für einfache Soldaten, sondern suchte die Schuld für die Verbrechen beim "Kapital" - mit unsäglichen Ergebnissen. Es hatte der privat finanzierten nichtuniversitären Außenseiter vom HIS bedurft, um dieses

Versäumnis zu beseitigen. Unausgesprochen war die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht auch eine Kritik an der vorherrschenden Geschichtswissenschaft gewesen, deren Methoden und Theorien nun wieder zum Maßstab der neuen Ausstellung gemacht werden sollten. Die Geschichtswissenschaft als universitäre Disziplin verlangte nun die Disziplinierung der Außenseiter, ganz klassisch durch Nachsitzen.

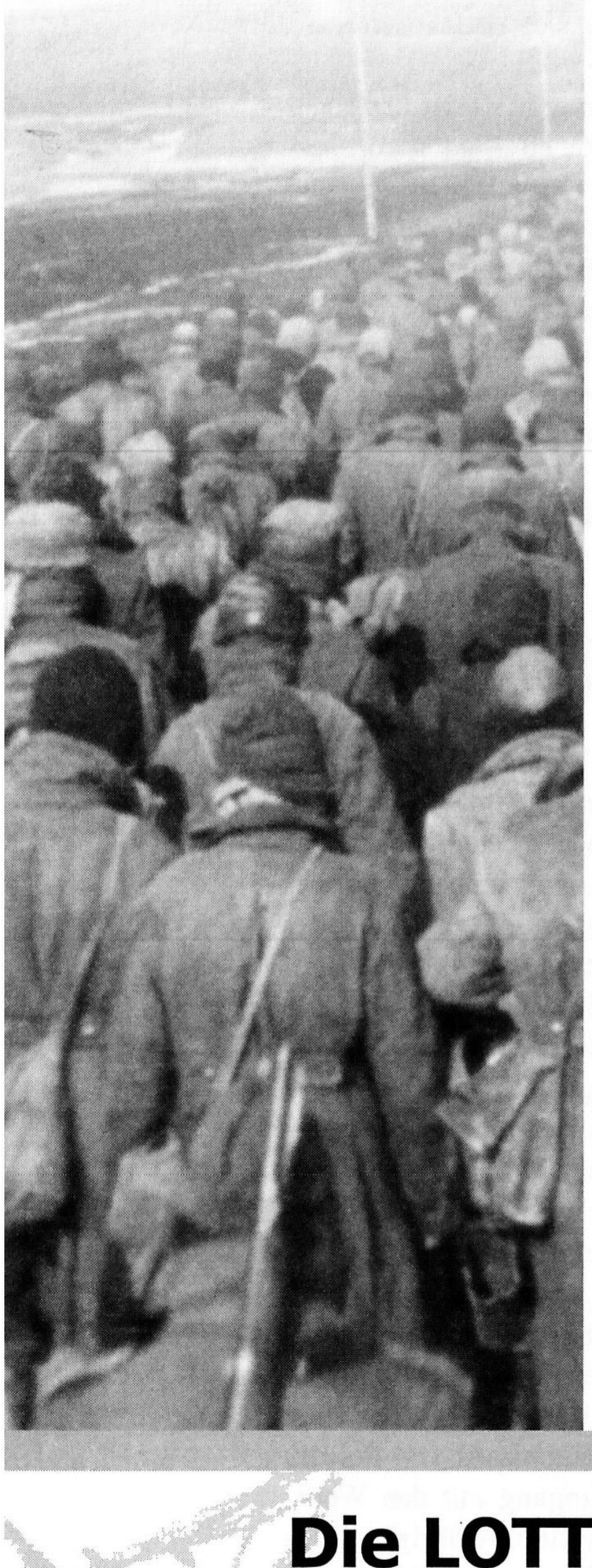
Aktiv, aber nicht als Gesamtorganisation

Und so geriet die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht - Dimensionen des Vernichtungskrieges", die seit Dezember vorigen Jahres gezeigt wird, zu einer neuen Ausstellung und ist nicht einfach nur die um einige Fehler reduzierte Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht. Die Legendenbildung von der sauberen Wehrmacht kommt nur noch am Rande vor, auf die nach "68" erworbenen Verdienste der deutschen Geschichtswissenschaft und ihr Forschungsstand zum Thema Wehrmachtsverbrechen wird hingewiesen und bedauert, dass dieses Wissen nicht in das Bewusstsein der Bevölkerung gelangte. Das Ausstellungselement Eisernes Kreuz, das als gemeinsames Symbol von Wehrmacht und Bundeswehr Fragen an deren Geschichte und Geschichte aufwarf, wurde durch einen Tunnel ersetzt. Ausdrücklich bezieht sich die neue Ausstellung nur auf den Krieg gegen die Sowjetunion und in Südosteuropa, ausdrücklich wird dieser abgegrenzt von den anderen Feldzügen der Wehrmacht. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die bisherige Forschung keine Aussagen über die Anzahl der an den Verbrechen beteiligten Soldaten zulässt. Sorgsam wird unterschieden zwischen der Planung der Wehrmachtsführung und dem späteren Geschehen vor Ort, für das Planung eben nur ein Faktor war, neben den Handlungsbedingungen und den Einstellungen der Akteure. Den Wehrmachtssoldaten werden keine niederen Motive wie Sadismus oder Antisemitismus mehr unterstellt. Die Vernichtungskrieg-Ausstellung hatte noch dargestellt, wie die den verbrecherischen Befehlen zugrunde liegenden Einstellungen vor dem Hintergrund eines geistigen Klimas in der Weimarer Republik, repräsentiert durch auflagenstarke Autoren wie Ernst Jünger, entstanden und wie in diesem Klima von der Wehrmachtsführung im Konsens mit den Spitzen des NS-Staaten Befehle ausformuliert und sowohl von den Offizieren als auch den Mannschaften willig (belegt durch Feldpostbriefe oder etwa Fotos, die Wehrmachtssoldaten zeigen, die großen Spaß an der Demütigung und Mißhandlung von Juden hatten) umgesetzt wurden. Die neue Ausstellung unterlässt eine solch stringente Argumentation und differenziert auftragsgemäß: Verbrecherische Befehle, etwa zur Ermordung von Kindern, wurden auf verschiedenen Befehlsebenen erlassen und umgesetzt - oder eben auch nicht. Als Täterkollektiv tritt weniger der gesamte Wehrmachtsapparat in Erscheinung sondern einzelne Einheiten der Wehrmacht, häufiger auch deren Kommandeure als verantwortliche Individuen. Wohlgemerkt: Falsch ist das alles nicht. Wenn die neue Ausstellung die Spielräume der am "Russlandfeldzug" beteiligten Soldaten breit erörtert, ist das sogar höchst interessant und rückt die Rechtfertigung von Verbrechen durch die Berufung auf einen Befehlsnotstand ganz nebenbei in ein anderes Licht. Und auch die neu aufgenommenen Schauplätze und Dimensionen von Wehrmachtsverbrechen, etwa die Lager für sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland oder die Belagerung Leningrads zum Zwecke der Vernichtung der Zivilbevölkerung, machen die Ausstellung sehenswert.

Keine Aussage - kein Rechtfertigungsdruck

Die Frage nach der Rolle der Wehrmacht als Gesamtorganisation bleibt jedoch ungelöst im Raum stehen. Wege zu ihrer Beantwortung werden nicht aufgezeigt. Festzustehen scheint nur, dass nicht etwa aus einer Eskalation heraus, sondern nach bereits vor Beginn des Krieges im Osten gefassten Plänen, sich die Wehrmacht aktiv und passiv an den NS-Verbrechen beteiligt hat. Aber diese in Befehle gefassten Pläne konnten umgangen, abgeschwächt oder nicht befolgt werden und manche (oder viele?) Offiziere und Soldaten nutzen diese Möglichkeit. Es ist aber nicht bekannt, wie viele das waren. Am Ende waren aber dennoch Millionen Menschen verhungert, verschleppt und ermordet. Ist die Frage nach der Rolle "der" Wehrmacht damit beantwortet? In jedem Fall entfällt der Druck, Stellung zu beziehen: Kein Veteran wird in die Pflicht genommen, darzulegen wie er diese Spielräume genutzt hat, schließlich ist die Schuld eine individuelle, allenfalls die einzelner Einheiten, keineswegs aber nötigt die Zugehörigkeit zur Wehrmacht zu einer Stellungnahme. Und niemand wird zu Überlegungen genötigt, was aus den Verbrechen für den Einsatz deutscher Soldaten nach 1945 folgt. Auch die Frage nach Versäumnissen von Politik, Justiz und Wissenschaft beim Umgang mit den Wehrmachtsverbrechen während einer fünfzigjährigen Geschichte der BRD stellt sich durch die neue Ausstellung in abgeschwächter Form. So wurde etwa kommentarlos jedes Element der Vorgängerausstellung weggelassen, das als positive Bezugnahme auf den Umgang mit den Wehrmachtsverbrechen im ehemaligen Ostblock hätte missverstanden werden können. Der Minsker Prozess gegen gefangene deutsche Soldaten in frisch befreiten Gebieten der Sowjetunion, der in der alten Ausstellung noch als

Beleg für die Verbrechen der Wehrmacht erwähnt wurde, kommt in der neuen Ausstellung nicht mehr vor. Statt dessen wird zu den sowjetischen Prozessen nur kurz erwähnt, dass sie zentral gesteuert waren und die Angeklagten häufig ohne Verteidigung auskommen mussten. Und auch das ist nicht falsch, ärgerlich ist nur, dass damit eine Entlastungsstrategie der Täter aufgegriffen wird: Die Legende von der sauberen Wehrmacht konnte sich unter anderem dadurch fast 50 Jahre, mindestens aber bis "68", im öffentlichen Bewusstsein am Leben erhalten, dass Kritik aus den Staaten des damaligen Realsozialismus von westdeutscher Seite als Feindpropaganda abgetan wurde. Und als wollten sie dieser Abwehrstrategie nachträglich Legitimität verleihen, stellt die neue Ausstellung eine Kampagne der DDR-Behörden gegen einen westdeutschen Politiker heraus, dem von DDR-Behörden Beteiligung an Wehrmachtverbrechen nachgesagt wurde. Wohl zu Unrecht, wie ein westdeutsches Gericht schließlich feststellte. Und das hätte man doch gerne genauer gewusst: Was folgt aus dem instrumentellen und propagandistischen Umgang "des Ostblocks" mit den Wehrmachtsverbrechen? Sind die Urteile von sowjetischen Gerichten aussagekräftig für eine Beurteilung des Vernichtungskrieges? Und die Forschungen von DDR-HistorikerInnen? Ist die westdeutsche Justiz Vorwürfen aus dem Ostblock ernsthaft nachgegangen? Und die westdeutsche Wissenschaft?



Wasserdicht und unfruchtbar

Mehrere Stellwände stellen die Vorgeschichte der neuen Ausstellung dar und die Absicht der MacherInnen, keine Angriffsflächen zu bieten, tritt fortlaufend zu Tage: Eventuellen KritikerInnen wird eine Unmenge von Dokumenten, dargereicht nach einem ausgeklügelten museumspädagogischen Konzept, entgegengehalten. Die Verwendung von Fotos erfolgt im Kontext ausführlicher Erörterungen zu der generellen Verwendung von Fotos als historische Quelle. Das stärker noch als in der Vorgängerausstellung als Maßstab herangezogene Kriegsvölkerrecht wird in einer Breite präsentiert, die sicherlich für jedes rechtsgeschichtliche Proseminar ausreicht. Bis zur letzten Tafel bleibt allerdings offen, warum eine neue Ausstellung erstellt wurde und nicht, wie von den Machern der alten Ausstellung in ihrer Stellungnahme zu dem Gutachten der Kommission angeboten, die alte einfach innerhalb eines Monats überarbeitet wurde. Die Entlastung der Macher der alten Ausstellung wird jedenfalls in der neuen anhand entsprechender Artikel aus der "Zeit" stolz ausgestellt. Warum also die neue Ausstellung? So bleibt zusammenfassend festzuhalten, dass die neue "Verbrechen der Wehrmacht"-Ausstellung des HIS eine neue konsensuale Auffassung von der Rolle der Wehrmacht im NS ausstellt, welche die Kernthese der ersten Ausstellung nur zum Teil einschließt bzw. durch Ausdifferenzierung relativiert. Es werden jetzt Zugeständnisse an Veteranen und den etablierten Wissenschaftsbetrieb gemacht. Dennoch hat die Ausstellung die Vorstellung, nur die SS habe Verbrechen begangen und die Wehrmacht hätte hieran allenfalls Mitschuld durch passive Duldung gehabt, endgültig unhaltbar werden lassen. Was aber als "pauschaler" Vorwurf an die Veteranen oder die Nation hätte verstanden werden können, wurde vermieden. Die Geschichte der Wehrmacht wird als eine Geschichte dargestellt, die spätestens mit der neuen Ausstellung vorbei ist und keine Fragen an die Gegenwart mehr aufwirft. Impulse für neue Debatten, für eine Fortsetzung der Diskussion über den historischen Nationalsozialismus und die Beteiligung weiterer Bevölkerungsgruppen oder gar der „Volksgemeinschaft" sind von ihr wohl kaum zu erwarten. Widerspruch wird wohl den Nazis überlassen bleiben, die aber auch dafür demonstrieren würden, dass die Erde eine Scheibe ist, wenn es sich nur um eine deutsche Scheibe handelt.

Die LOTTA hat eine neue Adresse!

LOTTA

Am Förderturm 27

46049 Oberhausen

Online:

http://www.free.de/lotta

lotta@koma.free.de

Von Thomas Glöy (BAFF)

Tatort Stadion

Eine Ausstellung wird zum Politikum

Die Wanderausstellung „Tatort Stadion - Rassismus und Diskriminierung im Fußball“, die bereits in Berlin, Hamburg und vom 18.02. bis 16.03. auch in Bochum zu sehen war, wurde vom „Bündnis Aktiver Fußballfans“ (BAFF) in Kooperation mit „Football Against Racism in Europe“ (FARE) konzipiert und erstellt.

Das 1993 gegründete BAFF hat sich dem Kampf gegen Rassismus und die Auswüchse der fortschreitenden Kommerzialisierung im Fußball verschrieben und tritt zudem konsequent für den Erhalt von Stehplatzbereichen als Ausdruck einer über Jahrzehnte gewachsenen Fankultur in den Stadien ein. Derzeit sind über 50 Gruppen und etwa 200 Einzelmitglieder im BAFF organisiert. BAFF dient in erster Linie als Forum, in dem sich die Fans der verschiedenen Vereine austauschen können, um diese Erfahrungen dann vor Ort nutzen können.

„Tatort Stadion“ gibt einen Überblick über rassistische und diskriminierende Vorfälle, Übergriffe und Entwicklungen in deutschen Stadien seit den 80er Jahren. Es werden Verbindungen von rechten Fangruppierungen zu Gruppierungen der extremen Rechten und ihre ideologische Schnittmengen thematisiert. Fragwürdige Positionen von Verbänden, Vereinen und Spielern, die oft als Beschleuniger von rechten Ressentiments und Gewalt wirken, werden ebenso dokumentiert, wie die Gegenbewegung in den Fanszenen. So schafft „Tatort Stadion“ eine Sensibilisierung und zeigt ebenso Alternativen auf, wie antirassistische und antidiskriminierende Arbeit in Stadien aussehen kann.

Auch dokumentiert werden mindestens fragwürdige Zitate des DFB-Präsidenten Gerhard Mayer-Vorfelder. Das hiermit verbundene Infragestellen der Eignung Mayer-Vorfelders für eine Vorbildfunktion führte zu einer raschen Forderung des DFB, die entsprechende Stellwand aus der Ausstellung zu entfernen. Dieses wurde von BAFF abgelehnt, was zur Folge hatte, dass der DFB seine zugesagte Unterstützung von 5.000 zurückzog. Dabei werden sogar zwei DFB-Wände, deren Grundtenor antirassistische DFB-Aktionen positiv bewertet, mit ausgestellt. Die Kritik am Präsidenten ist räumlich getrennt davon angebracht. Deshalb muss gefragt werden, ob nicht der DFB selbst durch sein Verhalten einen „albernen ideologischen Grabenkampf“, wie es BAFF vorgeworfen wird, eröffnet hat.

Es fällt zudem auf, dass die meisten Kritiker in der Öffentlichkeit ein Bild malen, als wenn es sich um eine Anti-Mayer-Vorfelder-Ausstellung handeln würde, der DFB-Präsident wird jedoch lediglich auf einer der 23 Stellwände thematisiert.

Rückzüge gab es nach dem Eingreifen des DFB auch von zwei Schirmherren der Ausstellung. Michael Preetz, Stürmer bei Hertha BSC und Vizepräsident der Spielergewerkschaft VdV, und Prof. Gunter Pilz, selbsternannter Fan- und Gewaltforscher an der Uni Hannover, legten ihre Posten nieder. Besonders bei Pilz ist das verwunderlich, war er doch als Experte in die Erstellung der Texte eingebunden. Sein Verhalten kann also nur auf eine gewisse Abhängigkeit und falsch verstandene Loyalität dem DFB gegenüber zurückgeführt werden.

Standhaft blieb allerdings der Hauptschirmherr, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD). Seit Februar hat die Ausstellung nun auch einen weiteren Schirmherren: Der Tübinger Rhetorikprofessor und Literaturwissenschaftler Walter Jens übernahm dieses Amt. In Bochum eröffnete der stellvertretende Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Michael Vesper (Bündnis 90/Die Grünen), die Ausstellung. Eine ihm angetragene regionale Schirmherrschaft lehnte er jedoch ab. Ebenso verweigerte der VfL Bochum, wie schon der Hamburger SV in Hamburg, jegliche Unterstützung. Der DFB hatte zuvor in einem Schreiben an alle Profivereine verlangt, „Tatort Stadion“ die Kooperation zu verweigern. Um das Zeigen der Ausstellung zu verhindern, sollte sogar auf die Trägervereine der Fanprojekte eingewirkt werden. Umso bemerkenswerter war es, dass das Fanprojekt Bochum weiter als örtlicher Veranstalter fungierte, ebenso wie der FC St. Pauli das Projekt uneingeschränkt unterstützt.

PDS und die Grünen zeigten neben finanziellen Zuwendungen großes Interesse, die Ausstellung in mehreren Städten zu zeigen. Als BAFF aber beispielsweise den Grünen in München mitteilte, dass dort erst in der zweiten Jahreshälfte und damit nach den Kommunalwahlen im März Station gemacht werden könnte, schwand das Interesse doch merklich. Auch deshalb will BAFF sich so weit wie möglich unabhängig von Parteien bewegen, Zusammenarbeit besonders mit Fans, aber auch den Vereinen, steht weiterhin an vorderster Stelle.

Das bisherige Resümee kann nur heißen: Die Ausstellung ist ein voller Erfolg, besonders das Verweilen in Bochum muss als solcher gewertet werden, über 6.000 Besucher, darunter zahlreiche Schulklassen, fanden sich ein, mehr als zuvor in Berlin und Hamburg zusammen. Das Thema ist und bleibt wichtig und es war mehr als richtig, den Erpressungs- und Zensurversuchen des DFB nicht nachzugeben.

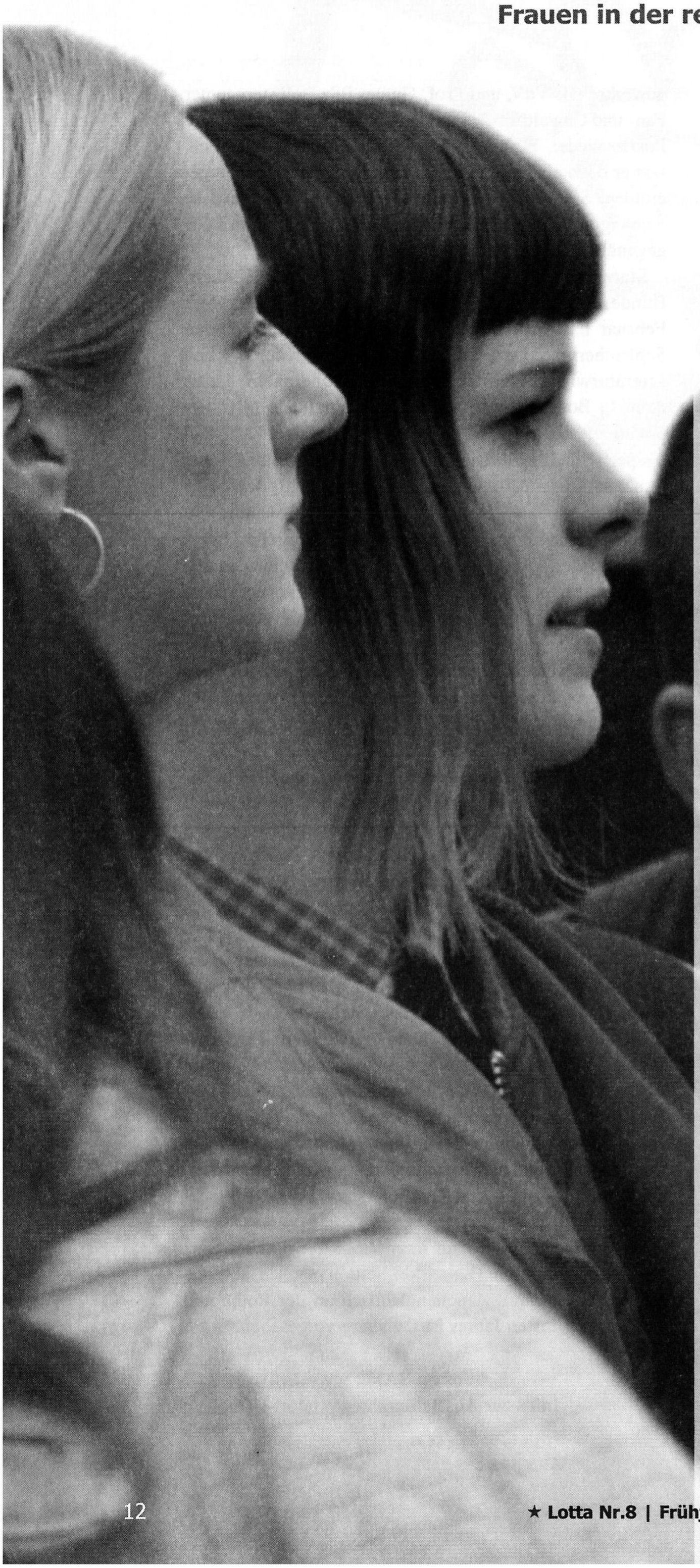
Die Ausstellung wird auf ihrer Reise durchs Land voraussichtlich im Juli in Düsseldorf Station machen, ab Ende November ist dann Mönchengladbach an der Reihe und im Januar nächsten Jahres ist Duisburg vorgesehen.

Infos zu BAFF: www.aktive-fans.de
Infos zur Ausstellung: www.tatort-stadion.de

Von Sarah Domtal

"Kämpferinnen für Deutschland"

Frauen in der rechten Szene



Lange Zeit wurde an der Einschätzung festgehalten, dass Neofaschismus eine reine Männersache sei. Dabei wurde ignoriert, dass Frau als handelndes Subjekt auch Täterin sein kann, die rassistisches und nationalistisches Gedankengut verbreitet. Seit einiger Zeit aber wird – auch von den Medien - zunehmend betont, dass Frauen aktiv im braunen Netz verstrickt sind und unterschiedliche Aufgaben und Funktionen übernehmen. Schon ein Blick auf die Struktur der rechten Wahlparteien und ihrer WählerInnen reicht aus, um das Klischee der gutmütigen Frau, die gegenüber faschistischen Ideologien per se weniger anfällig ist, zu entkräften. So beträgt der Frauenanteil der WählerInnen rechter Parteien rund 1/3. Der Anteil der Frauen in der DVU oder der NPD in NRW liegt zwischen 10 und 15%, bei den REPs um die 20%. Ein Vergleich zu den etablierten Parteien zeigt, dass lediglich bei den Grünen mehr als 30% weibliche Mitglieder zu finden sind. Auch im Hinblick auf Führungspositionen gibt es nur geringfügige Unterschiede: bei den REPs sind drei des 15köpfigen NRW-Landesvorstands Frauen, in der CDU sitzen zwei Frauen im 11köpfigen NRW-Landesvorstand. Dies verdeutlicht, dass Frauen als Sympathisantinnen und Aktivistinnen für die Reproduktion faschistischer Ideologien mitverantwortlich sind und damit aktiv zur Unterdrückung anderer beitragen.

Wird ein Blick hinter die Kulissen geworfen, wird klar, dass es nicht *die* Neofaschistin gibt. Auch hier liegt, ähnlich wie in der „rechten Szene" selbst, eine Heterogenität vor, die sich in unterschiedlichen Rollen, Betätigungsfeldern, Frauenbildern und Lebensrealitäten widerspiegelt.

Das tradierte Frauenbild und dessen „Modernisierung"

Das verbreitetste Frauenbild, dass hauptsächlich von Männern, aber auch von einem Großteil der Frauen vertreten und als weiblicher Lebensentwurf idealisiert wird, ist das der Mutter, Hausfrau und Gefährtin des Mannes. Die Rolle der Frau wird in diesem patriarchalischen Bild auf Hüterin von Heim und Herd reduziert, die allein für den Gefühlshaushalt in der Familie zuständig ist. Indem Fraueninteressen immer dem Gemeinwohl untergeordnet und nur im Zusammenhang mit Familien- und Bevölkerungsthemen beachtet werden, erhält das Bild eine unterdrückende und Herrschaft sichernde Funktion: so wird propagiert, dass die Hauptaufgabe der Frau darin bestünde, „viele blonde, blauäugige Herrenmenschen zu produzieren", um das Überleben der arischen Rasse zu sichern. Genau diese „naturgegebene Fähigkeit" zu gebären und mit der ihr innewohnenden

Sanftheit für ihre Familie zu sorgen, sei der Wesensunterschied zwischen den Geschlechtern, der die Frau zwar gleichwertig, aber nicht gleichartig mache. Das tradierte Frauenbild orientiert sich in seiner biologistischen Argumentation stark am NS-Frauenbild und beweist somit eine inhaltliche Kontinuität, die personell noch untermauert wird. So gab und gibt es immer wieder Frauen, die als Bindeglieder zwischen Alt- und Neonazis fungieren.

Dennoch wird heutzutage versucht, ein „neues" Frauenbild zu propagieren, dass dem modernen Zeitgeist und den Lebensrealitäten von Frauen eher entspricht. Ein Grund für diese „Modernisierung" liegt in der Annahme, dass viele Frauen eine traditionelle Frauenrolle ablehnen, aus Angst, ihre selbstverständlichen Freiheiten zu verlieren. Daher soll die Orientierung an der modernen Frau erfolgen, die ihren Weg geht und ihre eigenen Ziele selbstbewusst ansteuert. Verfechterinnen dieses Ansatzes gehen dennoch davon aus, dass nicht die Selbstverwirklichung die Frauen „aus dem Haus treibt", sondern z.B. in Bezug auf Ausbildung/Beruf, die existentielle Notwendigkeit, eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Will frau sich selbst verwirklichen, so solle dies nur mit der ihr „ureigenen Aufgabe" der Familiengründung einhergehen! In Krisenzeiten könne frau an der Seite der Männer auf ihre Weise für das Wohl des deutschen Volkes kämpfen. Da sie aber „von Natur aus nicht so belastbar" sei, könne sie sich jederzeit in ihre eigentlichen Aufgabenbereiche zurückziehen. Gleichberechtigung heißt hier demnach bestenfalls die Anerkennung als ebenbürtig, nicht aber das Übernehmen gleicher Aufgaben. Dies zeigt, dass am „Ideal" der traditionellen Frauenrolle, biologistisch begründet, weiter festgehalten wird. Die Bemühungen, das Frauenbild zu modernisieren, verdeutlichen, dass die bestehenden Widersprüche „biologistischer vs. emanzipatorischer Grundannahmen" (traditionell vs. modern) hier nicht gelöst werden können.

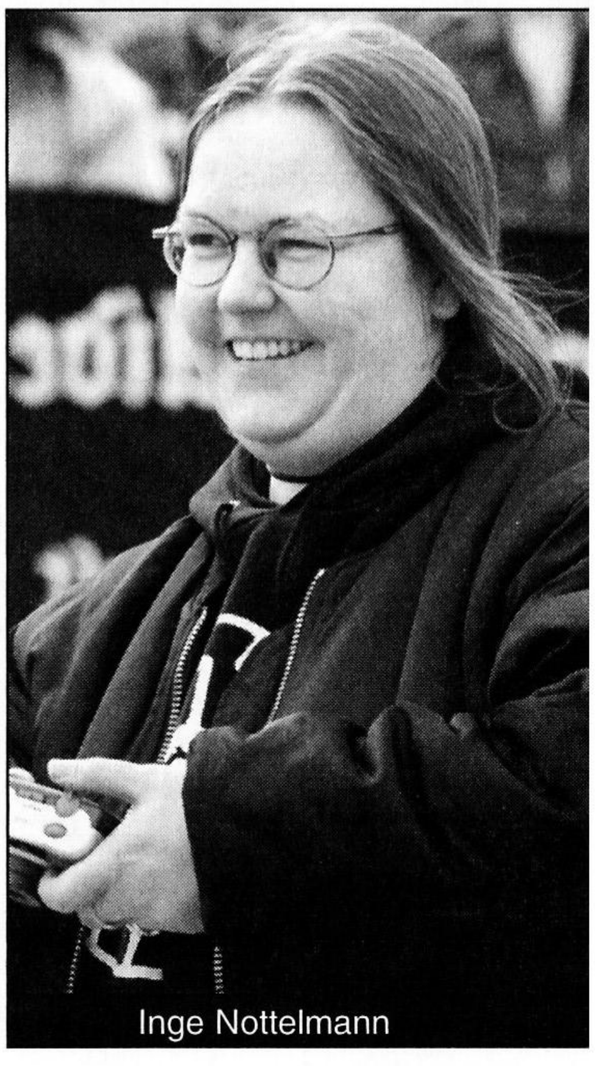
Frauenbild und Lebensrealität - ein Widerspruch?

Auch wenn dieses Frauenbild, mal modern aufgepeppt, mal traditionell belassen, in vielen Parteiprogrammen und auch in der militanten Neonaziszene propagiert wird, gibt es dennoch ein Spannungsfeld zwischen diesem „Ideal" (der Männer) und den Lebensrealitäten der Frauen in der politischen Praxis neofaschistischer Strukturen. Bei einer Vielzahl politischer Aktivistinnen deckt sich das Bild der Brauchtum pflegenden Mutter und Gefährtin in keiner Weise mit der eigenen Lebensgestaltung. Für sie ist es selbstverständlich - und Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins-, ihre Lebensweise selbst zu bestimmen: Sie sind „Kameradinnen", die ihre politische Aktivität, ihre berufliche Ausbildung, ihre Rolle als Partnerin und Mutter miteinander verbinden wollen. Viele wollen sich auch bewusst in keine Abhängigkeit begeben und emanzipieren sich so vom Bild der Frau an der Seite des Mannes. So sagte z.B. Sabine Münch, Funktionärin der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) Mitte der neunziger stellvertretend für viele Frauen der rechten Szene: „Wir haben in dem Sinne kein Frauenbild. Jede Frau kann bei uns machen, was sie will. Wie gesagt, bei uns sind die meisten berufstätig, und ich studiere, und ich möchte auch nicht, wenn ich mit meinem Studium fertig bin, dann die Hausfrau spielen, die zu Hause am Herd steht und den ganzen Tag kocht. Jede Frau soll ihr Leben so bestimmen, wie sie es möchte. Ich weiß auch noch nicht, ob ich unbedingt Kinder haben möchte oder nicht". Es ist also häufig nicht das vorherrschende Frauenbild, geschweige denn das Interesse an „Frauenthemen", das rechte Frauen dazu bringt, politisch aktive Rollen zu übernehmen, sondern ihre gefestigte menschenverachtende Ideologie. Sie sehen sich als gleichberechtigte Kämpferinnen für „die nationale Sache", wollen aktiv an diesem Kampf teilnehmen und die Arbeit effektiver gestalten. Ihr politisches Bewußtsein verhilft ihnen dazu, ihren Einsatz zum Wohle der „Bewegung" trotz auseinander klaffender Lebensrealitäten zu legitimieren. Dennoch verheddern sie sich oft in Widersprüche, dort wo tradierte Werte hochgehalten werden, die im Gegensatz zur eigenen Selbstverwirklichung stehen.

Aufgabenfelder und Rollen rechter Frauen

Auch wenn das Bild der passiven Mitläuferin oder das Klischee der Frau, die nur aufgrund ihrer Beziehung mitmacht, nach wie vor die öffentliche Meinung bestimmt und dies sicherlich auch auf einige Frauen zutreffen mag, so nehmen Frauen durchaus aktive Rollen in der rechten Szene ein. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch bei Aufmärschen, wo sie vermehrt vertreten sind und Aufgaben übernehmen und z.B. mit eigenen Transparenten verstärkt wahrnehmbar sind. Viele Aufgaben, die Frauen übernehmen, gleichen denen der Männer, mit dem Unterschied, dass sie häufiger im Hintergrund agieren und sich dabei nicht in den Vordergrund spielen oder um Anerkennung buhlen. Gerade in den Kreisen der „Freien Kameradschaften" gibt es mehrere Frauen, die sich, selbst wenn sie keine (öffentliche) Funktion innehaben, aktiv um Kontaktaufbau und –pflege kümmern sowie um die Aufrechterhaltung von Gruppen und Organisationen. Sie „halten eben den Laden zusammen", falls die Männer einmal ausfallen, also z.B. einmal wieder eine Haftstrafe absitzen.

Frauen sind auch als Funktionärinnen aktiv und verbergen keineswegs ihre politische Gesinnung, wie z.B. Inge Nottelmann aus Hamburg, die Anführerin der Mädelschar Deutschland (MSD). Sie hat bereits mehrere Aufmärsche angemeldet und bewegt sich im Umfeld des verbotenen. „Hamburger Sturm." Auch Katharina Handschuh, NPD/JN, tritt als ehemalige Bundesmädelführerin öffentlich für ihre Gesinnung ein und



Inge Nottelmann

versucht, gerade Frauen für den „nationalen Kampf" zu gewinnen. Die nationalen Aktivistinnen erhoffen sich über den Zuwachs an Frauen, der Naziszene einen positiveren Stempel auzudrücken und eine größere Außenwirkung zu erzielen.

Einige Frauen betreiben Versände und geben Fanzines heraus, wie z.B. die „Triskele" aus Essen. Das Frauenzine ist eine Mischung aus Konzert- und Demoberichten, Interviews und Diskussionsforen, gleichzeitig werden Frauen der deutschen Geschichte oder auch deutsche Kindernamen vorgestellt. Neben Artikeln über Deutsche Kulturstätten oder über Mythologie kommt auch die Brauchtumspflege und das Frauentum nicht zu kurz.

Zunehmend schließen sich die Frauen auch in eigenen Organisationen zusammen, (s. Frauen in der rechten Subkultur). Diese neue Organisierungswelle unterstreicht, dass Frauen vermehrt aus dem Schatten der Männer heraustreten, ein politisches Bewusstsein haben und eine stärkere, ernstzunehmende Rolle im „nationalen Kampf" spielen (wollen). Viele der Frauenorganisationen sind im Internet mit eigenen Seiten vertreten und verbreiten ihre Ideologie somit auch über neue Medien. Immer mehr Frauen beteiligen sich auch am der Naziszene eigenen „Nationalen Sanitätsdienst", dem 1998 gegründeten „Braunen Kreuz".

Frauen sind sich ihrer Vorteile als Frau gerade als Spitzelin im „Anti-Antifa"-Bereich bewusst. So gab und gibt es immer wieder Fälle, in denen sich eine Nazifrau in Antifakreise unbemerkt einschleicht. Auf Antifademos fallen häufiger Frauen auf, die versuchen, sich fotografisch zu betätigen. Ihre meist positivere Außenwirkung beim Verteilen von Flugblättern oder beim Tragen des Fronttransparentes bei Demonstrationen machen sie sich – z.T. auch von den Männern bewusst dafür eingesetzt - gezielt für propagandistische Zwecke zu Nutze. Was gerne totgeschwiegen wird, ist, dass rechte Frauen auch als Anheizerinnen oder selbst tatkräftig bei Übergriffen agieren.

Mitglieder des "Braunen Kreuzes"

Dennoch hat u.a. genau weibliche Militanz zu großen Streitereien im braunen Sumpf geführt. Die Frage „Dürfen Frauen an Straßenschlachten teilnehmen?" führte zur Spaltung der DeutschenFrauenFront (DFF) Mitte der 80er Jahre, ein Wiederbelebungsversuch Anfang der 90er Jahre scheiterte. Die Argumentation für weibliche Militanz wurde jedoch, trotz des sich vermittelnden Eindrucks einer emanzipatorischen Position, wiederum biologistisch begründet.

Frauen in der rechten Subkultur

Im Gegensatz zu eben genannten Frauenrollen, die z.T. klassisch ausgerichtet sind oder aber in Bezug auf die vielfältigen Lebensentwürfe und die eigene Rolle im zu führenden „nationalen Kampf", modernisiert werden, folgern die meisten Naziskinfrauen der Subkultur (Renees) aus den „biologischen Unterschieden" von vornherein eine Unterlegenheit der Frau. Das Frauenbild hier ist ultrasexistisch, was sich in der Akzeptanz sexueller Gewalt und in der Rolle als Sexualobjekt widerspiegelt. Indem ein Großteil der Frauen diese Rolle übernehmen und sich unterordnen, wird dieses sexistische Bild aktiv von ihnen selbst mitgetragen.

Aber auch hier gibt es Renees, deren Selbstverständnis sich davon abhebt. 1991 gründete sich die „Skingirl Front Deutschland", später „Skingirl Freundeskreis Deutschland" (SFD). Dieser Kreis umfasste 1999 ca. 40-50 fest organisierte Frauen, bestehend aus Renees und später auch szeneübergreifend aus Ex-Renees und „nationalen Frauen". Der SFD agierte fast zehn Jahre und trat für das politische Bekenntnis zu Volk und Rasse ein. Über sich selbst schrieben die Frauen: „Wir Mädels vom SFD sind keine primitiven, betrunkenen Schlägerweiber, sondern engagierte, gebildete und stolze Frauen." Ziel war es – laut Internetseite - die Tugenden der deutschen Frau in die Szene zu tragen, um dem vorherrschenden Rollenverständnis, reines Sexualobjekt der Männer zu sein, entgegen zu wirken. Auf diese Weise sollte die Position der Frau in der Nazisubkultur gestärkt werden, denn der vermehrte Zugang zu politischen Inhalten ermöglichte eine ideologische Festigung und somit auch eine höhere Glaubwürdigkeit gegenüber den Männern. Außerdem sollte der Kontakt und Zusammenhalt zwischen den Frauen sowie die Szeneeinbindung intensiviert werden. Die Auflösung des SFD, die von einer kleinen Clique im Oktober 2000 vornehmlich aus Angst vor einem Verbot beschlossen wurde, sorgte für Aufruhr und Spaltungen. Die Auflösung war zudem ein Rückschlag für die Nazifrauen, denn der SFD zeichnete sich durch kontinuierliche Arbeit und Verbindungen zu anderen Frauenorganisationen aus. Dennoch fand gerade in dieser Zeit der Auflösung eine politische Verlagerung statt: der immer noch eindeutige Naziskin-Szenebezug fiel weg, zugunsten regional verankerter politischer Gruppen, die öffentlich

wahrnehmbar sein wollten, eigene politische Arbeit und Zusammenarbeit mit anderen gemischtgeschlechtlichen Gruppen anstrebten. Viele SFD-Frauen reorganisierten sich in entweder regional arbeitenden oder bundesweit agierenden Gruppen, die unterschiedlich ausgerichtet sind.

Reorganisierung nach der Auflösung des SFD

Erwähnenwerte Organisationen in NRW sind neben der Redaktion des bereits erwähnten Fanzine „Triskele" aus Essen noch der „JN-Mädelbund NRW", der sich 2001 um Sandy Schlotmann aus Duisburg bildete und der „Bund heimattreuer Frauen" (BhF) um die ehemalige Kölnerin Lisa Sagrudny aus Hamm/Westfalen, der 2000 gegründet, als eher bodenständig anzusehen ist und sich der germanischen Brauchtums- und Heimatpflege verschrieben hat.

Bundesweit tritt die „Gemeinschaft Deutscher Frauen" (GDF) hervor, die seit 2000 besteht und weitestgehend traditionell orientiert ist. Die „Mädelschar Deutschland" (MSD) setzt auf politische Schulungsarbeit und macht mit öffentlichen Aktionen auf sich aufmerksam. So führten sie z.B. eine öffentliche „Putzaktion" an einem Hamburger „Soldatenehrenmal" durch. Der „Freie Mädelbund" (FMb), der sich Anfang 2000 gründete, agiert ebenfalls bundesweit und orientiert sich stark an den „Freien Kameradschaften". Die Frauen sehen sich als Kämpferinnen für Deutschland, wollen die Verbundenheit unter den Frauen fördern, betreuen Inhaftierte oder unterstützen deren Frauen, nehmen an Aufmärschen teil und diskutieren z.B. über den §218. Außerdem sammelten sie Unterschriften für die Einführung der Todesstrafe für Kinderschänder. Auf ihrer Internetseite warnen sie diejenigen Frauen davor, in den FMB einzutreten, die es mit der Politik nicht ernst meinen, sondern durch Zugehörigkeit zu einer Organisation lediglich ihren „Marktwert bei den Männern steigern wollen." Dies zeigt die Spaltung zwischen den Frauen, die sich als nationale Kämpferinnen ansehen und sich ein politisches Bewusstsein zuschreiben, und denen, die sich – tatsächlich oder ebenfalls zugeschrieben - zum reinen Sexualobjekt degradieren lassen. Diese Frauen aber erfahren keine Solidariät, sondern werden als „Schlägerschlampen oder Fickhennen" beschimpft und herabgesetzt. Dies hat zwei Gründe: zum einen wollen die engagierten Frauen das Image loswerden, nur Anhängsel zu sein, zum anderen aber spiegelt sich darin das Menschenbild der Frauen wieder. Durch die Abwertung der anderen Frauen (sind es nun „Emanzen", „unpolitische" oder Frauen aus den eigenen Reihen), soll das Bild der ehrenwerten deutschen Frau (und damit sie selbst) gestärkt werden. Die Unterteilung in wertvoll und unwert findet also auch szeneintern statt und verdeutlicht, dass die Frauen in ihrem faschistischen Weltbild fest verankert sind.

Dies zeigt sich auch darin, wie die Frauen Gewalt an Frauen diskutieren. Die Gewalt an Frauen an sich oder sexistische Strukturen in der Gesellschaft werden nicht thematisiert, ebenso wenig die Gewalt an Frauen in der eigenen Szene. Vielmehr wird die Gewalt über das ideologische Hilfskonstrukt des Feindes kritisiert, d.h. nur im Zusammenhang mit z.B. Ausländern oder Linken. So dient die Diskussion nicht einer Gewaltkritik, sondern einer weiteren Ausgrenzung und reproduziert stetig faschistische und rassistische Stereotypen.

„Emanzipatorische Ansätze" im neofaschistischen Spektrum und Umgang mit Frauenthemen

Auch wenn es sich bei den in der rechten Szene vorherrschenden Frauenbildern – wie dargestellt - überwiegend um patriarchale handelt, so werden sie teils um „emanzipierte Aspekte" erweitert. Die Einflüsse der Frauenbewegung werden dabei in Themen- und Wortwahl, aber auch in einem neu errungenen Selbstbewusstsein sichtbar. Einige Vertreterinnen fordern z.B. eine gleichberechtigte innerfamiliäre Arbeitsteilung oder kritisieren die systematische Benachteiligung von Frauen im Berufsleben scharf. Die Selbstbestimmung des eigenen Lebensentwurfes und eine politische Betätigung zeigen, dass es punktuelle Überschneidungen zwischen feministischen Positionen und Forderungen von Neofaschistinnen geben kann. Häufig offenbart sich erst im Kontext der von rechten Frauen vertretenen Positionen, was diesen eigentlich zugrunde liegt (z.B. Kritik am Frauenhandel aus „Angst vor der Zunahme der Ausländerkriminalität").

Äußerungen von Frauen zu spezifischen Frauenthemen spielen generell nur eine untergeordnete Rolle. Hier gibt es eine Reihe von widersprüchlichen Positionen, die noch einmal die Heterogenität der Frauen in der rechten Szene unterstreichen.

In bezug auf die Frage des Geschlechterverhältnisses lassen sich mehrere Strömungen ausmachen. Eine vertritt die bereits erwähnten „naturgemäßen Unterschiede" zwischen Mann und Frau, die Frauen zwar gleichwertig machen, aber nicht gleichartig.

Sigrid Hunke, eine der wichtigsten Publizistinnen innerhalb der rechten Szene und Vertreterin „emanzipatorischer" Positionen, nimmt in dieser Frage Bezug zum Germanentum. Hier waren Frauen und Männer angeblich ebenbürtig und gleich geachtet und übernahmen partnerschaftliche Tätigkeiten je nach Neigung und Fähigkeiten. Nur infolge der „judäo-christlichen" Einflüsse sei das heutige Geschlechterverhältnis und die Position der Frau entstanden.

Andere Frauen gehen von einer traditionellen weiblichen Rollenzuschreibung aus und fordern Selbstbestimmung in Bezug auf ihre Lebensweise, jedoch mit dem Zusatz, dass dies nicht mehr notwendig sei, sobald die gewünschte Gesellschaftsordnung existiere.

Zum Thema Abtreibung ist eine Bandbreite von strikten Gegnerinnen bis hin zu denen, die Frauen Entscheidungsfreiheit zusprechen, anzutreffen. Andere wiederum wollen Ausnahmen zu lassen, z.B. im Falle einer Vergewaltigung durch einen „Ausländer", bei Behinderung des Kindes oder Gefährdung der Gesundheit der Mutter. Meist wird Abtreibung jedoch unter Bezugnahme auf die bevölke-

rungspolitische Verantwortung und das heraufbeschworene Horrorszenario vom Aussterben der „deutschen Rasse" abgelehnt. Die Ausübung sexueller Gewalt von deutschen Männern wird in der Regel völlig ausgeblendet .

Über die „Emanzipation" äußern sich rechte Frauen überwiegend ablehnend: Der Feminismus sei egoistisch und somit verwerflich, da die Frauen sich selbst und ihre Kinder opfern würden. Sigrid Hunke bezieht sich positiv auf den Feminismus, der Frauen wieder „den aufrechten Gang" ermöglicht habe.

Aufkleber des RechtsRock-Magazins "RockNord"

Berührungspunkte zwischen „Feminismus" und Faschismus

In der feministischen Theorie gibt es zwei Hauptströmungen, die Differenztheorie und die Egalitätstheorie. Ein Strang innerhalb der Differenztheorie geht davon aus, dass Frauen und Männer verschieden sind (Bipolarität) und tendiert zu festen Zuschreibungen vermeintlicher Eigenarten. Der zweite Strang sieht die Differenzen eher als „Vielheit" an, gibt sich allgemein herrschaftskritisch und lehnt jeden Anspruch auf Dominanz, „Identität" und Homogenität ab.

In der Egalitätstheorie stehen Vertreterinnen eines Stranges für die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen innerhalb des kapitalistischen Systems ein, wobei die Gleichheit vor allem für die Eigengruppe gilt. Dies kommt meist einer ausschließlichen Gleichstellungspolitik für weiße Mittelschichtfrauen gleich. Der andere Strang ist explizit herrschaftskritisch ausgerichtet und fordert die weltweite Aufhebung aller Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse zwischen Frauen und Männern, Schwarz und Weiß usw..

Die Berührungspunkte, die zum Faschismus vorhanden sind, zeigen sich im ersten Strang der Differenztheorie, die bürgerlich ausgerichtet ist. Dieser Strang ließ sich schon im NS-Staat weitgehend eingliedern, indem Mütterlichkeit glorifiziert und die typische Frauenrolle aufgewertet wurde. Heute finden wir Anknüpfungspunkte z.B. beim SFD, der Gleichwertigkeit postulierte und für eine stärkere Würdigung der Rolle als Mutter eintrat.

Aber auch im egalitären Ansatz finden sich Berührungspunkte zur faschistischen Ideologie, nämlich dort, wo Forderungen nach Gleichheit auf die Eigengruppe beschränkt bleiben. Sigrid Hunke ist eine der Verfechterinnen des daraus resultierenden „völkischen bzw. Nationalfeminismus". Sie spricht sich für eine egalitäre Geschlechterkonzeption innerhalb eines elitären Staatssystems aus und nimmt somit eindeutig Bezug auf faschistische Ideologie.

Es zeigt sich, dass es innerhalb rechter Positionen zu

spezifischen Frauenthemen durchaus Anknüpfungspunkte zum „bürgerlichen Feminismus“ gibt. Dieser bietet rechten „emanzipierten“ Frauen die Möglichkeit, bestimmte Positionen für sich und ihre Ideologie zu missbrauchen, ihre völkischen Interessen voranzutreiben und sich auf eine begrenzte Gruppe (weiße, arische Frauen) zu beziehen. Internationalistische feministische Sichtweisen, die die Aufhebung aller Unterdrückungsmechanismen fordern, bieten kaum Anknüpfungspunkte, da sie allgemein herrschaftskritisch ausgerichtet sind und sich ihre Forderungen nicht nur auf bestimmte Gruppen beziehen.

Fazit

Das Spektrum neofaschistischer Frauen ist vielseitig, was sich in unterschiedlichen Frauenbildern, Lebensrealitäten, Aufgaben und Positionen äußert. Rechte Frauen sind selbstbewusster geworden und erkämpfen sich im braunen Netz verstärkt einen eigenständigen Platz. Indem sie „emanzipatorische Versatzstücke“ zur Modernisierung der Bilder und Rollen benutzen und sich als „nette, anständige Frauen“ präsentieren, gelingt es ihnen eine positive Außenwirkung zu erzielen, Frauen zu politisieren und Interessentinnen zu gewinnen. Gerade bei ihren Internetauftritten wird dies offensichtlich, denn oft erschließt sich nicht auf Anhieb, dass hinter Hilfsaktionen für bedürftige Mütter (SFD-Seiten) oder aktivem Umweltschutz (BhF-Seite) die Verbreitung menschenverachtenden Gedankenguts steckt. Rechte Frauen sind, infolge ihres zunehmenden politischen Bewusstseins und stärkerer Einbindung in die Arbeit, darauf angewiesen, Widersprüche zwischen ihren eigenen Lebensentwürfen und dem verbreiteten Ideal der klassischen Frauenrolle zu klären und versuchen diese Unterschiede für sich zu akzeptieren bzw. aufgrund ihres politischen Einsatzes zu legitimieren. Sie müssen als politisch handelnde Neofaschistinnen wahrgenommen und als solche behandelt werden, denn auch ihr Weltbild stützt sich - ebenso wie das der Männer - auf die Pfeiler faschistischer Ideologie.

Literaturtipps und Links

Bitzan, Renate (Hg.)
Rechte Frauen
Skingirls, Walküren und feine Damen
Berlin 1997

Bitzan, Renate
Selbstbilder rechter Frauen
Zwischen Antisexismus und völkischem Denken
Tübingen 2000

Fantifa Marburg (Hrsg.)
Kameradinnen: Frauen stricken am braunen Netz
Münster 1996

O.A.
Frauen in der faschistischen Skinheadszene
in: Antifaschistisches Infoblatt,
Nr. 22, Mai/Juni 1993

O.A.
Berührungspunkte zwischen Feminismus und Faschismus
in: Antifaschistisches Infoblatt,
Nr. 38, April/Mai 1997

Rollmann, Annette
Skingirls, Reenies, Mädelschar und nationale Weiberaktion
In: Das Parlament 39, 8./15.09.2000

Bern, Peter
„Gruppenbild mit Nazisse“
in: Konkret 8/2001

Diegelmann, Anna
Doch nicht „Alles für Deutschland“?
In: Der Rechte Rand 69, März/April 01

Hentges, Gudrun
„Pervertierter Feminismus“?
Extreme Rechte, Frauen
und das World Wide Web.
In: Forum Wissenschaft 3/01, 27-32

Online

http://www.klick-nach-rechts.de/gegen-rechts/01.frauen.htm

http://www.nadir.org/nadir/archiv/Feminismus/GenderKiller/gender_8.html

www.frauenforschung-hamburg.de/fachtagung

Von Klara Köpf und Pierre Briegert

Frauen in der neonazistischen Szene in NRW

Natürlich sind auch in der Neonazi-Szene in NRW diverse aktive Frauen und auch Frauengruppen anzutreffen. Auch in NRW beteiligen sich Frauen an gewaltförmig verlaufenden Aktivitäten und initiieren diese auch. Die Duisburgerin **Sandy Schlotmann** beispielsweise beteiligte sich in der Silvesternacht 1999/2000 an einem Angriff auf eine Moschee in Moers. Ein anderes Beispiel ist der brutale Angriff auf einen Griechen im Januar 2001 in München, der von der damals 17jährigen Sauerländerin **Maria-Anna von Papen** eingeleitet wurde (*siehe LOTTA Nr. 5 und Kurzbericht auf Seite 50 in dieser Ausgabe*). Meistens finden rechte Frauen aber subtilere Formen zur Ausübung von Gewalt, als selber direkt Hand anzulegen.

Hierzu zählt das Aufhetzen und das Delegieren der direkten Gewaltausübung an Männer, was zudem den Vorteil mit sich bringt, daß ihnen selbst selten eine Tatbeteiligung nachgewiesen werden kann bzw. ein solcher Nachweis oftmals nicht einmal versucht wird.

Die „Deutsche Frauenfront" und der „Skingirl Freundkreis Deutschland"

Eine der frühen, auch in NRW aktiven Organisationen, die sich parallel zu klassischen altbackenen Gruppierungen wie dem „Mädelbund" der „Wiking Jugend" gründete, war die im Januar 1984 ins Leben gerufene und zwischenzeitlich aufgelöste „Deutsche Frauenfront" (DFF) um die damals wie heute als Vorsitzende der „Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene" (HNG) amtierende **Ursula Müller** aus Mainz. In den Reihen der DFF war auch **Maria-Luise Malcoci** (geb. **Süss-Lindert**) anzutreffen, die politisch heute im Spektrum der „Freien Kameradschaften" beheimatet ist und vom nordrhein-westfälischen Heinsberg aus den „Thule Multimedia Verlag" betreibt. Sie ist gern gesehene Referentin auf neonazistischen Veranstaltungen, auch in den Niederlanden. Lange Jahre war sie mit einem der wichtigsten Kader der „Freien Kameradschaften", **Christian Malcoci** aus Korschenbroich verheiratet, der heute mit der ebenfalls in der neonazistischen Szene aktiven **Marianne Christof** zusammen lebt. Die DFF bemühte sich, in einem modernisierten und kämpferischeren Gewand aufzutreten. „Keine alten Zöpfe oder verstaubten Vorstellungen" mehr, heißt es in ihrem Programm, aber auch „keine linken Emanzenansprüche". Die Aktivistinnen der DFF verstanden sich als einerseits „völlig gleichberechtigt" im „politischen Kampf Seite an Seite mit unseren männlichen Kameraden". Anderseits „geniessen wir das Recht, selbst zu entscheiden, wo unsere Grenzen liegen", heißt es in ihrem Artikel mit dem Titel „Gleichberechtigung – Gleichmacherei". Übersetzt: Wenn „die Natur" im Kampf für den Nationalsozialismus ihre Grenzen aufzeigt, geht`s eben zurück an den Herd.

Viele der seither gegründeten Frauenorganisationen hatten indes keine lange Lebensdauer. Eine Ausnahme bildete hier der

„Skingirl Freundeskreis Deutschland“ (SFD), der Silvester 1991/1992 als „Skingirl Front Deutschland“ in Berlin gegründet wurde. Der SFD entwickelte sich zu einer kleinen, aber fest organisierten und international vernetzten Gruppe. Dieser diente nicht nur der Verständigung über das Frauenbild und die Rolle der Frau, sondern auch dem Kontakt untereinander. Das Konzept des SFD basierte auf vermeintlich ideologiefreien Interessengemeinschaften wie z.B. der Interessengemeinschaft „Mutter und Kind“, Arbeitskreisen zu Kinderarmut und einem „Kinderhilfswerk“, welches in Form einer Leihbörse Säuglingskleidung, Kinderschuhe, Kinderbücher für einen symbolischen Betrag von einer DM auslieh. Durch derartige Unterstützung und Angebote stellte der SFD einen Anlaufpunkt für interessierte Frauen dar und bildete nach und nach eine Plattform für neonazistische Frauen, hauptsächlich aus der rechten Skinhead-Szene. Die SFD forderte das „urgermanische Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau“ ein, verstand sich als Skingirl-(„Renee“)-Elite und grenzte sich von „primitiven, betrunkenen Schlägerweibern“ und von „Emanzentum“ ab. Organisatorin der SFD-Treffen in NRW war die Oberhausenerin **Silke Potzner**.

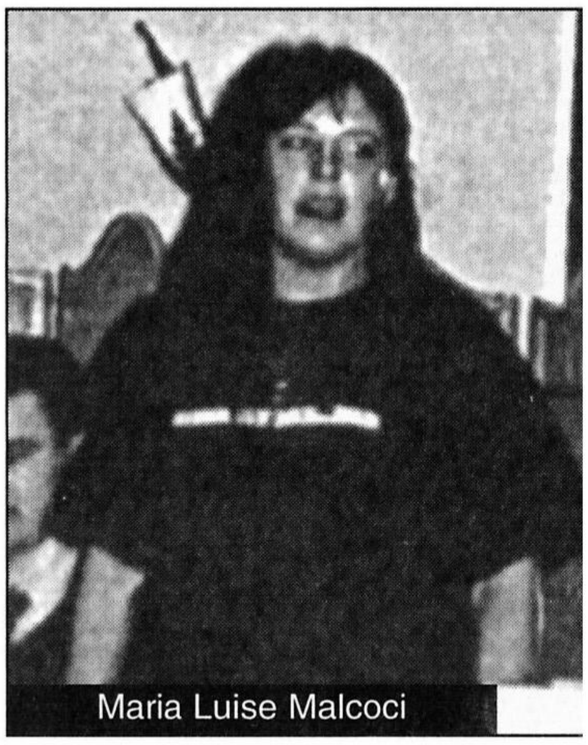
Ende des Jahres 2000 löste sich der SFD überraschend selbst auf, offensichtlich in vorauseilendem Gehorsam aus Angst vor einem Verbot. Einige der Hauptaktivistinnen der SFD waren zugleich auch für die NPD aktiv und befürchteten wohl, daß die SFD in den Verbotsstrudel mit hineingezogen werden könnte – oder aber ihre SFD-Tätigkeit ein NPD-Verbotsgrund mehr sein könnte. Diese Selbstauflösung wurde in der neonazistischen Szene scharf kritisiert. „Nehmt Euch ein Beispiel an Ursel Müller (HNG), die schon 15 Brandanschläge miterlebt hat“, zürnte beispielsweise das bundesweite „Freie Infotelefon“ der „Freien Kameradschaften“.

SFD-Nachfolgeorganisationen und -Parallelstrukturen

Von den heutigen Organisationen neonazistischer Frauen dürften der niedersächsische „Freie Mädelbund“ (FMB), die aus dem niedersächsischen und Hamburger Raum agierende „Mädelschar Deutschland“ um die Hamburgerin **Inge Nottelmann** und die hauptsächlich in Baden-Württemberg aktive „Gemeinschaft deutscher Frauen (GDF)“ am relevantesten sein. Dabei treten FMB und insbesondere die GDF offensichtlich das Erbe des SFD an.

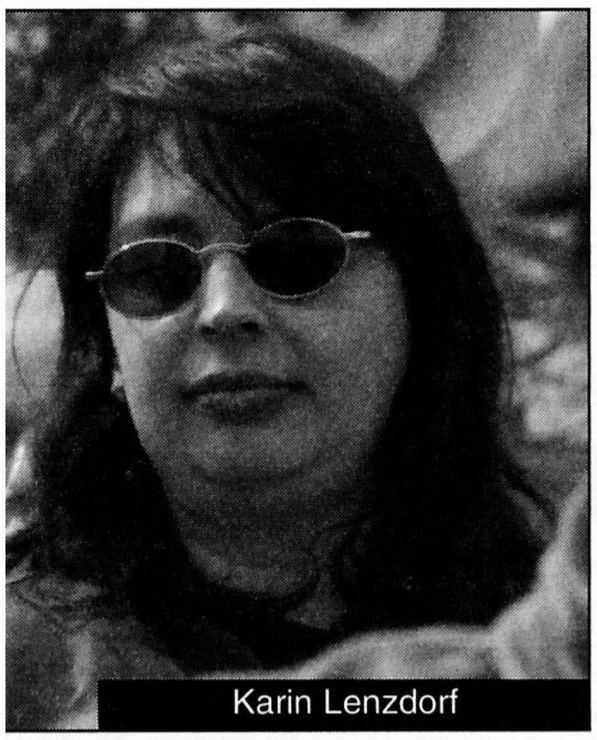
In letzter Zeit in NRW in Erscheinung getreten sind insbesondere der Kreis um das Essener Frauen-Zine „Triskele“ sowie der von Duisburg aus agierende “JN Mädelbund NRW”. Die offensichtlich aus SFD-Strukturen stammenden Triskele-Frauen um die presserechtlich verantwortlich zeichnende **Katharina Albrecht** aus Essen haben bislang vier Ausgaben ihrer Zeitschrift (Untertitel “... Es ist auch unser Kampf”) und einen “Aktionskalender” für das Jahr 2002 herausgebracht. Auffällig am Inhalt der Zeitschrift ist, daß kaum ein regionaler Bezug zum Ruhrgebiet oder überhaupt zu NRW erkennbar ist und sich die Aktionsberichterstattung hauptsächlich auf Norddeutschland bezieht. Zeitlosere Themen sind oftmals aus älteren SFD-Publikationen übernommen worden. Eine der wichtigeren Kontaktpersonen dürfte hierbei die bereits erwähnte Hamburger Studentin Inge Nottelmann sein, die sich gemeinsam mit ihrem Freund, dem Betreiber des „Aktionsbüros Norddeutschland“ und Neonazi-Kader **Tobias Thiessen**, häufig auch in NRW aufhält. Beste Kontakte bestehen auch zum “Nationalen Sanitätsdienst. Das braune Kreuz” (BK) mit Sitz in Niedersachsen. Das BK ist eine bundesweit aktive Organisation, die sich auf Sanitätsdienste bei Aktionen spezialisiert hat und in deren Reihen viele AktivistInnen der “Freien Kameradschaften” anzutreffen sind, nicht nur, aber überwiegend Frauen. Das BK hat sich zu einem wichtigen Knotenpunkt in der Struktur der “Freien Kameradschaften” entwicklelt. Auch Frauen aus NRW wirken im BK mit, so zum Beispiel die “Kameradschaftsführerin” der “Sauerländer Aktionsfront” (SAF), **Daniela Wegener**, die Aktivistin der “Kameradschaft Düsseldorf”, **Vanessa Laass** sowie Frauen aus der “Kameradschaft Bonn Rhein/Sieg” und dem Kölner Raum.

Vanessa Laass

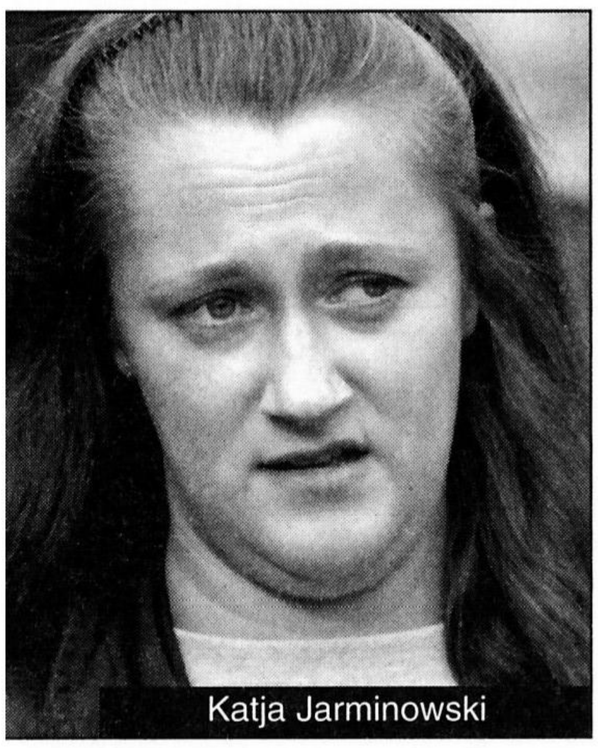


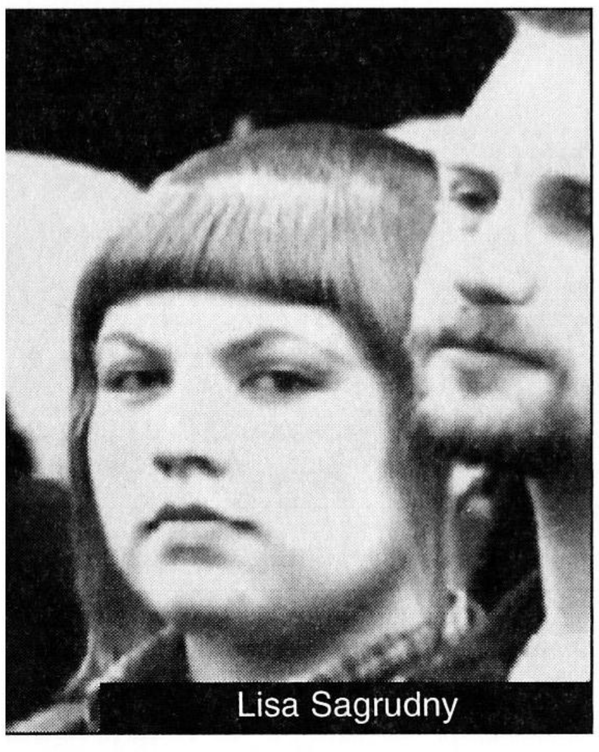
Maria Luise Malcoci

Ricarda Gründer


Karin Lenzdorf

Melanie Dittmer


Katja Jarminowski


Lisa Sagrudny

Der "Bund Heimattreuer Frauen" und weitere Kleinstgruppen

Weniger wichtig ist der im Jahr 2000 aus der „Nationalen Weiber Aktions Front" entstandene und über ein Kölner Postfach erreichbare „Bund Heimattreuer Frauen" (B.H.F.) um **Lisa Sagrudny** aus Hamm / Westfalen (früher Köln) und **Melanie Bösken** aus dem Kölner Raum. Der B.H.F. arbeitet eng mit der Kölner "Kameradschaft Walter Spangenberg" zusammen, die auch als Kölner Ortsgruppe des "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS) auftritt. Vom B.H.F. waren aber letzter Zeit kaum Lebenszeichen zu vernehmen. Nach wie vor versucht Sagrudny und Bösken aber, ihre Fühler in Richtung heidnisch-germanischer und esoterischer Zirkel auszustrecken. Ideologische Schnittmengen und gemeinsame Interessen scheint es zwischen B.H.F. und Gruppen wie der seit kurzer Zeit auch im Internet vertretenen "Die Hagdisen" offensichtlich reichlich zu geben. Folgerichtig präsentiert die "Die Hagdisen"-Administratorin "Wulhilda" im Internet als ihr Motto auch ein - wenn auch belangloses - Zitat des Nazibildhauers Arno Breker.

Über die genannten Strukturen hinaus melden sich immer wieder Frauen per Internet zu Wort, die die Gründung von Kleinstgruppen wie die "Initiative der weissen Mädels" (IDWM) von **Sandra Drees** in Ennepetal (mit gleicher Postanschrift wie der des Ennepetaler "Kameradschaftsführers" **Marc von Orth**) oder die "Mädelkameradschaft Ruhrgebiet" bekannt geben, von denen aber bislang so gut wie nichts vernehmbar war. Oder aber es sind im Internet Aufrufe an Renees in der Region zu finden, sich bei Interesse zur Gründung einer Gruppe zu melden. Ein derartiger Aufruf wurde beispielsweise erst vor wenigen Monaten wieder von einer Frau aus der Siegerländer Gruppierung "Skinheads Eichen-Krombach" gestartet.

Drahtzieherinnen und Aktivistinnen

Der Frauenanteil in der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene beträgt bei Demonstrationen zirka 10 bis 12 %. Insbesondere im AktivistInnenstamm der "Freien Kameradschaften" sind viele Frauen anzutreffen. In diversen "Kameradschaften" sind in der Gruppenhierachie direkt nach dem zumeist männlichen "Kameradschaftsführer" ein bis zwei Frauen zu finden. Ein Beispiel hierfür stellt die "Kameradschaft Dortmund" dar, in der hinter dem unangefochtenen "Führer" **Siegfried Borchardt** mit **Karin Lenzdorf** und **Katja Jarminowski** zwei Frauen stehen. Hierbei ist ihre Funktion und Rolle ambivalent. Einerseits haben sie eine Eigenständigkeit entwickelt, treten selbstbewusst auf und verstehen es ihre Interessen durchzusetzen, andererseits verkörpern beide aber auch wieder die klassische rechte Frauenrolle als Mütter der "Kameradschaft", die den Laden zusammen halten und den neonazistischen "Nachwuchs" hochpäppeln. Hierzu gehören dem Chef Borchardt untergeordnete Ordnerinnendienste auf Demonstrationen (wie beispielsweise das Feststellen der genauen TeilnehmerInnenzahl) sowie das Fahren des gruppeneigenen VW-Transporters, da sämtliche männlichen Kameraden hierzu entweder nicht in der Lage, zu bequem oder wegen Führerscheinentzugs nicht befugt sind. Auf den Punkt gebracht machen sie also einmal mehr den Haushalt, verstehen es aber gleichzeitig geschickt, mehr Einfluß geltend zu machen. Weniger klassisch ist die Rollenverteilung in der Sauerländer- und Siegerländer Neonazi-Szene, die von der Sauerländerin Daniela Wegener und dem Siegerländer **Martin Scheele** gemeinsam geführt wird. In dieser Region ist auch die NPD-Kreisvorsitzende des an NRW grenzenden hessischen NPD-Kreisverbands Waldeck-Frankenberg, **Marion Figge**, erwähnenswert, die eng mit Wegener und Scheele zusammenarbeitet und auf nahezu jeder Demonstration der "Freien" anzutreffen ist. Auch Vanessa Laas aus der "Kameradschaft Düsseldorf" scheint sich nicht allein auf die Führungs"qualitäten" ihres "Kameradschaftsführers" Sven Skoda zu verlassen, sondern mischt selber aktiv bei Entscheidungen mit.

Aus der klassischen Rolle als Mutter und Hausfrau fällt auch die innerhalb der neonazistischen Szene ihre Homosexualität nicht verheimlichende Dorstenerin **Melanie Dittmer**, die von den "Deutschen Nationalisten" über die JN den Weg zur "Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG) gefunden hat und sich seit einigen Jahren um ein moderneres und intellektuelleres Image bemüht.

Innerhalb des sichtbaren Aktivistinnen- und Funktionärinnenstamms der NPD und des "Freundeskreises Unabhängige Nachrichten" (*siehe LOTTA Nr. 7*) sind deutlich weniger Frauen als bei den "Freien" zu finden. Im amtierenden Landesvorstand der NPD und auf der Liste der nordrhein-westfälischen Kandidaten für die anstehenden Bundestagswahlen ist sogar keine einzige Frau anzutreffen. In letzter Zeit von Bedeutung war aber die zeitweilig als Öffentlichkeitsreferentin des Landesvorstandes aktive **Jutta Kevering** aus Herten, die ebenfalls zeitweilig im Landesvorstand gewählte **Martina Gutsche** aus Minden und die Bochumerin **Sonja Stockmann** (verheiratete **Piekorz**). Stockmann diente neben der Wuppertalerin **Rita Maliszewski** auch als Aushängeschild für die moderne rechtswählende deutsche Frau auf

Wahlplakaten der NPD. Aus dem Kreis der JN aber scheint es weiblichen Nachwuchs zu geben. Die Hagenerin **Ricarda Gründer** war beispielsweise zeitweilig Mitglied des JN-Landesvorstands. Im einem Rundschreiben des JN- Landesverbandes vom Frühjahr 2001 heißt es u.a. „Ziel und Zweck dieser Organisation in der Organisation ist es, auch dem femininen Teil unserer Bewegung, ein auf ihre Interessen und Probleme zugeschnittenes Sprachrohr zu bieten! Politische Konzepte (Selbstbild der Frau im Nationalismus, Umwelt- und Tierschutz, Familienpolitik etc.), sowie auch die kameradschaftliche Seite (Kameradschaftsabende endlich einmal ohne Männer) sollen im Mädelbund -NRW bearbeitet werden." Der „JN-Mädelbund NRW" ist offiziell anerkannter Teil der JN und damit auch der NPD. „Landesmädelbeauftrage" der JN ist bereits erwähnte Sandy Schlotmann aus Duisburg. Als eine der ersten Serviceangebote wurde über die JN-Landeszeitung „Funkenflug" eine „Schwangerschaftsberatung beim JN-Mädelbund" angeboten. Ansonsten sind die „JN-Mädels" aber eher auf der Straße bei Demonstrationen, „Heldenfriedhöfen", Angriffen und „Anti-Antifa"-Aktionen zu finden.

Frauen als Rednerinnen auf neonazistischen Demonstrationen und Kundgebungen indes sind quer durch die Szene die absolute Ausnahme. In NRW hat nur zwei mal eine Frau auf einer neonazistischen Demonstration zum Mikrofon gegriffen bzw. greifen dürfen. Bei der Demonstration am 28.10.2000 in Düsseldorf sprach die über 70jährige **Irma Roßlenbroich** aus Krefeld zu den anwesenden 300 Neonazis. Am 9.3.2002 griff Daniela Wegener bei einer Kundgebung der „Bürgerbewegung Pro Köln" (siehe Artikel in dieser Ausgabe) zum Mikrofon.

Im Bereich der rechten Musik sind Frauen nur selten anzutreffen. Derzeitig gibt es keine einzige öffentlich auftretende rechte Frauen-Band in Nordrhein-Westfalen und auch nur ein einziges Projekt, an dem überhaupt Frauen mitwirken. Und selbst dieses, die Band „Wallküren", ist eher ein gescheitertes Nebenprodukt der Gelsenkirchener Rechtsrock-Band „Sturmwehr" um **Jens Brucherseifer**. Auch was Fanzines in NRW anbetrifft, treten Frauen bis auf wenige Ausnahmen nicht in Erscheinung. Eine dieser Ausnahmen ist das RechtsRock-Magazin „Rock Nord"

Sandy Schlotmann (rechts)

Daniela Wegener (li)

aus Hilden bei Düsseldorf, in dessen Redaktion Melanie Dittmer zeitweise mitwirkte. Im Zusammenhang mit Fanzines ist allerdings auch noch die Zeitschrift „Freyja" zu erwähnen, die zeitweise aus unbekannten Gründen über Oberhausener Postfächer zu beziehen war, deren Macherin **Nadin Freytag** aber im brandenburgerischen Oranienburg lebt.

Die geringe Beteiligung von Frauen setzt sich auch bei der Organisation von Konzerten in NRW fort. Eine Ausnahme bildet hier ein „Balladenabend" mit dem Liedermacher „Angry Wolf" in einer Düsseldorfer Gaststätte am 1.4.2000. Laut Angaben des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes wurde dieses von einer „im Neonazispektrum anzusiedelnden und im Skinmusikbereich engagierten weiblichen Person vom Niederrhein" organisiert. Hierbei dürfte es sich um Maria-Luise Malcoci gehandelt haben. An Malcocis „Thule Multimedia-Verlag" ist ein kleines Label, „Thule Records", angeschlossen, bei dem „Angry Wolf" unter Vertrag steht.

Es zeigt sich, dass Frauen tatsächlich in allen Bereichen der neonazistischen Szene zu finden sind, wenn auch in einigen in nur sehr geringen Umfang, zumindest was den sichtbaren Teil der Szene betrifft. Sie sind sich ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten sehr bewusst und nutzen sie. Grund genug, ihnen konsequent zu begegnen.

Anmerkung: Dieser Artikel ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung des Beitrags von Klara Köpf und Pierre Briegert in:

JungdemokratInnen/Junge Linke Duisburg
Duisburg – rechts um!
Neonazismus im Großraum Duisburg/Oberhausen, Duisburg 2002

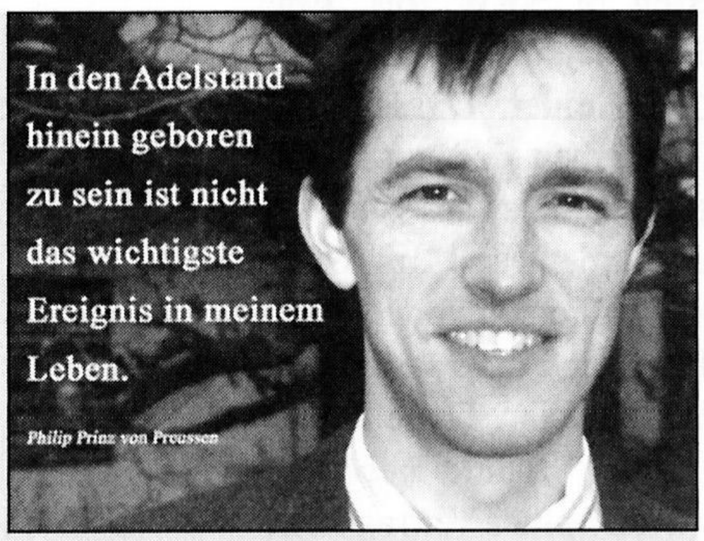
Von Kerstin Binder und Jörg Kronauer

Massenmission für das Patriarchat

Die deutschen Evangelikalen sind verstimmt. Da findet zur Zeit unter dem Motto „Kraft zum Leben" die wohl aufwendigste christliche Medienkampagne statt, die Deutschland je erlebt hat; da gelingt es, mit Plakatwänden und Zeitschriftenanzeigen täglich zigtausende Menschen zur Bestellung einer evangelikalen Werbebroschüre zu animieren; und doch schafft es keine der zahlreichen evangelikalen Organisationen in Deutschland, von der Massenmission direkt zu profitieren.

Ohne sich mit evangelikalen AktivistInnen vor Ort abzustimmen, hat die US-amerikanische „Arthur S. Demoss-Stiftung" (Stiftungsvermögen: 562 Millionen Dollar) gegen Ende des letzten Jahres in ganz Deutschland mit der kostenlosen Verbreitung der Schrift „Kraft zum Leben" begonnen. Ziel der Aktion, die die Stiftung bisher schon in 16 anderen Staaten durchgeführt hat, ist es, möglichst vielen Menschen eine evangelikale Ausprägung des protestantischen Glaubens nahe zu bringen. Für das Heft werben Prominente - darunter Cliff Richard, Bernhard Langer, Philip Prinz von Preussen und die Chefredakteurin von „Bild der Frau".

Die Broschüre „Kraft zum Leben", ein Werk des evangelikalen Erfolgsautors William James Buckingham, ist typisch für evangelikale Anmache. Alle Menschen seien „sündig", wird darin behauptet, und gegen die „Sünde" gebe es nur ein einziges Mittel: „Jeder von uns muss Jesus Christus persönlich als Herrn und Erlöser annehmen." Regelmässige Bibellektüre, ständiges „Beten" und „Gehorsam" gegen „Gott" seien vonnöten, heisst es; damit könne eine „persönliche Beziehung" zu Jesus aufgebaut werden, und nur so ließen sich die Probleme des menschlichen Lebens bewältigen.



"Ich heisse Philip Prinz von Preussen und wurde in den Adelsstand hinein geboren. Während ich aufwuchs, hielt meine Mutter mein Leben im Gleichgewicht und vermittelte mir so viele menschliche Werte; trotzdem fehlte mit etwas. Ich war dabei, ein kultivierter Egoist zu werden, bis ich eines Tages eine Beziehung zu Gott entdeckte.
Da wurde ich ein neuer Mensch, und heute ist mein Familienleben mit Freude und Wohlbefinden erfüllt. (...)"

Strukturell konservativ, homophob und antifeministisch

Die Probleme, die evangelikale Machwerke wie „Kraft zum Leben" für emanzipatorische Politik mit sich bringen, liegen auf der Hand. WelcheR alle Schwierigkeiten mittels einer „persönlichen Beziehung" zu „Gott" lösen will, verweigert sich politischer Kritik an untragbaren gesellschaftlichen Zuständen, ist also konservativ. Dies ist der Grund, weshalb beispielsweise die CIA in den 1980er Jahren evangelikale Organisationen in Lateinamerika unterstützte - sie untergrub damit die Basis linker Gruppierungen in der Bevölkerung und stärkte so rechte Regierungen. Evangelikale Organisationen weisen allerdings eine weitere Eigenschaft auf, die aus Missionspamphleten wie „Kraft zum Leben" nicht ohne weiteres hervorgeht: Sie stützen ein traditionelles Geschlechterverhältnis, stärken Antifeminismus und Homophobie.

„Evangelikale" - das sind konservative ProtestantInnen, die alle ethischen Anweisungen der Bibel wörtlich nehmen. Weite Teile des modernen Protestantismus haben inzwischen eingesehen, dass ihre „Heilige Schrift" einer antiken Gesellschaft entstammt, deren Handlungsmaximen heute nicht mehr unbedingt angebracht sind. Evangelikale sind dieser Erkenntnis nicht gefolgt; sie halten die Normen der Bibel weiterhin für unerlässlich. „Wir glauben an die Heilige Schrift als ... die höchste Autorität in allen Fragen des ... Verhaltens", heisst es in einem Grundsatzpapier der „World Evangelical Alliance", des wohl bedeutendsten weltweiten Zusammenschlusses evangelikaler Organisationen.

Unter Rückgriff auf biblische Normen zum Thema „Sexualität" streiten Evangelikale für eine Geschlechterordnung, wie sie etwa in Westeuropa bis in die 1960er Jahre weitgehend unangefochten herrschte. Diese Geschlechterordnung ist seit Ende der 1960er Jahre unter dem Druck der Frauen- sowie der Lesben- und Schwulenbewegung ins Wanken geraten. Die deutsche Evangelikale Bewegung, die nach Schätzungen von ExpertInnen ca. 1,3 Millionen Menschen umfasst, hat sie stets verteidigt und gehört immer noch zu den erbittertsten GegnerInnen von Feministinnen und schwulen Aktivisten. Die heterosexuelle Ehe, in der Kinder gezeugt und aufgezogen werden, die als einzig legitimer Ort für Sexualität betrachtet wird und die grundsätzlich nicht geschieden werden soll - das ist der gemeinsame Nenner, auf dem sich (trotz aller internen Streitigkeiten) alle Evangelikalen wiederfinden.

Homosexualität als „Störung"

Heterosexualität ist für Evangelikale ein Muss. Homosexualität sei eine „Störung", die „entsprechend dem guten Willen Gottes" überwunden werden müsse, heisst es in einer typisch evangelikalen Stellungnahme. Einige evangelikale „ExpertInnen" bieten „Heilungsseminare" für Lesben und Schwule an, andere gehen politisch gegen deren Gleichstellung vor. Als sich vor einigen

Jahren im rheinländischen Protestantismus Bestrebungen entwickelten, lesbischen und schwulen Paaren analog zur heterosexuellen „Trauung“ eine kirchliche „Segnung“ zu ermöglichen, liefen Evangelikale Sturm - mit Erfolg: Die neue Regelung konnte nicht verabschiedet werden. Weniger erfolgreich waren Evangelikale mit dem Protest gegen die staatliche „Homo-Ehe“, die sie aber auch weiterhin hartnäckig bekämpfen.

Die heterosexuelle Ehe hingegen ist für Evangelikale eine „unkündbare Treuegemeinschaft, die ein Leben lang währt“. Während die „Deutsche Evangelische Allianz“, die wohl bedeutendste evangelikale Organisation in Deutschland, in Ausnahmefällen beide Augen zudrückt und eine Ehescheidung widerwillig akzeptiert, lehnt die „Konferenz Bekennender Gemeinschaften“, ein Zusammenschluss radikalerer evangelikaler Gruppierungen, die Scheidung als „Ehebruch, Unzucht oder Hurerei“ strikt ab. Mit Eheberatung sowie Tips in Familien- und Frauenzeitschriften setzen sich Evangelikale für „lebenslänglich“ ein. „Lydia“, eine evangelikale Frauenzeitschrift mit einer gedruckten Auflage von fast 50.000 Exemplaren, riet ihren Leserinnen: „‘Leid’ bedeutet möglicherweise auch, daß Sie sich für Ihren Ehepartner ganz bewußt neu entscheiden, auch wenn Sie meinen, daß ein besserer in Sicht sei.“

Evangelikale sind gegen sexuelle Aktivitäten außerhalb einer Ehe; viele von ihnen unterstützen die Aktion „Wahre Liebe wartet“, in der sich viele Tausend Jugendliche verpflichteten, bis zu ihrer Hochzeit sexuell inaktiv zu bleiben. In einer Ehe müssen dagegen nach evangelikalem Verständnis Kinder gezeugt und aufgezogen werden. Die „Deutsche Evangelische Allianz“ fordert neben Belohnungsgeldern für eine Eheschließung („einmalige Ehebeihilfe“) auch Erziehungsgehälter, um Eltern dazu zu bewegen, ihre Kinder nicht in Horte und Kindergärten zu schicken. Kindergeld will die „Deutsche Evangelische Allianz“ schon vom Zeitpunkt der Empfängnis an auszahlen - ein Beitrag zur Verhinderung von Schwangerschaftsabbrüchen.

„Einsetzung des Mannes zum Haupt der Frau“

In der Frage der Legitimität und Legalität von Schwangerschaftsabbrüchen sind Evangelikale am schärfsten mit der Frauenbewegung aneinander geraten. Evangelikale sprechen Frauen das Recht ab, selbst über Abbruch oder Austragung einer Schwangerschaft zu entscheiden. Jeder Versuch, diesbezüglich das Selbstbestimmungsrecht von Frauen zu erweitern, wird von massiven evangelikalen Protesten begleitet. Evangelikale sind in zahlreichen Organisationen selbsternannter „Lebensschützer“ aktiv, gingen für eine Verschärfung des §218 sogar gelegentlich auf die Straße. Zuletzt beteiligten sie sich an den Protesten gegen die Einführung der Schwangerschaftsabbruchspille RU 486.

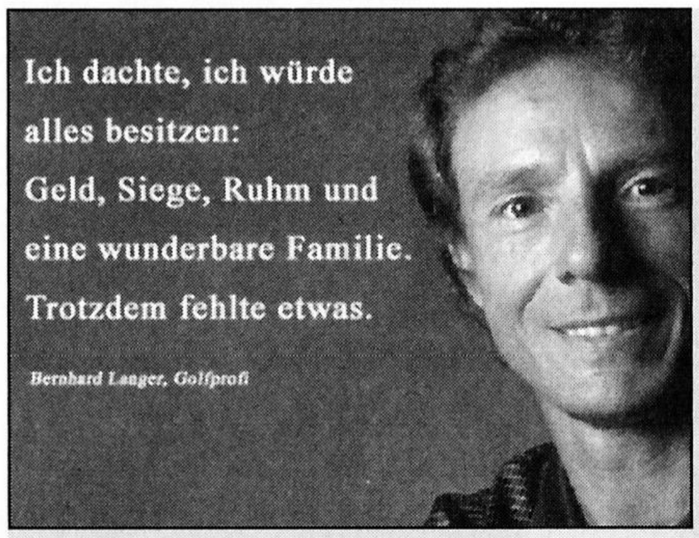
Einige Evangelikale haben klare Vorstellungen von der Überordnung des Mannes über die Frau. Aus der „Einsetzung des Mannes zum Haupt der Frau“ folge - so heißt es in einer Erklärung der „Konferenz Bekennender Gemeinschaften“, der auch Rechtsradikale angehören - , „daß der Mann in der Gestaltung des Lebens in Familie und Gemeinde letztverantwortlich ist, während die Frau sich ihm in Anerkennung seines in liebender Hingabe wahrzunehmenden Fürsorgeauftrags freiwillig unterordnet“.

Verschiedene Patriarchate

Das patriarchale Geschlechterverhältnis, das Evangelikale vertreten, ist heute umstritten. Parallel zu den Emanzipationsbestrebungen seit den 1960er Jahren haben sich neue Unterdrückungsmechanismen entwickelt - etwa die Sexualisierung des weiblichen Körpers mittels Pornographie und pornographischer Werbung oder auch die Ausbeutung der weiblichen Gebärfähigkeit mittels Gen- und Reproduktionstechnologie. Emanzipatorischen Widerstand gegen die neuen Formen patriarchaler Unterdrückung gibt es kaum mehr: Teile der sowieso schon geschwächten Frauenbewegung versinken in Esoterik, und die übrige Linke kann das Wort „antipatriarchal“ gerade noch buchstabieren.

Der antiemanzipatorische Widerstand gegen neue Formen patriarchaler Unterdrückung allerdings wächst. Evangelikale Organisationen, die für eine traditionelle Form männlicher Vorherrschaft kämpfen und deshalb modernere Unterdrückungsmechanismen ablehnen, werden weltweit immer stärker, vor allem in Lateinamerika und in einigen afrikanischen Staaten, aber auch in den USA, deren gegenwärtige Regierung ihnen nahe steht. Inzwischen scheint auch die deutsche Evangelikale Bewegung Aufwind zu spüren. Evangelikale Massenmissionen, etwa die alle paar Jahre stattfindenden „Pro Christ“-Veranstaltungen oder Jugendmissionen wie „Jesus house“, die in manchen Städten einen erschreckend hohen Zulauf gerade unter Jugendlichen haben, bringen den evangelikalen VeranstalterInnen neue Mitglieder.

„Kraft zum Leben“ dürfte allerdings eher wirkungslos verpuffen: Die „DeMoss-Stiftung“ hat es versäumt, evangelikale Organisationen vor Ort zur Unterstützung der Aktion und zur persönlichen Kontaktaufnahme mit eventuellen Neugläubigen zu gewinnen. Denen bleibt nur ein Anruf beim KundInnenservice des evangelikalen Hänssler-Verlags, dessen Telefonnummer in der Missionsbroschüre abgedruckt ist - als Bestelladresse für weitere evangelikale Literatur.



"Mein Name ist Bernhard Langer. Mein Leben bestand lange Zeit nur aus Golf, Golf und nochmals Golf. Ich hatte sieben Turniere in einem Jahr gewonnen, stand an Nummer eins der Weltrangliste und hatte ein schöne junge Frau.
Trotzdem fehlte etwas - bis ein anderer Golfer mir eines Tages dabei half, einen Weg zu einer persönlichen Beziehung mit Gott zu finden. Ich entdeckte den persönlichen Glauben, der mein Leben für immer änderte. Dies brachte mir mehr Erfüllung als jeder Golfsieg es je getan hatte. (...)"

Von Pierre Briegert

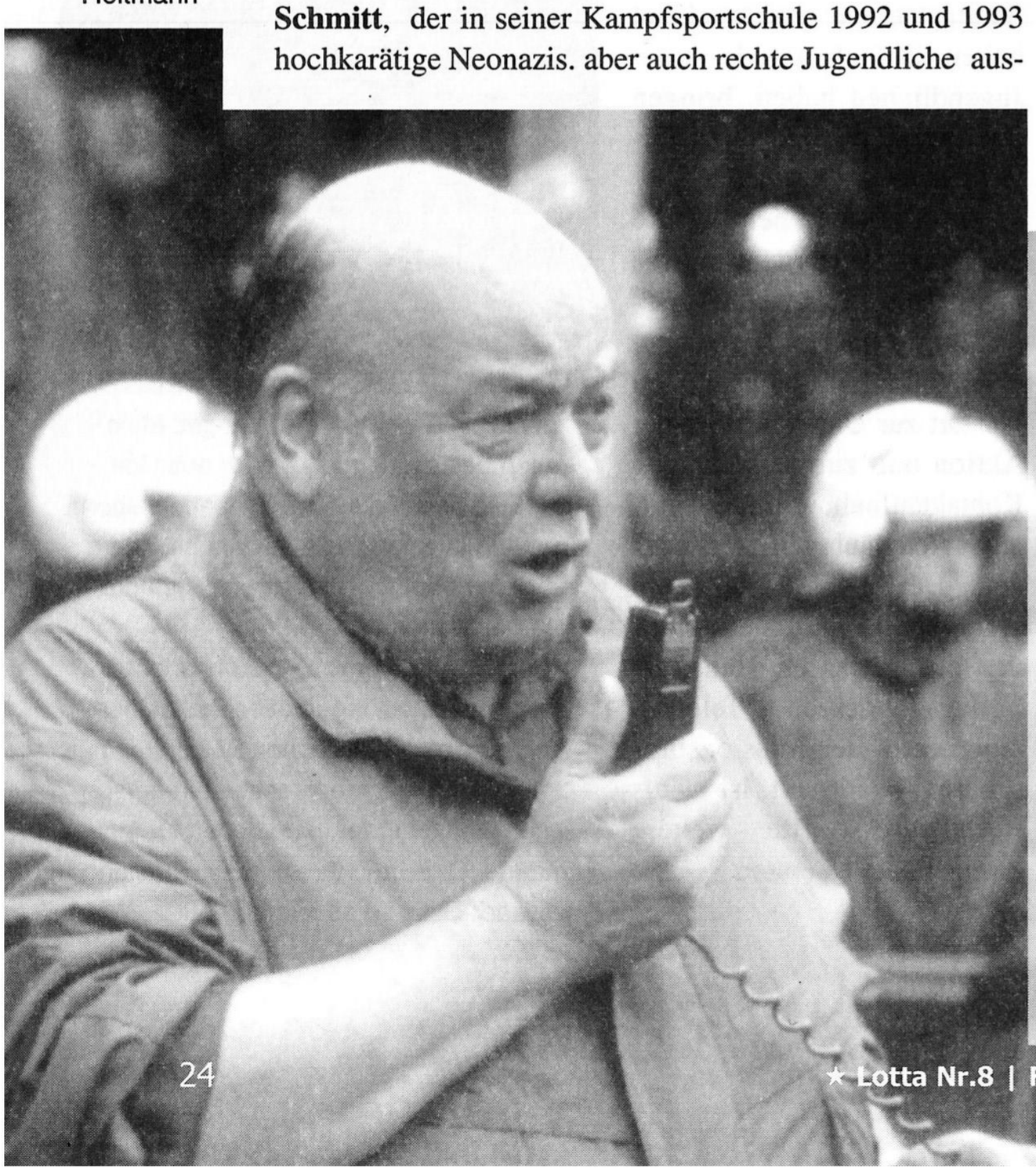
Schlagende Verbindung

V-Männer in und bei der NPD

Der Ende Januar diesen Jahres im Rahmen des von der Bundesregierung beantragten NPD-Parteiverbots an die Öffentlichkeit gekommen Verfassungsschutzskandal ist zwar nur die Spitze eines Eisberges und zudem absolut nichts Neues, Trotzdem lohnt ein Blick hinter die Kulissen.

Es lassen sich aus den letzten Jahrzehnten reihenweise Beispiele dafür benennen, dass sich Nazis vom VS anwerben liessen und sich ausserhalb der Kontrolle der Geheimdienste bewegten. Von ihren Informationsgehältern wurden nicht selten neonazistische Strukturen aufgebaut, Aktionen finanziert und Freiräume für die politische Arbeit geschaffen. In frischer Erinnerung ist beispielsweise noch der Skandal des Landesamts für Verfassungsschutz in Thüringen, der unter anderen mit **Tino Brandt** einen der umtriebigsten Neonazis auf der Gehaltsliste stehen hatte. Auch das Beispiel **Carsten Szcepanski** aus dem brandenburgerischen Königs-Wusterhausen zeigt, wie weit die Verfassungsschutzämter bei der Beschaffung von vermeintlichen Informationen gingen und sicherlich auch weiterhin gehen werden. Sczepanski war vor seiner Anwerbung vom VS wegen der versuchten Tötung eines Nigerianers zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Nach der Haftentlassung engagierte er sich in der terroristischen Gruppe "Nationalrevolutionäre Zellen". Das krasseste Beispiel der letzten Jahre aus NRW ist das des Solingers **Bernd Schmitt**, der in seiner Kampfsportschule 1992 und 1993 hochkarätige Neonazis. aber auch rechte Jugendliche ausbildete und gleichzeitig als V-Mann für das Landesamt für Verfassungsschutz NRW tätig war. Schmitts Kampfsportler schützten u.a. reihenweise neonazistische Veranstaltungen. Mindestens zwei der Täter, die 1993 in Solingen fünf türkische Frauen und Mädchen durch einen Brandanschlag ermordeten, trainierten in Schmitts Kampfsportschule.

Udo Holtmann



Ein "preußischer Diener"

Unter den im jüngsten Skandal ‚enttarnten' V-Männern des Verfassungsschutzes in der NPD dürfte der Vorsitzende der NPD NRW **Udo Holtmann** aus Oberhausen der wohl Ranghöchste in der Partei gewesen sein. Er arbeitete von 1978 bis Januar 2002 für das Bundesamt für Verfassungsschutz. Holtmann ist nur eines, wenn auch das krasseste Beispiel für hochkarätige V-Männer in der NPD, die an federführender Stelle die Partei steuerten. Ein Umgang, der selbst gegen die Dienstvorschriften des VS verstösst, die u.a. besagen, dass V-Leute weder die Zielsetzung noch die Tätigkeit des Beobachtungsobjektes entscheidend mitbestimmen dürften.

Wie in dem 1999 erschienenen NPD-Jubiläumsband "Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei" nachzulesen ist, war der 1937 in Duisburg geborene Holtmann schon als 14jähriger "Mitglied einer vaterländischen Jugendgruppe". Mit 18 sei er dann der "Deutschen Reichspartei" (DRP) beigetreten. Holtmann hätte dem "sozialistischen Flügel der Deutschen Reichspartei an[gehört], trennte sich aber von dieser (...) um (...) die Deutsche Freiheitspartei zu gründen - ein Unternehmen, das keinen Bestand hatte".

1966 fand Holtmann dann den Weg zur NPD und übernahm von Beginn an führende Funktionen. Bereits ein Jahr später wurde er als stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD Duisburg geführt, noch im selben Jahr übernahm er den Vorsitz. Schon 1968 war er Mitglied des Landesvorstandes und führte "in dieser ‚Sturm-und-Drang-Zeit' der noch jungen NPD die Referate Propaganda und OD-Leitung", wie es der Parteivorsitzende **Udo Voigt** 1999 ausdrückte. Als Leiter des NPD-"Ordnungsdienstes" (OD) in NRW war der ehemalige Zeitsoldat und heutige Oberfeldwebel der Reserve auch für die persönliche Sicherheit des damaligen NPD-Bundesvorsitzenden **Adolf von Thadden** bei dessen Wahlkampftour 1969 verantwortlich. Aus den Reihen des OD in NRW entstand kurze Zeit nach dem Scheitern der NPD bei den Bundestagswahlen 1969 die terroristische "Europäische Befreiungsbewegung" (EBb, auch "Europäische Befreiungsfront"). Diese wurde von dem kommissarischen Duisburger Kreisvorsitzenden Helmut Blatzheim geleitet. Die NPD hatte die Gruppe nach deren Scheitern an den

Wahlurnen abgeschrieben. Nun ging es darum, einen angeblich seit der Bundestagswahl 1969 auf die BRD ausgeweiteten "europäischen Kommunistenblock" zu "liquidieren". 1970 wurden bei Hausdurchsuchungen bei Gruppenmitgliedern "13 Gewehre ..., 17 Pistolen und verschiedene Sprengkörper sowie Hieb- und Stichwaffen; ca. 3.000 Schuß Munition" gefunden. Der NPD-Landesvorstand will erwartungsgemäß von der Existenz der Truppe nichts gewußt haben, eine Behauptung, die angezweifelt werden darf, da auf der beschlagnahmten Liste der Organisation auch ein Landesvorstandsmitglied der NPD - vermutlich Holtmann persönlich - gestanden hat. Beim folgenden Prozess gegen die Gruppenmitglieder stellte sich dann heraus, dass einer der Aktivisten und Hauptbelastungszeuge für den Verfassungsschutz arbeitete, was zu nur geringen Strafen für die Angeklagten führte.

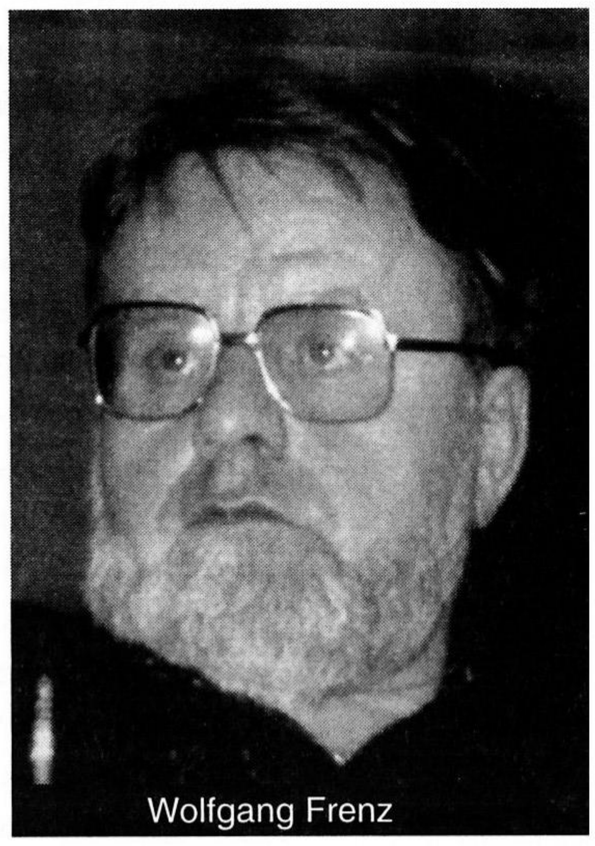
1977 wurde Holtmann als Beisitzer in den NPD-Bundesvorstand gewählt, dem er bis zu seiner ‚Enttarnung' angehörte. Kurze Zeit später wurde er offensichtlich vom VS angeworben. "1982 machte er sich selbständig und betreibt eine eigene Druckerei, mit der er der NPD schon oft aus der ‚Patsche' half", schrieb Udo Voigt 1999 in seiner Laudatio auf das "'Fossil' im amtierenden Parteivorstand". Bei der Druckerei handelt es sich um die Firma "Offset-Express" in Oberhausen.

1993 stieg Holtmann in der NPD NRW vom stellvertretenden- zum Landesvorsitzenden auf. Im selben Jahr wurde er auch zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Erstere Funktion bekleidete er bis zu seiner ‚Enttarnung', zweitere bis zum Bundesparteitag 2000, bei dem er nicht mehr für dieses Amt antrat, statt dessen aber wieder als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt wurde. Von 1995 bis 1996 leitete er nach der Amtsenthebung von **Günter Deckert** und bis zu Wahl von Udo Voigt sogar zusammen mit **Ellen-Doris Scherer** kommisarisch die Bundespartei. Lange Jahre bis August 1999 war er laut Impressum "Chef vom Dienst" und "Verantwortlicher im Sinne des Presserechts" der bundesweiten NPD-Zeitung "Deutsche Stimme". Ebenfalls presserechtlich verantwortlich zeichnet er für die Monatszeitschrift "Deutsche Zukunft. NPD-Landesspiegel Nordrhein-Westfalen" und im Oktober 2001 für das verbotene antisemitische NPD-Wahlplakat mit dem Spruch: „Den Holocaust hat es nie gegeben..."

Als die Aufmarschwelle der NPD auch in NRW begann, war Holtmann einmal mehr an vorderster Front dabei. Bei der Demonstration am 12.9.1998 in Münster trat er als Redner und Versammlungsleiter in Erscheinung. Danach ließ er sich aber auf Demonstrationen in NRW nicht mehr blicken. Statt dessen übernahm er federführende Funktionen bei der Organisation bundesweiter Großveranstaltungen. Parallel zu seiner Arbeit für die Bundespartei führte er einen Landesverband, der in den letzten drei Jahren über 200 Mitglieder dazu gewinnen konnte.

Holtmann wurde zuletzt am 16.9.2001 beim Landesparteitag in Essen mit 100% der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Bei der Nominierung der NPD-KandidatInnen für die NRW-Landesliste zur Bundestagswahl im Jahr 2002 überließ er Voigt den ersten Platz und gab sich selbst mit dem zweiten zufrieden.

Holtmann, so fasste es Udo Voigt 1999 zusammen, sei "ein lebendes Beispiel für das alte preußische Prinzip: ‚Ich diene!'". Dass Voigt nichts von seinen Spitzeldiensten gewusst haben will, ist zwar nicht auszuschliessen, aber höchst unwahrscheinlich. Nachdem sich Holtmann dem argwöhnischen Partei-Anwalt **Horst Mahler** laut "Der Spiegel" 6/2002 freiwillig und gegen den Willen seines V-Mann-Führers zu erkennen gegeben hatte, präsentierte er ein an sich gerichtetes und später in der Zeitschrift "Focus" dokumentiertes Schreiben des ehemaligen NPD-Anwalts **Wolfgang Huber** vom 16.3.1978 zu der "Ihnen angebotenen nachrichtendienstlichen Tätigkeit". Hierin teilte Huber mit, "der Herr Vorsitzende" (**Martin Mussgnug**) habe ihn ins "Vertrauen gezogen". "Da wir nichts zu verbergen haben ... erteilt der Herr Vorsitzende Ihnen die Zustimmung. ... Es wurde vereinbart, daß Sie durch dieses Schreiben abgesichert werden sollen." Auch Mussgnugs Nachfolger Günther Deckert bekundete, von Holtmanns V-Mann-Tätigkeit gewusst zu haben. Folgerichtig teilte Holtmann am 26.1.2002 Udo Voigt schriftlich mit, dass er sich "keiner Schuld bewußt" sei. "Bis zur vollständigen Klärung" trete er trotzdem von seinen Parteiämtern zurück. Am Folgetag teilte das NPD-Präsidium in einer Presseerklärung mit, "die enttarnten Verfassungsschutzspitzel Udo Holtmann und Wolfgang Frenz aus der Partei auszuschließen." Im Gegensatz zu Frenz, der sich bereits 1999 aus der Parteiarbeit zurückgezogen hatte, dürfte der Ausschluss von Holtmann für die NPD einen herben Verlust bedeuten. Zu halten war der langjährige "Diener" nach dem öffentlichen Bekanntwerden seiner Spitzeltätigkeit offensichtlich nicht. Ein Eingeständnis von Voigt, von der V-Mann-Tätigkeit Holtmanns gewusst und diese gedeckt zu haben, wäre der ohnehin schon verunsicherten und von den "Freien Kameradschaften" agitierten Parteibasis kaum vermittelbar gewesen. Und so musste eben ein Opfer für "Partei und Reich" gebracht werden.



Wolfgang Frenz

Wo ein V-Mann ist, sind weitere nicht fern

Holtmann zählt jedoch nicht zu den 14 von der Bundesregierung benannten ZeugInnen im NPD-Verbotsverfahren. Aber auch hier findet sich ein V-Mann des VS und diverse Personen, bei denen der VS Anwerbungsversuche unternommen hatte.

Da ist zum einen der Solinger Heilpraktiker **Wolfgang Frenz**, der bereits zu DRP-Zeiten, also noch vor der NPD-Gründung vom Landesamt für VS angeworben worden war und angeblich 1995 abgeschaltet wurde. Frenz war ebenso wie Holtmann Mitglied des NPD-Bundesvorstands und lange Jahre stellvertretender Landesvorsitzender der NPD, zuletzt unter Holtmann. Er zog sich 1999 von allei-

ne aus der Parteiarbeit zurück. In NRW arbeiteten von 1993 bis mindestens 1995 mit Holtmann und Frenz also sogar die komplette Landesspitze der NPD gleichzeitig für den VS.

Auch der zweite Stellvertreter Holtmanns, der NPD-Bundesschatzmeister **Erwin Kemna** aus dem Kreis Steinfurt, der ebenfalls unter den 14 Zeugen zu finden ist, wird immer wieder – auch innerhalb der NPD - in Verbindung mit dem Verfassungsschutz gebracht. Eine V-Mann-Tätigkeit wird von ihm aber bestritten. Erst vor wenigen Wochen wurde er in seinem Amt als Beisitzer im Bundesvorstand bestätigt.

Angesprochen und versucht für eine V-Mann-Tätigkeit zu gewinnen, wurden die Zeugen **Holger Apfel**, stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD und ehemaliger JN-Landesvorsitzender, **Jens Pühse**, ehemaliger NF-Funktionär und heutiges NPD-Bundesvorstandsmitglied aus Bayern und **Steffen Hupka** aus Sachsen-Anhalt, ebenfalls ein ehemaliger Funktionär der NF, später Mitglied des NPD-Bundesvorstands und zuletzt Kopf der "Revolutionären Plattform". Hätten die drei zugesagt, hätte zeitweise nahezu der halbe NPD-Bundesvorstand in Diensten des VS gestanden. Hupka hat zwischenzeitlich ebenso wie die nach eigenen Angaben von einer VS-Ansprache verschont gebliebenen Zeugen **Thorsten Heise**, **Jürgen Schwab** und **Christian Worch** eidesstattlich versichert, nicht für den VS gearbeitet zu haben. Heise war in den letzten Jahren allerdings immer wieder – auch in der Szene – in Verdacht gekommen ist, mit dem VS zu kooperieren. Auffällig häufig war er nach Straftaten von den Strafbehörden relativ unbehelligt geblieben und zumeist mit Bewährungsstrafen davon gekommen. Auch der immer mal wieder ins Gerede gekommene NPD-Bundesvorstandsbeisitzer und Zeuge **Frank Schwerdt** erklärte - allerdings nicht eidesstattlich - nicht für den VS gearbeitet zu haben.

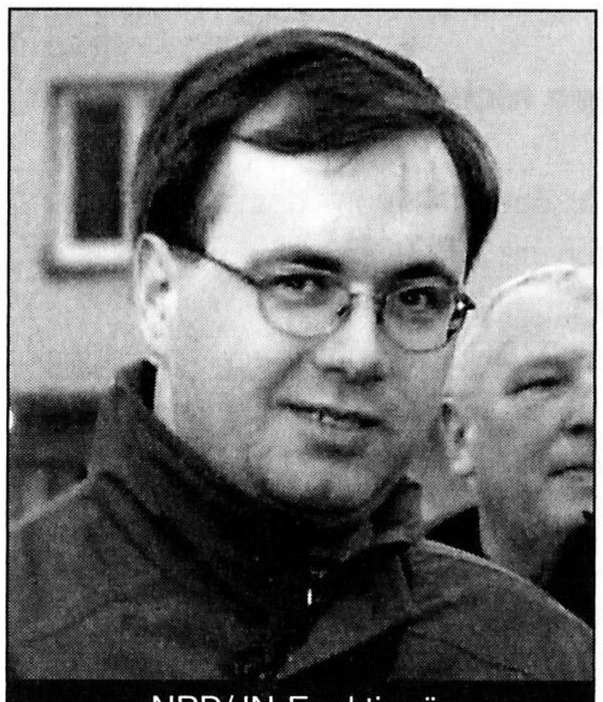
Dem VS-Landesamt Bayern fiel verspätet dann noch ein, dass seine Schlapphüte einmal vergeblich versucht hatten, den Zeugen **Jürgen Distler**, ebenfalls NPD-Bundesvorstandsmitglied, anzuwerben.

Unter zehn der 14 hochkarätigen Zeugen sind also schon einmal zwei sichere V-Männer, diverse Anwerbeversuche und mehrere, bei denen die Sache mehr als dubios ist, zu finden. Von den NPD-Bundesvorstandsmitgliedern **Doris Zutt**, **Uwe Leichsenring** und dem amtierenden JN-Bundesvorsitzenden **Sascha Roßmüller** ist bislang keine Stellungnahme bekannt geworden. Der 14. im Bunde, **Per Lennart Aae** aus Bayern, scheint ein Spezialfall zu sein. Offiziell heisst es zwar von der Bundesregierung, alle V-Leute des VS im Rahmen des NPD-Verbotsverfahren seien jetzt offengelegt, was aber natürlich keine Aussage über diejenigen Neonazis trifft, die für andere Geheimdienste oder den Polizeilichen Staatsschutz arbeiten oder gearbeitet haben. Aae z.B. wird mit dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) in Verbindung gebracht, bestreitet aber eine solche Tätigkeit. Um stets über die im Ausland agierenden Söldner aus Neonazikreisen informiert zu sein, führt natürlich auch der MAD V-Männer in der Neonazisszene. Im Gegensatz zu anderen Beschuldigten hat sich die NPD nicht vor Aae gestellt und ihn geschützt. Das schon zuvor politische angefeindete NPD-Bundesvorstandsmitglied ist sogar aus dem NPD-Parteipräsidium entfernt worden.

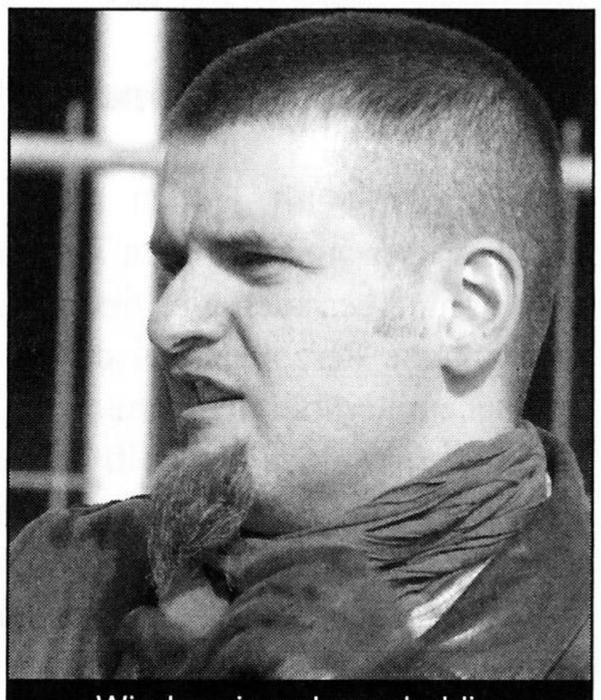
Die Horror-VS-Story geht aber noch weiter. Und zwar bei denjenigen, die zwar nicht als ZeugInnen benannt wurden, deren Aktivitäten und Aussagen aber in der Verbotsantragsbegründung aufgeführt wurden. Aus diesem Kreis wurde bislang neben den bereits erwähnten Holtmann, Frenz und Tino Brandt die V-Mann-Tätigkeit von sechs weiteren NPD-Funktionären eingestanden, darunter **Mike Layer** aus Baden-Württemberg und **Matthias Meier** aus Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt ist jedoch die Bundesregierung der Meinung, dass die in der Verbotsantragsbegründung aufgeführten Tätigkeiten und Verlautbarungen der nicht für den VS tätigen Neonazis immer noch ausreichen, um die NPD zu verbieten.

Schlagende Verbindung NPD-VS?

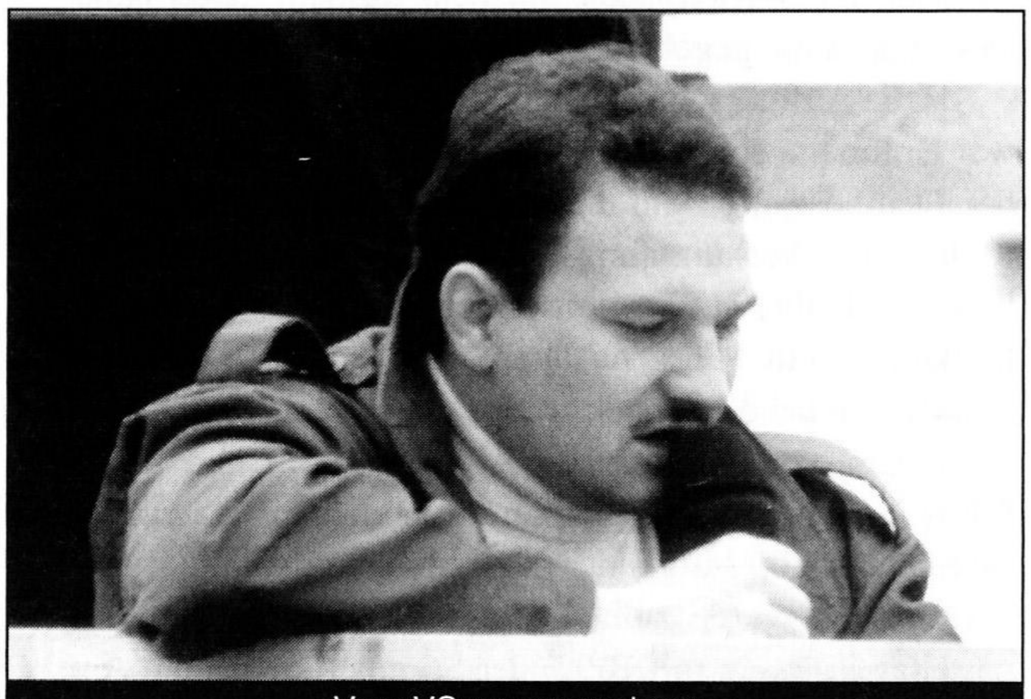
Dubios bleibt die Rolle einiger nordrhein-westfälischer NPD/JN-Funktionäre. Der JN/NPD-Funktionär **Thorsten Crämer** aus Schwelm soll nach Angaben von Wolfgang Bosbach (CDU) ebenfalls für den VS gearbeitet haben. Ebenso der JN/NPD-Funktionär **Nico Wedding** aus Duisburg. Beide streiten das ab. Sollten sie die Unwahrheit sagen, käme eine zusätzliche Brisanz in die Angelegen-



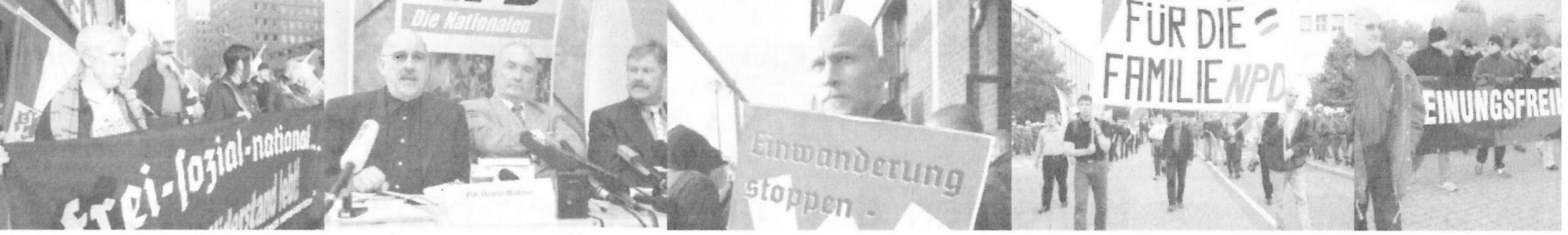
NPD/JN-Funktionär
Nico Wedding



Wieder einmal unschuldig:
Thorsten Heise



Vom VS angesprochen:
Jürgen Distler



Klaus Harbart

NPD verbieten? –Eine alte Debatte

NPD-Sonderbeilage von den antifaschistischen Zeitschriften
Der Rechte Rand und Enough is Enough

DRR
Informationen von und für AntifaschistInnen

Enough is enough!
Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Die Frage eines Verbots (neo)faschistischer Parteien und Organisationen ist seit Jahren Streitpunkt. Während in der öffentlichen Diskussion taktische Argumente im Vordergrund stehen, geht es letztlich um die Frage, ob faschistische Positionen und Organisationen als tolerierbar oder als nicht zum Verfassungskonsens gehörend klassifiziert werden. In der aktuellen Diskussion eines möglichen NPD-Verbots werden auch Nutzen und Gefahren abgewogen.

Die Kritiker eines Verbotes befürchten, dass nach einem Scheitern des Verfahrens die NPD ihre neofaschistischen Aktivitäten mit höchstrichterlicher Absolution verstärken könnte. Im Falle eines Verbotes wiederum, so der vom Bundesverfassungsgericht als Sachverständiger geladene rechtskonservative Eckhard Jesse, „besteht die Gefahr, dass ein schwer kontrollierbarer Untergrund entstehen könnte." Andere erwarten, dass damit „nur das dezentrale Vagantentum" gefördert (Cohn-Bendit) und die NPD in eine Märtyrerrolle gedrängt werde.

Befürworter halten dem entgegen, durch ein Verbot würde der NPD der Schutz des Parteienprivilegs entzogen und die Wahlkampfkostenerstattung in Millionenhöhe entfallen. Die Auflösung der Partei, die Beschlagnahmung des Parteivermögens würden ihr Organisationsfunktionen und Ressourcen entziehen. Dadurch könnten die politischen Strukturen des Neofaschismus insgesamt geschwächt werden.

Diese taktischen Überlegungen, die oft mit Vorschlägen für eine allgemeine Verschärfung des Demonstrationsrechtes, den Ausbau des Verfassungsschutzes und den Abbau demokratischer Rechte einhergehen, stoßen ebenso auf Kritik. Derartige Gedanken seien ein „Konstrukt antidemokratischen Denkens" bzw. Ausdruck eines „autoritären Antifaschismus". TAZ-Redakteur Eberhard Seidel meint gar zu den Verbotsbefürwortern: „Autoritätsfixierung war und ist schon immer die beste Voraussetzung für die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen." Und Rolf Gössner fordert in der „Frankfurter Rundschau": „Über die NPD sollten die Wähler, nicht die Richter befinden."

Dass etablierte PolitikerInnen signalisieren wollen, dass „die Politik etwas tut", aber an einer weiter gehenden Auseinandersetzung mit der volksverhetzenden und rassistischen Ideologie der NPD sowie der Nähe dieser Ideologie zur Tat nicht interessiert sind, ist verständlich. Müssten sich doch unter anderem Beckstein, Koch, Rüttgers und Stoiber, aber auch Schily oder Kronawitter der Frage stellen, ob einzelne ihrer Aussagen nicht eine bedenkliche Nähe zu den rassistischen Parolen der Neofaschisten aufweisen.

Wenn nach dieser Diskussion aber nicht herauskommen soll, dass Nazis zu tolerieren seien, müsste die Verbotsfrage mit der Verfassung beantwortet werden. Faschistische Organisationen und die Verbreitung faschistischer und kriegsverherrlichender Ideologien unterliegen einem grundgesetzlichen Verbot. Der Artikel 139 des Grundgesetzes schreibt eine Fortgeltung der „zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus' erlassenen Rechtsvorschriften" fest. Gemeint sind damit unter anderem die Kontrollratsgesetze der Anti-Hitler-Koalition, die das Verbot und die Auflösung aller NS-Organisationen sowie aller Nachfolgeorganisationen fordern. Weiter heißt es darin: „Schriftlich, mündlich oder anderweitig betriebene Propaganda oder Agitation, die darauf hinausgeht, militärischen und nationalsozialistischen Geist oder derartige Einrichtungen zu erhalten, wieder ins Leben zu rufen oder zu fördern oder die Verherrlichung des Krieges zum Gegenstand hat, ist verboten."

Die Bundesregierung bestätigt bei Bedarf, dass der Artikel 139 GG weiterhin unmittelbar geltendes Recht ist. So beispielsweise, als 1970 in der UNO Stimmen laut wurden, die ein Wiederaufleben des Nazismus in der Bundesrepublik befürchteten. Oder als sie auf eine PDS-Bundestagsanfrage im November 1999 antwortete: „Die SS – auch die Waffen-SS – sind verboten und aufgelöst. Dies ergibt sich aus dem Kontrollratsgesetz ..." . Von der Regierung bzw. den Innenministern wird der Artikel 139 GG andererseits jedoch immer wieder als „obsolet" bezeichnet. Diese Bewertung spricht dem Grundgesetzes den antifaschistischen Konsens ab und interpretiert ihn zu einem antitotalitären um.

Ein Verbot der NPD und anderer (neo)faschistischer Organisationen ist also nicht aus law-and-order-Verständnis, sondern aus einem anderen Verfassungsverständnis notwendig. Einem Verfassungsverständnis, das die Propagierung von Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus als Verbrechen und nicht als eine tolerierbare Meinung versteht.

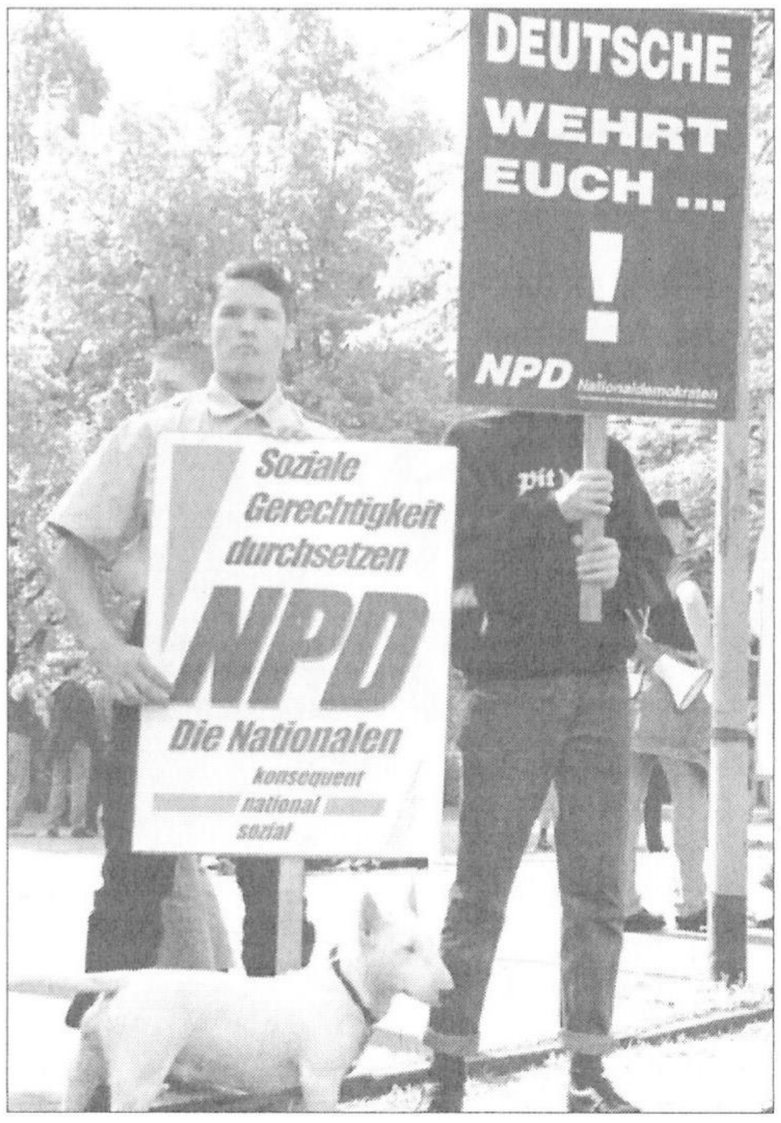
„Als Schriftsteller wende ich mich an die deutschen Schriftsteller und Künstler, ihre Volksvertretungen zu ersuchen, in einem frühen Stadium der Verhandlungen folgende Vorschläge zu besprechen:

Völlige Freiheit des Buches, mit einer Ausnahme.
Völlige Freiheit des Theaters, mit einer Ausnahme.
Völlige Freiheit der bildenden Kunst, mit einer Ausnahme.
Völlige Freiheit der Musik, mit einer Ausnahme.
Völlige Freiheit des Films, mit einer Ausnahme.

Die Einschränkung: Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen, und für solche, welche den Völkerhaß fördern.

Das große Carthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten."

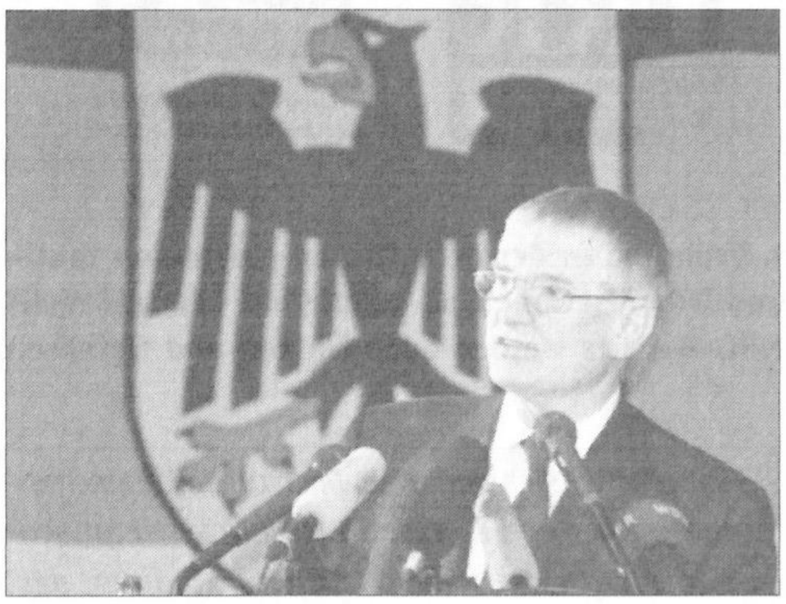
(Bertolt Brecht)



Jos Anders

Agents provocateurs –
Behörden des Inneren gefährden Parteiverbot

... da waren es auf einmal Fünf. Es könnten aber auch noch Neun oder mehr sein. Das Bundesamt und die Landesbehörden des Inneren klären nicht darüber auf, wie viele Mitarbeiter der Verfassungsschutzämter (VS) gleichzeitig Mitglieder der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) sind und als „Kronzeugen" im Verbotsantrag gegen die älteste neofaschistische Partei der Bundesrepublik auftauchen.



Festakt „50 Jahre Bundesamt für Verfassungsschutz" in der Zentrale in Köln-Chorweiler.
Am Rednerpult: Otto Schily, Bundesminister des Innern

19.09.1998
Zentrale Wahlkampfdemonstration der NPD in Rostock

02. 02. 02: NPD-Aufmarsch, Bielefeld

Nachdem kurz vor den mündlichen Verhandlungen des Verbotsantrags von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag Ende Januar 2002 bekannt wurde, dass der als Hauptzeuge für den Antisemitismus der NPD vorgesehene langjährige Parteifunktionär Wolfgang Frenz ein VS-Informant war, setzte das Bundesverfassungsgericht das Verfahren aus. Mittlerweile räumte das Innenministerium ein, dass auch die „Zeugen" für den Beweis des neonazistischen Charakters der NPD Aktivitäten Tino Brandt, Udo Holtmann, Mike Layer und Matthias Meier im Sold des VS standen.

Doch weder im Innenausschuß des Bundestags, noch gegenüber dem Verfassungsgericht, legte das Bundesinnenministerium unter Otto Schily (SPD) bisher offen, welche der verbotsrelevanten Äußerungen noch von V-Männern stammen. Als Grund für die augenblickliche Verschwiegenheit führt Schily „Sicherheitsgründe" an. Eigene Unkenntnis über die Arbeit der Landesämter für Verfassungsschutz scheint als Ursache für das Stillschweigen der Bundesbehörde überzeugender. Nur so wird die Äußerung des Niedersächsischen Innenministers Heiner Bartling (SPD), dessen Behörde den Antrag unterstützt, erst verständlich: „Ich kann nicht absolut ausschließen, das nicht noch weitere Aussagen von V-Leuten enthalten sind".

Die sogenannten „Sicherheitsüberlegungen" von Geheimdienst und Verfassungsschutz haben längst zur Gefährdung des NPD-Verbots und der Mißachtung der Öffentlichkeit geführt. In dem vom Gericht geforderten Nachtrag bestätigt die Innenbehörde lediglich das, was den Karlsruher Richtern längst bekannt war, dass „zahlreiche Äußerungen" im Antrag „von V-Leuten sind". Der Bundesinnenminister versichert jetzt, dass keiner der „V-Leute steuernden Einfluß" auf die NPD gehabt habe und deshalb alle „Äußerungen prinzipiell (der NPD) zuzurechnen" seien. Inwieweit das Gericht dieser Einschätzung folgt, ist fraglich. Die bereits bekannten V- und NPD-Männer waren hohe Funktionäre. Das widerspricht geltendem Recht. Die Dienstvorschriften des VS sehen vor, dass keine Person, „die Zielsetzung oder die Aktivitäten eines Beobachtungsobjekt entscheidend bestimmt", als Informanten dienen dürfen. Aber auch die Aussage des baden-württembergischen Gewerkschaftsvorsitzenden der Polizei Dieter Berberich widerspricht der Beteuerung. Laut Berberich seien die „beanstandeten Reden extra von VS-Mitarbeitern angefertigt" worden, und Teilnehmer von NPD-Kundgebungen hätten, „zur Hälfte (...) aus V-Leuten bestanden", die vorher „verfassungsfeindliche Symbole im Umlauf" brachten, um sie später als „Beweise" zu verwenden.

Statt endlich die NPD ohne Zuhilfenahme des Verfassungsschutzes zu verbieten, bestätigen die Innenbehörden immer mehr das Verteidigungskonstrukt des Rechtsbeistands der NPD von einer „Phantompartei". Die sei nach Auffassung von Neu-Nazi Horst Mahler, erst aus der realen NPD entwickelt worden.

Ob die vom Verfassungsrichter Hans-Joachim Jentsch berufenen Sachverständigen, Uwe Backes, Vize-Direktor des Hannah-Ahrendt-Instituts in Dresden, und Eckhard Jesse, Politologe an der TU Chemnitz, dem Verfassungsgericht helfen, sich zwischen Phantom und Realität zurecht zu finden, ist nicht minder fragwürdig. Seit Jahren fällt das Duo Jesse-Backes durch die „Verharmlosung rechtsextremer Umtriebe" auf.

Regelmäßig betont Jesse, der „Rechtsextremismus (sei) mehr Phantom als Realität" und unisono erklärt das Duo, welches das „Jahrbuch Extremismus & Demokratie" herausgibt, dass „die Erosion der Abgrenzung zwischen demokratisch und extremistisch (...) am linken, nicht am rechten Rand" geschehe und beklagen immer wieder, dass der „Rechtsextremismus stigmatisiert" und der „Linksextremismus" bagatellisiert würde. „Manch derer, die sich ‚zum Kampf gegen rechts' rüsten", schreiben sie im neuem Jahrbuch, „sind auf dem linken Auge blind". Für die Behörde des Inneren, die auch das Jahrbuch von Jesse und Backes bezuschusst, dürfte dies nicht zutreffen.

Neue Erkenntnisse oder gar Einschätzungen zur NPD offenbarten die Behörden in dem laufenden Verfahren aber auch noch nicht. Charakter und Aktionsorientierung der „aggressiv neofaschistischen Partei" haben seit Jahren antifaschistische Initiativen analysiert und dokumentiert. Selbst die Vernetzungen zum VS waren bekannt. Nur ein Detail war unbekannt: dass sich über 100 VS-Informanten in der NPD engagieren und der Staat mit rund 400.000 bis 500.000 Euro die Partei finanzierte. Nicht der Prozess, sondern die Affäre scheint bisher die NPD zu gefährden. Die unbeabsichtigte Aufklärung der Behörden über die Beziehungen von VS und NPD hat in der Partei eine „Atmosphäre des Misstrauens" geschaffen. Keiner traut in der NPD um Udo Voigt niemandem.

Stefan Lindke & Andreas Speit

„Deutschland, Deutschland über alles ..." – Ideologie und Strategie der NPD

Die älteste neonazistische Partei der Bundesrepublik soll vor Gericht stehen. Ab Anfang Februar diesen Jahres wollte das Bundesverfassungsgericht über ein Verbot der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) verhandeln. Doch warum stellten Anfang 2001 alle drei dazu berechtigten Organe der Bundesrepublik den Antrag, die NPD für verfassungswidrig zu erklären, warum nicht schon früher in der langjährigen Geschichte der neonazistischen Partei? Hat die NPD sich verändert? Hat sie vielleicht nur zur „falschen Zeit am falschen Ort demonstriert", wie Jörg Fischer zynisch meint? Denn „Aufzüge der NPD am Brandenburger Tor" seien imageschädigender für die Bundesrepublik „als DVU-Kundgebungen in der Passauer Nibelungenhalle". Oder fügt sich der „biologische Rassismus der NPD nicht mehr in eine Gesellschaft ein, in der Menschen immer stärker nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit beurteilt werden"?

In der öffentlichen Wahrnehmung scheint erst mit der Wahl des momentanen Parteivorsitzenden Udo Voigt, Bundeswehrhauptmann der Reserve und Diplom-Politologe, im Jahr 1996 die radikale Wandlung von einer „Altherrenriege" zu einer „neonazistischen Partei" eingeleitet worden zu sein. Eine Wahrnehmung, die die Geschichte und Entwicklung der 1964 gegründeten Partei verzerrt und die jahrzehntelange Duldung rechtfertigt. Von Anfang an war die NPD, stellte schon 1967 der Politologe Reinhard Kühnl fest, ein Sammlungsbecken von ehemaligen NSDAP- und einstigen „Deutsche Reichspartei"-Mitgliedern (DRP). Die DRP löste sich zwar erst 1964 auf und bestand knapp ein Jahr neben der NPD, doch von den 4.000 DRP-Mitgliedern waren zugleich 3.000 in der NPD. Um den „demokratischen Schein" zu wahren, wollte der spätere Vorsitzende Adolf von Thadden, selbst vorher NSDAP- und DRP-Funktionär, nicht jedes DRP-Mitglied aufnehmen. „Lasst bloß die krummen Hunde vor der Tür", empfahl der NPD-Vorsitzende von 1967 bis 1971. Aussen vor sollte auch eine direkt neonazistische Ideologie bleiben, nur indirekt sollte die politische Tradition aufgenommen werden. Die vermeintliche ideologische Mimikry spiegelte sich so auch in der Politik wider. Vor allem die Denkgrundlagen der NPD wie „Volksgemeinschaft", „Lebensraum", „Rasse" und Feindbilder, so stellte Kühnl damals fest, „unterscheiden sich nicht (von der) NSDAP".

Als die NPD bei den Bundestagswahlen 1969 mit 4,3 Prozent nur knapp den Einzug in den Bundestag verpasste, brachen bei der 28.000 Mitglieder starken Partei interne Machtkämpfe aus und sowohl militante als auch intellektuell ausgerichtete Kreise spalteten sich ab. Als sie bis 1971 in sieben Landesparlamenten ihre Mandate verlor, trat von Thadden ab und Martin Mußgnug übernahm den Parteivorsitz. In der 1970er und 1980er Jahren fielen NPD-Mitglieder auch immer wieder wegen Waffenbesitzes, Schlägereien und Brandanschlägen auf. Die Ermittlungen gegen NPDler, die die „kriminelle Vereinigung" „Europäische Befreiungsfront" bildeten, blieben für die Partei ohne Folgen.

Unter der fast zwanzigjährigen Parteiführung Mußgnugs suchte die NPD den Kontakt zu anderen neonazistischen Parteien und versuchte, mit Vorfeldorganisationen in der Landes- und Kommunalpolitik zu wirken. Programmatisch blieb sie sich treu. So treu, dass sie als „ewiggestrig" galt, da sie ihre Argumentation nicht auf aktuelle Debatten ausrichtete. Mit der Wahl Günter Deckerts, der später wegen Leugnung des Holocaust verurteilt wurde, zum Bundesvorsitzenden im Jahre 1991 wurde zugleich die „moderate Strategie" mit abgewählt.

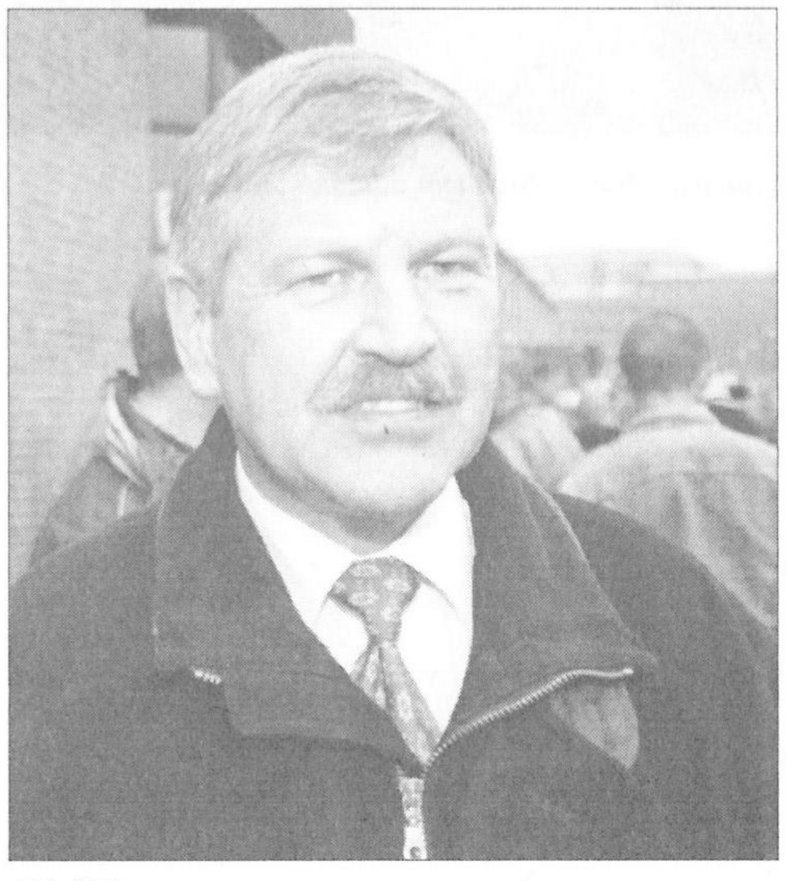
Im selben Jahr erschien im Theorieorgan des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB) „Vorderste Front" der programmatische Text „Schafft befreite Zonen". In dem Blatt der 1967 gegründeten NPD-Vorfeldorganisation forderte Thomas Hetzer die Etablierung der kulturellen Hegemonie: „Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten". Mit diesem Konzept sollte die Konsolidierung der NS-Szene unterstützt und Sympathie erheischt werden: „Man muss so handeln, dass man in einem Meer von Sympathie schwimmt, dass die ‚normalen' Bewohner für uns ‚die Hand ins Feuer legen'." In dieser Konzeption ist kein Platz für Menschen, die nicht in das völkisch-nationalistische Bild passen. Zusätzlich wurde die Erlangung einer wirtschaftlichen Autonomie empfohlen, um eine „nationale" Infrastruktur, Dienstleistungs- und Gastronomiebetriebe zu entwickeln, die später auch „ganz normale Leuten" nutzen könnten.

Zunächst griffen Mitglieder der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) um den damaligen Vorsitzenden Holger Apfel das Konzept auf und setzten es in der Partei durch. Ab 1992 lockerte dann der Parteivorstand die formale Abgrenzung gegenüber dem militant-neonazistischen Spektrum und warb um die Neonazimitglieder der gerade verbotenen Organisationen. Neben der nun direkten neofaschistischen Propaganda versuchte sich die NPD mit antikapitalistischer Rhetorik als die einzige „nationale Opposition" darzustellen. Nach der Wahl Udo Voigts zum Vorsitzenden fiel gänzlich die taktische Distanz zum Neofaschismus. Die ideologische Radikalisierung manifestiert sich 1997 in dem „Drei-Säulen-Konzept". In dem Strategiepapier des 20-köpfigen NPD-Bundesvorstands wurde betont, dass nicht nur im vorpolitischen Raum eine „nationale Hegemonie" erlangt werden soll, sondern auch im politischen Raum. Die Strategie und Relativierung der ideologischen Mimikry bescherte der NPD zwischen 1996 und 2000 nahezu eine Verdoppelung der Mitgliederzahl von 3.500 auf 6.000. In den Bundesländern Sachsen, Hessen und Bayern entstanden aktive Landesverbände und unter anderem in Südostniedersachsen, im Muldentalkreis und im Leipziger Umland bestehen engagierte Gruppen. Während die Partei bei der Bundestagswahl 1998 nur 0,3 Prozent der Zweitstimmen erhielt, konnte sie bei Landtags- und Kommunalwahlen mehr Stimmen auf sich verbuchen (Sächsische Landtagswahlen 1999: 1,2 Prozent).

weiter auf Seite 4. . .

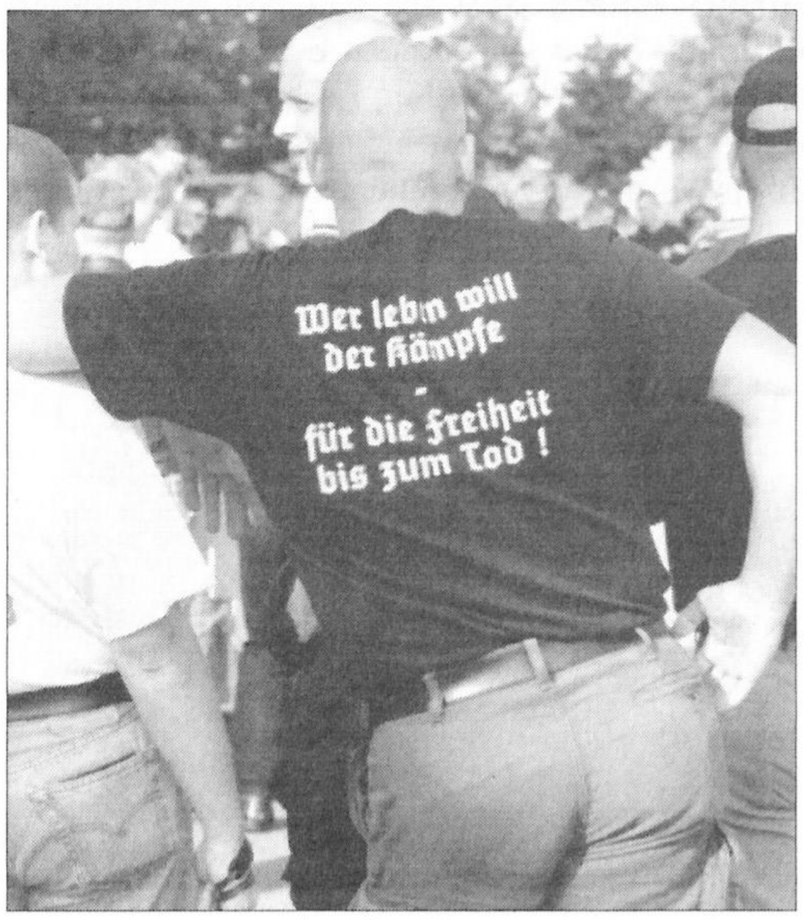
von links: Adolf von Thadden, Udo Holtmann

Martin Mußgnug



Udo Voigt

. . . Fortsetzung von Seite 3

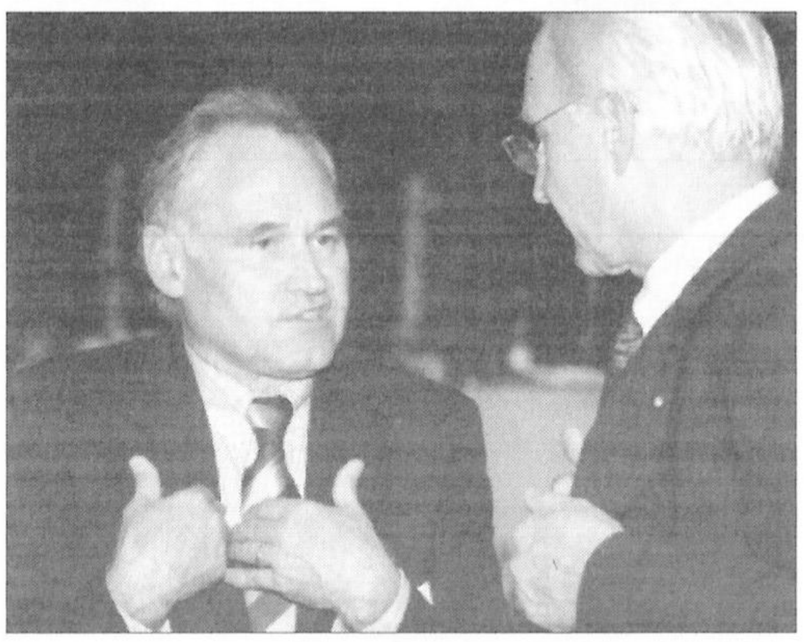


Auf dem „Sommerseminar" 2001 der NPD-Vorfeldorganisation „Deutschen Akademie" wurde das Konzept modifiziert. „Mittels traditioneller und moderner Kulturarbeit (sollte) das ‚brachliegende Potential, aber auch weitere Volksschichten [...] für nationale Inhalte' gewonnen werden" hieß es, und eine „breite soziale Verankerung (sei) anzustreben", um „den Kampf auf allen Ebenen durch Präsenz zu führen". Schon in dem Strategiepapier führt der Vorstand aus: „Programmatik, Massenmobilisierung, Wahlteilnahme [...] Keine (Säule) von ihnen ist ohne die anderen sinnvoll". Praktisch spiegelt sich dies in der Organisierung von Naziaufmärschen und -konzerten sowie in der Besetzung aktueller Themen wider. Die Kohärenz der Radikalität von neofaschistischer Propaganda und medialen Aktionen, die heute die NPD ausmacht, unterscheidet sie von früher. Nicht ihre Ideologie oder ihre Orientierung.
„Die Konzepte der Nachkriegszeit haben ausgedient", verkündet regelmäßig die NPD: „Wir stehen gegen Aufklärungsutopien und gegen multiethnische Exzesse". Die Partei will auch heute noch weiter zurück. Im Europaprogramm erklären sie erneut im NS-Duktus, die „Familie ist Träger des biologischen Erbes", die „nationale Volksgemeinschaft" müsse vor „fremden Völkern" geschützt werden, das „kapitalistische Finanz- und Wirtschaftssystem (Raffende Kapital)" sei einzudämmen, der „Materialismus" und das „Dogma der ‚Gleichheit aller Menschen'" zersetze „Volk und Vaterland". Vermeldet wird derweil in gleicher Tradition auf der NPD-Website, dass noch immer nicht alle „Deutschen" heim ins Reich geholt worden seien und „Deutschland" immer noch „dem Druck und der Meinungsdiktatur des jüdischen Zentralrates" unterläge. Sie wissen, was sie wollen: „Deutschland, Deutschland über alles ...". Ob ein Verfassungsschutzmitarbeiter die Propaganda formulierte oder die Aktion organisierte, ändert wenig am Profil der NPD. Denn die Partei stimmte dem zu: in voller Überzeugung.

Ulla Jelpke

Technisches KO in der Vorrunde

Das Verbotsverfahren gegen die NPD, von der rot-grünen Bundesregierung zum symbolhaften Höhepunkt ihres „Aufstands der Anständigen" erklärt, in Wirklichkeit schon lange zum „Stillstand der Zuständigen" geworden, ist durch die an Betrug grenzenden Machenschaften der VS-Ämter und das Agieren Otto Schilys (SPD) in eine schwere Krise geraten.



von links: Günter Beckstein, Edmund Stoiber

Das Verfassungsgericht hat die mündliche Verhandlung nach Auffliegen des Zeugen Wolfgang Frenz zurecht ausgesetzt. Dass VS-Ämter in Bund und Länder überhaupt gewagt haben, das Gericht und auch den Bundestag monatelang über diese wichtige Tatsache im Unklaren zu lassen, zu täuschen, zeigt wieder einmal: Diese Dienste sind ein Fremdkörper in der Demokratie und gehören abgeschafft.
Im Kalten Krieg entstanden, haben Verfassungsschutz und V-Leute der Rechten „traditionell" ein enges Verhältnis. Der VS betrachtete die Rechten oft mehr als Partner im Geiste statt als politischen Gegner. Diese Grundstruktur, mitbegründet von Nazis die schon zwischen 1933 und 1945 zu Diensten waren, ist bis heute geblieben. Dies ist auch der Grund, warum VS-Ämter und Innenminister jetzt „schutzwürdige Interessen" der V-Leute vorschieben, um zu verhindern, dass ihr Netz auffliegt. Doch nicht diese Nazis haben „schutzwürdige Interessen", sondern deren Opfer.
Der Skandal verweist auf ein strukturelles Problem: Die Dienste haben ein Eigeninteresse an der Geheimhaltung ihrer NPD-Verbindungen. Denn nur mit solchem Wissen legitimieren sie ihre Existenz. Selbst die Innenminister wissen nicht genau, wem ihre Ämter in der NPD alles vertrauen. Dennoch wollen Schily & Co dieses Netz nicht offenlegen. Stattdessen legitimieren sie das Anwerben von hohen NPD-Funktionären, behaupten gar, dass diese V-Leute weder die Partei maßgeblich beeinflusst haben noch an Straftaten beteiligt waren.
Heuchlerisch ist derweil die CDU/CSU. Zu Beginn des Verfahrens konnte Beckstein gar nicht genug V-Leute-Aussagen in die Klageschriften bekommen und forcierte eine Debatte über eine „Lex-NPD", damit V-Leute im Verfahren auftreten können.
Die Überarbeitung der Antragsschriften, die Streichung aller V-Leute-Aussagen ist die einzige Möglichkeit, das Verfahren nicht weiter zu gefährden. Doch solange nicht alle Innenminister den Antragstellern und dem Gericht vollständige Kenntnis über das V-Leute-Netz in der NPD geben, bringen sie das Verfahren weiter in Gefahr.
Ich teile die Sorge, dass das Verfahren durch das Agieren von Schily und den Innenbehörden am Ende sogar scheitern könnte. Trotz ausreichender Verbotsgründe. Denn die NPD belegt selbst zur Genüge, dass sie eine verfassungsfeindliche, gewalttätige, aggressive und in ihrem Antisemitismus und Rassismus zutiefst menschenverachtende Partei ist. AntifaschistInnen haben dies in der Vergangenheit zweifelsfrei belegt. Daher mein Appell: Die antifaschistische Öffentlichkeit muss sich äußern! Schließlich hat das Gericht die Möglichkeit, auch selbst Sachverhalte aufzuklären und andere Zeugen zu laden.

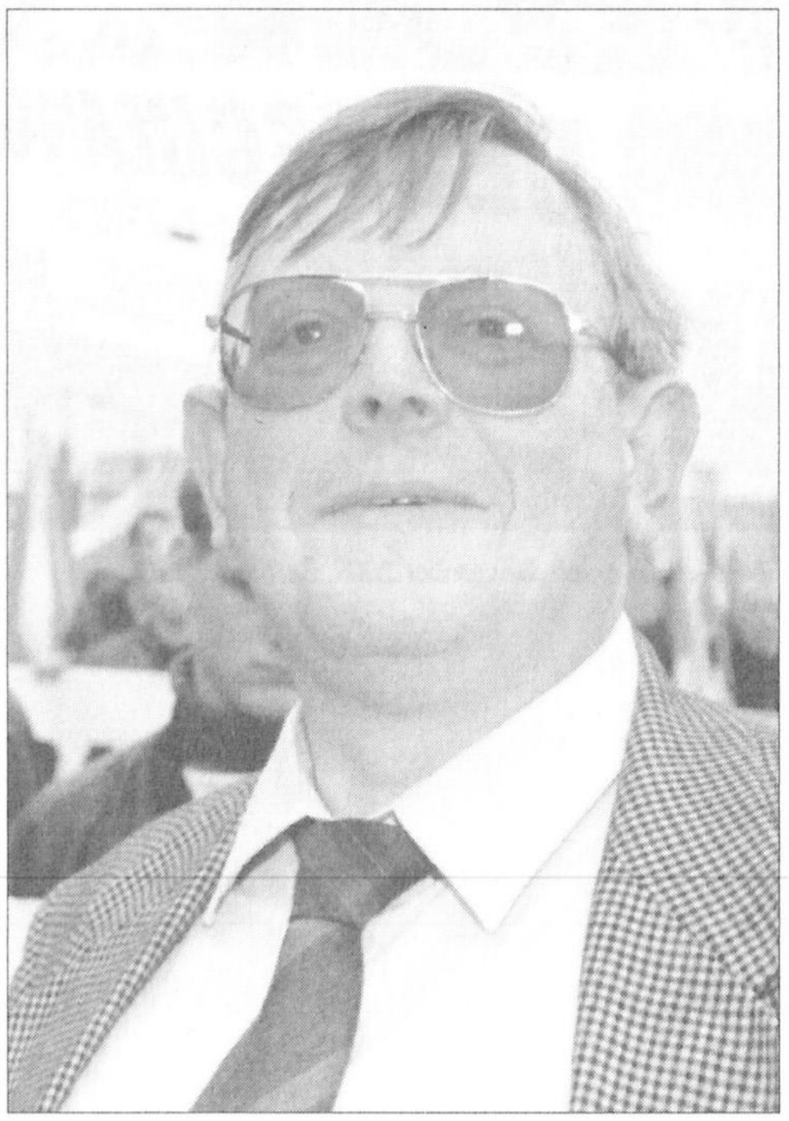
Berlin, den 7.2.2002

Stephan Lindke

Zwischen Angriff und Verteidigung

Die NPD fühlt sich zu Unrecht vor das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) gestellt: „Es gibt keine sachlichen Anhaltspunkte dafür", wiederholen die NPD-Anwälte Horst Mahler und Günter Eisenecker gebetsmühlenartig, dass „die Partei darauf abzielt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen oder zu beeinträchtigen". Am 5. Februar diesen Jahres sollte vor dem BVerfG in Karlsruhe die mündliche Verhandlung des Verbotsantrags aller antragsberechtigten Organe der Bundesrepublik gegen die NPD beginnen.

Während die Anträge des Bundesrats und der Bundesregierung eine gängige Verbotsbegründung beinhalten, in der zahlreiche Beispiele für die „aggressiv-kämpferische Grundhaltung" der NPD gegen die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik angeführt werden, führt der Bundestag in seinem Antrag die „Wesensverwandtschaft der NPD mit der NSDAP" an. Eine unübliche Begründung, hatten doch deutsche Gerichte und Richter in den letzten Jahrzehnten das Alliierten Kontrollgesetz Nr. 2 vom 12. Oktober 1945, nach dem „Nachfolgeorganisationen der NSDAP" verboten werden müssten, als überflüssig betrachtet. Zwar ist im Grundgesetz (Art. 139) das Kontrollgesetz festgeschrieben, nur wurde bisher danach keine neonazistische Gruppierung verboten. Die Erkenntnis, dass die NPD sich „Vorstellungen, Methoden und Begriffswahl der NSDAP zu eigen" macht, hatte schon 1983 das Bundesverwaltungsgericht anlässlich eines Rechtsstreits um ein von der Stadt Frankfurt verhängtes NPD-Saalverbot formuliert. Fundamentale Konsequenzen – gar ein Verbotsantrag – hatte das Urteil seinerzeit jedoch nicht. Um in diesem Jahr ein mögliches Verbot abzuwenden, insistierten Eisenecker und Mahler auf die vermeintlich fehlende Zuständigkeit des Gerichts. Mit dem Hinweis, dass eine an Wahlen zum Europaparlament teilnehmende Partei nicht nach nationalem Recht verboten werden könne, scheiterten sie aber. Das BVerfG entschied, dass keine „klärungsbedürftige Frage des Gemeinschaftsrechts" vorliegen würde. Auch einen weiteren Aussetzungsantrag lehnte das Gericht als unbegründet ab. Allein die von Mahler beantragte Herausgabe von Unterlagen, die im Zuge eines parallel angestrengten Ermittlungsverfahrens wegen Volksverhetzung gegen seine Person beschlagnahmt worden waren, entschied das Gereicht positiv. Denn durch den „Entzug von Daten und Arbeitsmitteln (des) Bevollmächtigten (könnte) ebenso wie durch eine Aufdeckung der Prozessstrategie" das Verfahren beeinträchtigt werden.



Günter Eisenecker

Missverständnisse, lauter Missverständnisse ...

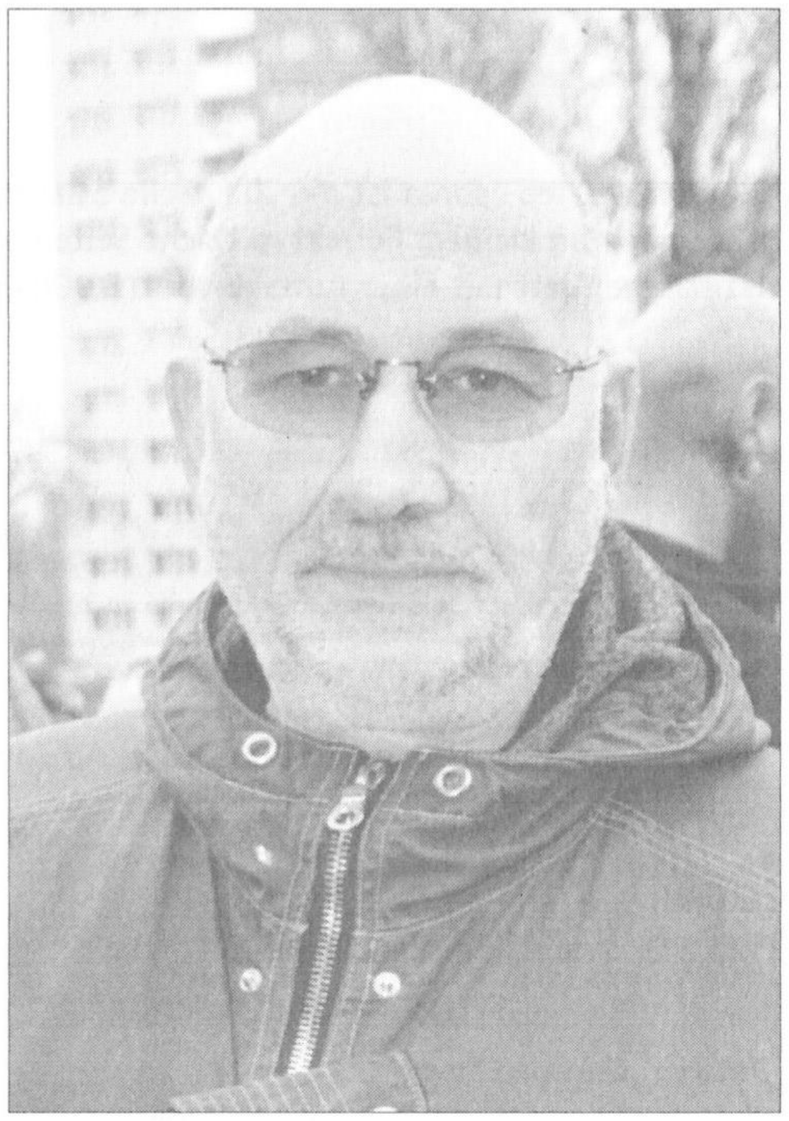
In den ersten Stellungnahmen haben die NPD-Prozessbevollmächtigen verschiedene Gegenargumentationen entwickelt. Eisenecker versucht, das Drei-Säulen-Konzept der NPD (Kampf um die Straße, um die Köpfe und um die Parlamente) als ein Synonym für den Wahlkampf zu verharmlosen und die von den NPD-Kadern geforderte Revolution als lediglich missverstandene Forderung nach einer geistigen Wende umzudeuten.

Wenn er aber die Unterschiede zwischen der NPD und den übrigen Parteien einräumt, entlarvt er sich selbst. Die NPD sei als einzige für das „Naturrecht" des deutschen Volkes und auf dessen Leben, Kultur und Entfaltung zentriert. Die „Systemparteien" seien lediglich um die Aufrechterhaltung der „global ausgerichteten liberalkapitalistischen Wirtschaftsordnung" bemüht, deren „mentales Zentrum in dem von den USA gewollten und geförderten Strukturen" der NATO, der EU, einer so genannten „westlichen Wertegemeinschaft" läge, „an die das deutsche Volk seinen materiellen (und) geistigen Bestand unter Selbstaufgabe überantworten" würde.

Auch Mahler betont, nur die NPD sei die legitime „Fundamental-Opposition" und liefert ebenso in seiner Verteidigungsschrift Argumente für das Verbot. So verweist er auf die „natürliche Ungleichheit der Menschen" und auf das Selbstbehauptungsrecht der Deutschen, um das Programm der NPD zu legitimieren. Außerdem müsse endlich „die Judenfrage als solche wieder wahrgenommen und zum Gegenstand einer geistigen Anstrengung zu ihrer Lösung" werden.

Von einer Wesensverwandtschaft zur NSDAP will er nicht sprechen, da zwischen historischem Nationalsozialismus und einer gegenwärtigen Interpretation der nachgeborenen Generationen zu unterscheiden sei. Zudem seien die benannten Beispiele, wie Eisenecker ausführt, höchstens als „Hitlerismus" zu bezeichnen, eine Gedankenströmung, die die NPD schon auf Grund der „von der NSDAP praktizierten Ablehnung der Selbstverwaltung des Volkes (und des) Führerprinzips" angeblich ablehne. Jedoch, so Mahler, müsse einem „freien Volk [...] erlaubt sein, zu untersuchen [...] ob die eine oder andere Antwort, die die Nationalsozialisten gefunden haben, nicht in heutiger Zeit aufgenommen und fortgeführt werden sollte". Derartige Überlegungen durch Parteienverbot zu unterdrücken sei aber eine nicht hinnehmbare Einengung der Meinungsfreiheit.

Auf die in den Verbotsanträgen benannten militanten Äußerungen und Verbindungen der NPD erwidern sie indes, dass es sich hierbei nur um „hervorgehobene Einzelfälle" handele. Dass Mahler selbst eine „hervorgehobenen Person" ist, stört nicht. Eisenecker führt gar aus, dass die NPD-Jugendpolitik vorbildlich wäre, da sie gefährdeten Jugendlichen „Wege jenseits von Frustration und blinder Aktion aufzeigen" würde. Das Verbotsverfahren sei so denn auch nur ein Versuch des Berliner „Macht-Kartells", die NPD als die „echte Opposition" auszuschalten.



Horst Mahler

Frank Kretschmar

Braune Tradition

In der Diskussion um das NPD-Verbot wurde ein Aspekt zumeist zu gering gewichtet: ihre Geschichte. Doch der Blick in die Vergangenheit der neofaschistischen Partei könnte einige aktuelle Fragen schnell beantworten. Denn schon seit der Gründung verfolgt die NPD explizit neofaschistische Ziele und immer wieder diente sie als Sammelpunkt für alte und neue Nazis.

NPD-Aufmarsch, November 2001, Berlin

Neben der Forderung nach Revision der Folgen des Zweiten Weltkriegs sowie der Relativierung und Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen gehören zum politischen Profil von Anbeginn an auch rassistische und antisemitische Denkmuster. Bei der Parteigründung 1964 in Hannover hatten sich gleich hunderte Personen aus rechtsextremen Gruppierungen versammelt – neben ehemaligen Angehörigen der NSDAP und der Waffen-SS gehörten hierzu auch vorherige Mitglieder der verbotenen „Sozialistischen Reichspartei".

Nach erfolgloser Bundestagskandidatur 1965 zog die NPD zwischen 1966 und 1969 mit Ergebnissen zwischen 5,8 und 9,8 Prozent in sieben Länderparlamente ein. Bei der folgenden Bundestagswahl scheiterte sie mit 4,3 Prozent nur knapp an der Fünf-Prozent-Sperrklausel. Das Scheitern leitete den Niedergang in den folgenden Jahrzehnten ein: sie verlor ihre Mandate und aus ihrer Mitte spalteten sich neofaschistische Gruppierungen mit stark aktionistischer oder theoretischer Orientierung ab. Diesen war das Auftreten der NPD zu taktisch motiviert oder ihre Inhalte zu niveaulos. In den Folgejahren kam es zu zahlreichen internen Konflikten zwischen einer offen faschistisch auftretenden und einer vermeintlich legalistischen, systemkonformen Linie.

Mit der Wahl des Holocaust-Leugners Günter Deckert zum Bundesvorsitzenden dokumentierte die Partei 1991 ihre Entwicklung hin zu offenen neofaschistischen Positionen. Aber erst mit der Wahl Udo Voigts zum NPD-Vorsitzenden 1996 öffnete sie sich für das jugendlich-aktionistische und militante Neonazimilieu. Die NPD trug nicht nur offen ihre pro-nazistische Ausrichtung zur Schau, sondern hofierte die Führungsfiguren von verbotenen Neonazi-Organisationen, die z. T. hochrangige Parteifunktionäre wurden. Die theoretische Orientierung an pro-nazistischen Positionen fand nun letztendlich auch ihren operationellen Niederschlag.

Florian Voss

Mehr als ein Vereinsblatt
Die „Deutsche Stimme"

In den letzten Jahren ist die „Deutsche Stimme" (DS) aus ihrem Schattendasein herausgetreten. Wurde das Monatsblatt der NPD Mitte der 1990er Jahre noch im kleinem Format mit acht Seiten verlegt, erscheint sie nun im Berliner Format mit einem Umfang von 24 Seiten. Längst kann das neonazistische Blatt mit einer Auflage von 15.000 Exemplaren an einigen Orten am Kiosk gekauft werden.

Titelseite „Deutsche Stimme"

Den Aufschwung der seit 1976 erscheinenden Parteizeitung, deren Vorläufer „Deutsche Nachrichten" hieß, leitete die Redaktion um 1989/90 ein. In hoher Auflage verteilte die NPD in Ostdeutschland die DS, um neue AnhängerInnen zu gewinnen. Nachdem das Blatt Mitte der 1990er Jahre vorübergehend nahezu bedeutungslos war, gelang es der NPD nach und nach eine mehrköpfige Redaktion um Holger Apfel aufzubauen und nicht-parteigebundene Autoren wie Helmut Müller zu gewinnen. Mittlerweile hebt sich die DS von den Konkurrenzblättern anderer extrem rechter Parteien wie REP und DVU nicht nur durch die großen Aktionsberichte und die breiten Themenbeiträge, sondern auch durch die Rubriken „Kultur und Geistesleben" oder „Wirtschaft und Soziales", ab. Zum Teil liefern die Autoren auch Analysen aus neonazistischer Sicht, so etwa zum Betriebsverfassungsgesetz. Knappe juristische Argumentationshilfen erhöhen den Nutzen für die Szene ebenso wie eine verschiedene Beiträge umfassende Strategiedebatte, die deren gewachsenes Selbstbewusstsein und die erweiterten Aktionsmöglichkeiten widerspiegelt. Die Porträts einzelner AktivistInnen der extremen Rechten sollen der Partei und der Bewegung „Gesicht" und „Stimme" geben.

Mit der Veränderung der DS ist auch ihr Einfluss im extrem rechten Spektrum größer geworden. Trotz unterschiedlicher Ansprüche der extremen Rechten erhält das NPD-Blatt durch ihre aktuellen und analytischen Beiträge für viele einen relativ hohen Lesewert. Nach dem Umzug des DS-Verlages ins sächsische Riesa Ende der 1990er Jahre ist zudem das Versandangebot für neofaschistische Literatur, Videos, T-Shirts und sonstige Ausstattungsgüter wie Fahnen und Koppelschlösser ausgebaut worden. Der Katalog mit dem Titel „Deutschland – Wille und Vision" für das Jahr 2002 bietet an die 2.000 Produkte an. Neben der Propaganda, dient der Verlag so auch der Finanzierung des „nationale Kampfes".

Janine Clausen

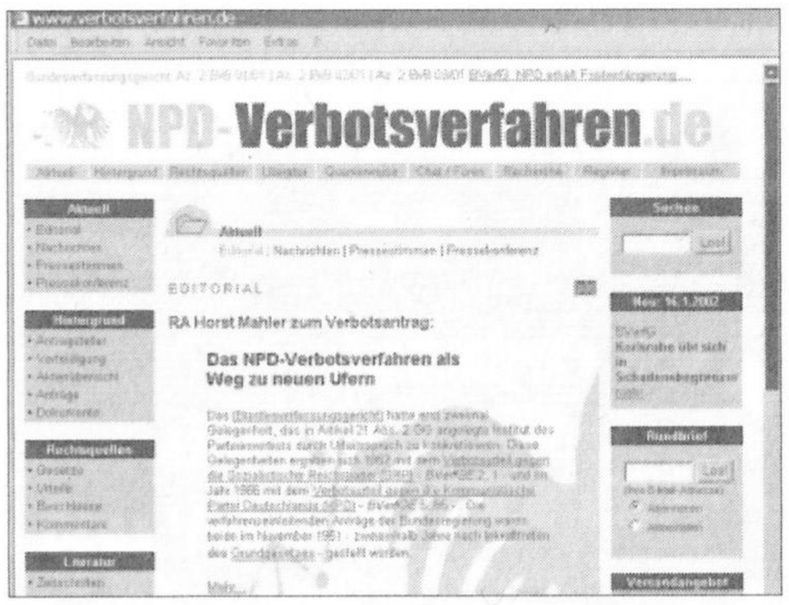
Virtuelle Aktivitäten – NPD online

Nicht nur mit eigenen Printmedien führt die NPD den Kampf für Volk und Vaterland. Auch mit selbstgeschalteten virtuellen Medien greift sie „Volksverräter" und alles „Undeutsche" an. Mittels der neuen Medien berichtet die älteste neofaschistische Partei Deutschlands auch über das Verbotsverfahren. Eigens zur „Kriminalisierungskampagne" ist sie mit der Sonderseite „npd-verbotsverfahren" online gegangen.

Über die NPD-Page können Interessierte per Link zu der von Horst Mahler betreuten Sonderseite gelangen. In dem „Prozeßfenster" des NPD-Anwalts finden sich neben aktuellen Informationen zum Rechtsstreit, zur Gegenkampagne „Argumente statt Verbote" auch Chats und Foren. Seine Klientel kennend weist Mahler darauf hin, dass „die gesetzliche Lage in der BRD die freie Meinungsäußerung in vielen Bereichen nicht zulässt", und bittet um Verständnis, „dass die Administration Beiträge, die gegen die einschlägigen politischen Straf- und Sondergesetze verstoßen", löschen muss. So bleiben die neonazistischen und antisemitischen Aussagen, wie bei der „Sprache der Rechten" üblich, knapp unterhalb der möglichen Strafverfolgung wegen „Volksverhetzung" und „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener" (§ 130 und § 189 StGB).

Schon früh erkannte die NPD die moderne Propagandaoption. Bereits 1991 gründete sie den Arbeitskreis „Medien und Technik" und ab 1992 nutzten sie den Btx-Text der Telekom, den sie mangels Resonanz aber einstellte. Anfang 1996 entdeckte die NPD als eine der ersten neofaschistischen Organisationen das „Kult-Medium der 90er Jahre" (Thomas Pfeiffer) und stellte eine Homepage ins Internet. Ihre Seite dient den NPD-Mitgliedern sowohl zur Partei-Propaganda und zur Mobilisierung zu Neonaziaufmärschen, als auch zur Kommunikation und Organisierung. Neben Links zu den Landesverbänden wurden Hinweise für Anti-Antifa-Aktionen auf ihre Website gestellt.

Die Aktualität der Website hebt die NPD-Homepage von den über 1.000 Neonaziwebsites ab. Doch die virtuelle Attraktivität spiegelt nicht die reale Relevanz wieder. Längst organisieren sich die militanten Neonazis bei den „Freien Kameradschaften" und betreiben nicht minder dynamische Internetprojekte.



Website der NPD

Andreas Speit

Personifizierter Verbotsgarant

Mit 20 war er im SDS, mit 34 verurteiltes RAF-Mitglied und mit 60 tritt er für die NPD ein. Widersprüche oder gar Brüche will Horst Mahler in seinem Lebensweg nicht sehen. Schon immer hätte der Berliner Anwalt sich für die „unterdrückten Völker" eingesetzt. Getreu dem Motto: „Vietnam den Vietnamesen" und „Deutschland den Deutschen".

Sein neonazistisches Coming-out vollzog Mahler, der mittlerweile in der „neurechten" Wochenzeitung „Junge Freiheit" und in dem neofaschistischen Heft „Zentralorgan" präsent war, im Jahr 1997 bei einer Laudatio für den rechtskonservativen Günter Rohrmoser. In der Geburtstagsrede lamentierte er über die „gebückte Haltung der Deutschen" und wetterte gegen die „ewige Schuldknechtschaft" aufgrund von Auschwitz.

Ausführlicher stellt der zum rechten Hegelianismus bekehrte Mahler 1998 in der „Kanonischen Erklärung" seine Positionen dar. Die „68-er Bewegung" sei - laut der Erklärung, die er mit den einstigen SDS-Mitstreitern und heute ebenfalls der extremen Rechten angehörenden Reinhold Oberlercher und Günter Maschke verfasst hat, - eine „nationalrevolutionäre Befreiungsbewegung" gegen die „Besatzungsmacht" gewesen. Zu dieser Interpretation kommt Mahler über den hegelschen Idealismus, aus dem er sein metaphysisches Verständnis der die Geschichte formierenden Kräfte – „Volksbefreiungsbewegungen" – und das historische Widerstandsrecht – „Selbstbestimmungsrecht der Völker" - ableitet. Den Holocaust versteht das NPD-Mitglied im Jahr 2000 als einen „notwendigen Versuch" des „Nationalgeistes der Deutschen [den] Nationalgeist der Juden zu überwinden" und die Terroranschläge auf das World Trade Center betrachtet er 2001 als berechtigte „Vergeltungsschläge der Völker" gegen „die Symbole der mammonistischen Weltherrschaft".

In allen Schriften Mahlers spiegelt sich die neofaschistische und antisemitische Intention wider. Auch in der juristischen Erwiderung des NPD-Anwalts taucht sein NS-apologetischer Duktus auf, wenn er gegen die „Landnahme durch Fremde" und für die „Lösung der Judenfrage" eintritt. Manch NPDler befürchtet daher schon, dass Mahler mit seiner Erlösungs- und Verschwörungsrhetorik das Verbot der einzig „legitimen Fundamentalopposition" herbeireden könnte.

von links: Mahler, Schönhuber, Voigt

Mahler beim Aufmarsch 2001, Berlin

Raimund Hethey

Der kapitale Hintergrund der NPD

Die Anträge für ein Verbot der NPD heben besonders auf die militanten Strukturen der Partei und ihr Umfeld ab. Aus dem Blickfeld gerückt ist die Verankerung der NPD im Establishment. Die NPD würde längst nicht mehr existieren, wenn sie nicht Förderer aus kapitalkräftigen Schichten gehabt hätte. Der erste Parteivorsitzende war der Betonfabrikant Fritz Thielen, den ersten Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen führte der Oberst a.D. Karl Walrad Prinz zu Salm-Horstmar, der für die NPD die Türen zum deutschen Hochadel öffnete.

Zu den Förderern der ersten Stunde gehörten auch der ehemalige Reichskanzler Franz von Papen, der Major Waldemar Pabst, der an der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beteiligt war, der Organisator des Küstriner Putsches Pastor Buchrucker und der SA-Führer Walter Stennes sowie der Bildhauer Arno Breker.

Bis heute existiert ein „Freundeskreis Rhein-Ruhr" der NPD, der ebenso unauffällig wie der „Freundeskreis 'Ein Herz für Deutschland'", das „Freundschafts- und Hilfswerk Ost e.V." oder der „Düsseldorfer Herrenclub" agieren und manche Mark aus öffentlichen Töpfen für die NPD organisieren kann. Ein nationaldemokratischer Unternehmerverband als Mittelstandsvereinigung 1986 in München gegründet, die „Arbeitsgemeinschaft Nationaldemokratischer Apotheker" und ein „Nationaler Bauernkreis" haben nichts anderes zu tun als Geldquellen für die NPD auf zu tun. Etliche NPD-Funktionäre gehören zu der Zunft der Makler und sind gewiefte Finanzjongleure. Der ehemalige Parteivorsitzende Günter Deckert ist ein Beispiel dafür, dass man auch bei einem Parteiverbot unbeeindruckt seinen Geschäften nachgehen wird. Im Mai diesen Jahres beabsichtigt er ein Zentrum in der Nähe von Freiberg/Sachsen zu eröffnen. Er hat dort den ehemaligen Gränitzer Gasthof kaufen lassen, aus dem er einen bundesweiten Treffpunkt für Neo-Nazis machen will. Das Ziel vieler Finanziers war nicht die „NPD", sondern die Wiederbelebung der NSDAP und daran werden sie auch in Zukunft festhalten.

Stephan Lindke

Ohne Resonanz

„Junge Nationaldemokraten" verlieren an Relevanz

In den Verbotsanträgen fordern die Antragsteller auch die Auflösung der „Jungen Nationaldemokraten" (JN). Zur Begründung des NPD-Verbots wegen „aggressiver Verfassungsfeindlichkeit" wird die JN aber kaum aufgeführt. Dabei sind gerade JN-Mitglieder in den letzten Jahren durch ihre militanten Aktionen aufgefallen. Die per Parteivorstandsbeschluss im November 1965 und dann 1969 tatsächlich gegründete Jugendorganisation der NPD ist mit zirka 2.000 Mitgliedern die größte neonazistische Jugendstruktur der Bundesrepublik.

Jahrzehntelang galt sie als ein aktionistischer Durchlauferhitzer für viele Neonazis und Anfang der 1990er Jahre – als einige Neonaziorganisationen verboten wurden – fanden manche der „verbotenen Kräfte" bei ihr Unterschlupf. Für die NPD fungierte sie als Kaderorganisation, die „Führungsfiguren" aus dem militanten Neonazispektrum rekrutierte. Den Kurs verfolgt der 1999 zum Vorsitzenden gewählte Sascha Roßmüller ebenso wie sein Amtsvorgänger Holger Apfel. Der Parteivorstand unterstützte die Zusammenarbeit der JN mit den militanten „freien Kameradschaften".

Leitbilder der JN sind der „politische Soldat" nach dem Modell der SA und der Waffen-SS. Der „politische Soldat" handele „unzweideutig, wenn es gilt, (den) politischen Auftrag tapfer zu erkämpfen". Als politischer Auftrag wird das Erkämpfen der „Volksgemeinschaft" gesehen. Das „neue Reich" müsse „auf der Solidargemeinschaft der deutschen Stämme" gründen. Damit verfechtet die JN einen völkischen Nationalismus, der in einem „Europa der Vaterländer" die „raumfremden Bündnisse" NATO und EU bekämpfen müsse und in dem kein Platz für „den liberalistischen Einheitsbrei einer multikulturellen Gesellschaft" sei. Mit einer vermeintlich antikapitalistischen Rhetorik versucht die JN gerade in den neuen Bundesländern Anschluss zu finden, was durch die Umsiedlung der Bundesgeschäftsstelle in das sächsische Riesa noch verstärkt wird.

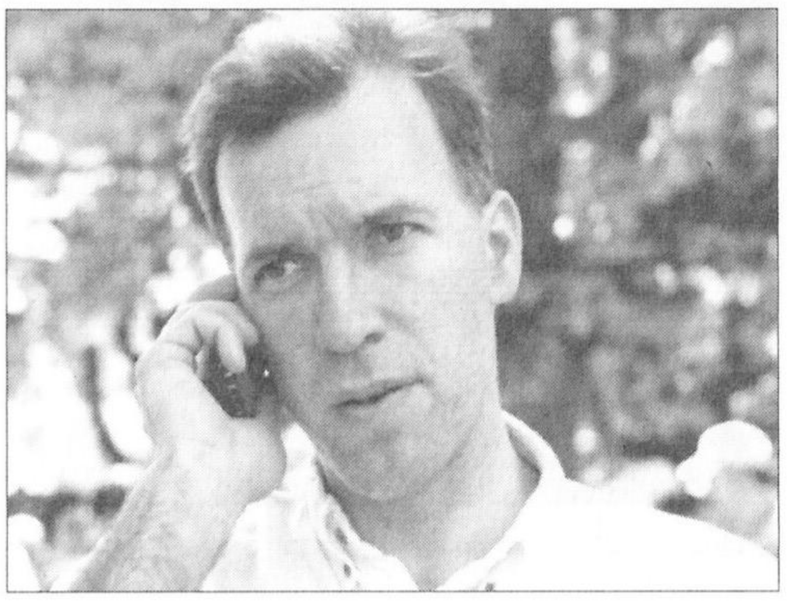
Dennoch hat die JN nach der Öffnung der NPD für das militante Spektrum und dessen offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus an Bedeutung verloren. Gleichermaßen wie sich das Netz der „Kameradschaften" ausdehnte, verlor die JN an Einfluss. In einigen Landesverbänden kam es zu offenen Konflikten mit Anhängern der „freien Nationalisten". Auf Länderebene ist sie in Baden-Württemberg, Berlin-Brandenburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz vertreten.

Stephan Lindke

„Die RPF hat ihre Aufgabe in der Partei erfüllt ..."

Mit diesen emphatischen Worten hat ihr Sprecher, Steffen Hupka, die am 12. Januar diesen Jahres beschlossene Auflösung der „Gesinnungsgemeinschaft Revolutionäre Plattform in der NPD" (RPF) bekannt gegeben. Erstmals in Erscheinung getreten war der „Zusammenschluss von revolutionären Nationalisten in der NPD/JN" im Mai 2000. Die inhaltliche Grundlage der RPF bildeten ihre Leitsätze sowie wesentliche Aussagen aus dem Programm der NPD. Im Duktus der Freien Nationalisten zielten die Leitsätze auf einen völkisch-nationalistischen Sozialismus ab.

Die innerparteiliche „Aufgabe" der RPF bestand laut Hupka darin, „konstruktive Kritik an der Parteiführung" zu üben und „an die Parteibasis weiter[zu]geben". Um außerhalb „den Sieg im Kampf um die Macht in Deutschland" zu erlangen, strebte sie die Schaffung einer revolutionären Kaderorganisation an, die in der NPD lediglich ihre „organisatorische Form" finden sollte. Für den Aufbau der geforderten „Kaderorganisation" veranstalte die RPF verschiedene Partei übergreifende „Strategieseminare" und Hupka gab überdies einen „Unabhängigen Rundbrief. Rundbrief kritischer Nationalisten" heraus. Mit der Schleswig-Holsteinische NPD um Peter Borchert – der enge Kontakte zu den Freien Nationalisten um Christian Worch und Thomas Wulff unterhält – war ein ganzer Landesverband in der RPF engagiert und der Einfluss der Freien Nationalisten somit nicht zu übersehen.



Steffen Hupka

Die grundsätzliche Kritik der RPF an der NPD ist die des Opportunismus im Kontext des drohenden Verbots und der Anbiederung an das herrschende System. Hupka postuliert hingegen, dass ein mögliches Verbot „prinzipiell unausweichlich" und auch durchaus erstrebenswert sei, denn „Druck des Gegners" erzeuge „Widerstand". Die Konsequenz von Hupka war, dass der legale Spielraum so lange und so intensiv genutzt werden sollte wie überhaupt nur möglich.

Dieses „Konzept" stand jedoch konträr zur Parteilinie, weshalb im Dezember 2000 ein Abgrenzungsbeschluss verabschiedet wurde, da eine Zusammenarbeit nicht mit einer Gruppierung erfolgen könne, deren „Hauptziel die Agitation gegen die [...] Parteiführung zu sein scheint, der sie politische Verkommenheit vorwirft". Erst durch Vermittlung von Horst Mahler wurde der Beschluss aufgehoben und eine vorläufige Übereinkunft geschlossen. Nach dieser sollte die RPF sich als „eigenständige Organisationsform" auflösen und sich künftig als „Arbeitsgemeinschaft innerhalb der NPD" betätigen.

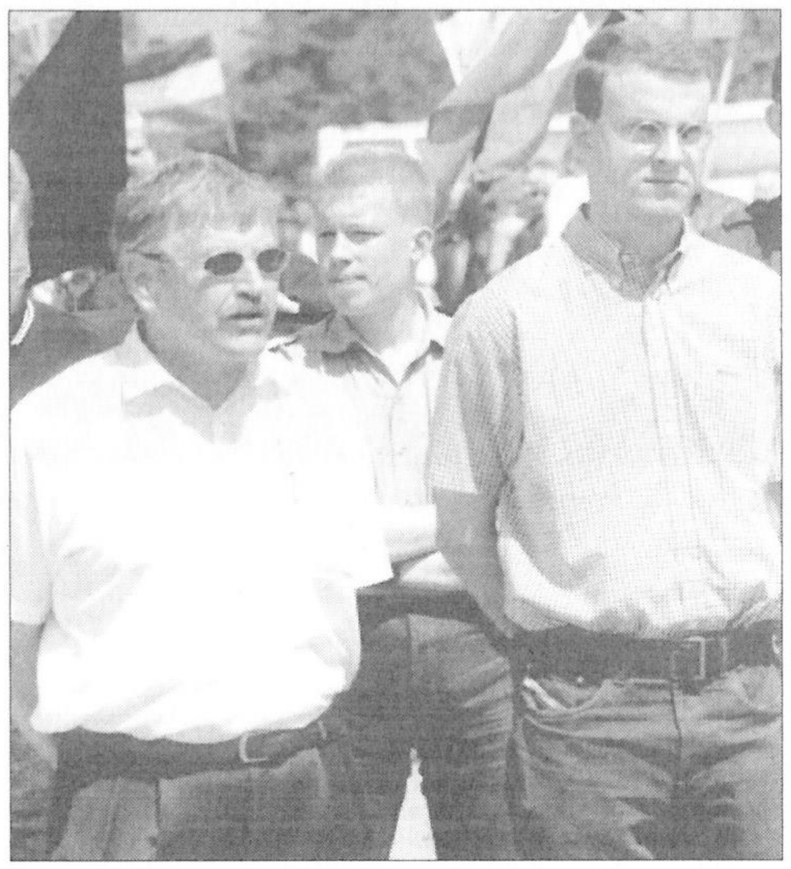
Der Konflikt schwelte aber weiter. Insbesondere die anhaltende Kritik an dem Bundesvorstand, die enge Zusammenarbeit mit Freien Nationalisten und das offensive Demonstrationsgebaren der RPF war gegen die Parteilinie. Da der Parteiausschluss von RPF-Mitgliedern bereits im Dezember 2000 als Drohung im Raum stand und mit dem Ausschluss von Hupka vom 8. Dezember vergangenen Jahres auch erstmalig vollzogen wurde, kann die Selbstauflösung einerseits als Schutz der Einflussmöglichkeiten der „revolutionären" Kräfte innerhalb der NPD verstanden werden, und andererseits zeigt dies deutlich den tiefen Bruch der Partei mit den Freien Nationalisten.

Paul Gerber

Am rechten Rand?

Die immer wieder zu attestierende theoretische Nähe von gesellschaftlicher Mitte und extremer Rechter wird bisweilen auch von personellen oder organisatorischen Annäherungen begleitet. Und da eine Nähe zur NPD wegen des Verbotsverfahrens erheblich stigmatisierende Wirkung hat, fühlten sich besonders in den zurück liegenden Monaten konservative Kräfte genötigt, auf Distanz zu gehen.

Schon bei der Diskussion über den Rechtsextremismus im Herbst 2000 erklärte der „Bund der Vertriebenen" nie Affinitäten zu „Extremismus und antidemokratischer Haltung" gehabt zu haben. Bloß wenige Monate zuvor hatte die „Landsmannschaft Ostpreußen" ihren Jugendverband „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) rausgeschmissen. Dieser hatte sich zu einer neofaschistischen Organisation entwickelt und war durchsetzt mit NPD-Aktivisten. Doch der Rauswurf weilte nicht lange: wenig später vereinbarte die JLO eine Kooperation mit dem „Witikobund" – der „nationalen sudetendeutschen Gesinnungsgemeinschaft" – und kehrte somit in die Reihen der Vertriebenenverbände zurück.



v. l. n. r.: Udo Voigt, Jürgen Gerg, Alexander von Webenau

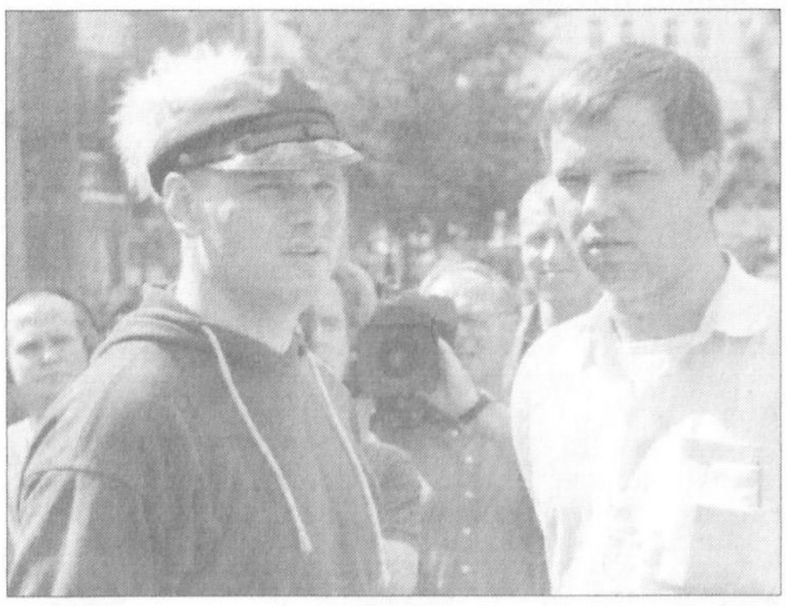
Nicht minder ambivalent ist das Verhältnis der Studentenverbindungen zur extremen Rechten. Gegenwärtig erlebt der Dachverband „Deutsche Burschenschaft" (DB) eine erhebliche politische Radikalisierung und eine Distanz zur NPD ist nicht immer gegeben. So ist der frühere Vorsitzende des NPD-nahen „Nationaldemokratischen Hochschulbunds" (NHB), Alexander von Webenau, Burschenschafter der „Danubia München"; Jürgen W. Gansel von der „Burschenschaft Dresdensia-Rugia Gießen" war in Hessen als stellvertretender NPD-Landesvorsitzender und beim NHB als stellvertretender Bundesvorsitzender tätig; Dennis Witt („Burschenschaft Franco-Germania Halle"), zeitweise auch Mitglied des „Ausschusses für burschenschaftliche Arbeit" der DB, gehörte ebenfalls dem NHB-Bundesvorstand an; Jürgen Schwab („Burschenschaft Thessalia Prag zu Bayreuth") gehörte zum Sprecherrat der „Deutschen Akademie" und zur Redaktion der „Deutschen Stimme".

Die Realität offenbart, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus keinesfalls auf die NPD beschränkt bleiben darf.

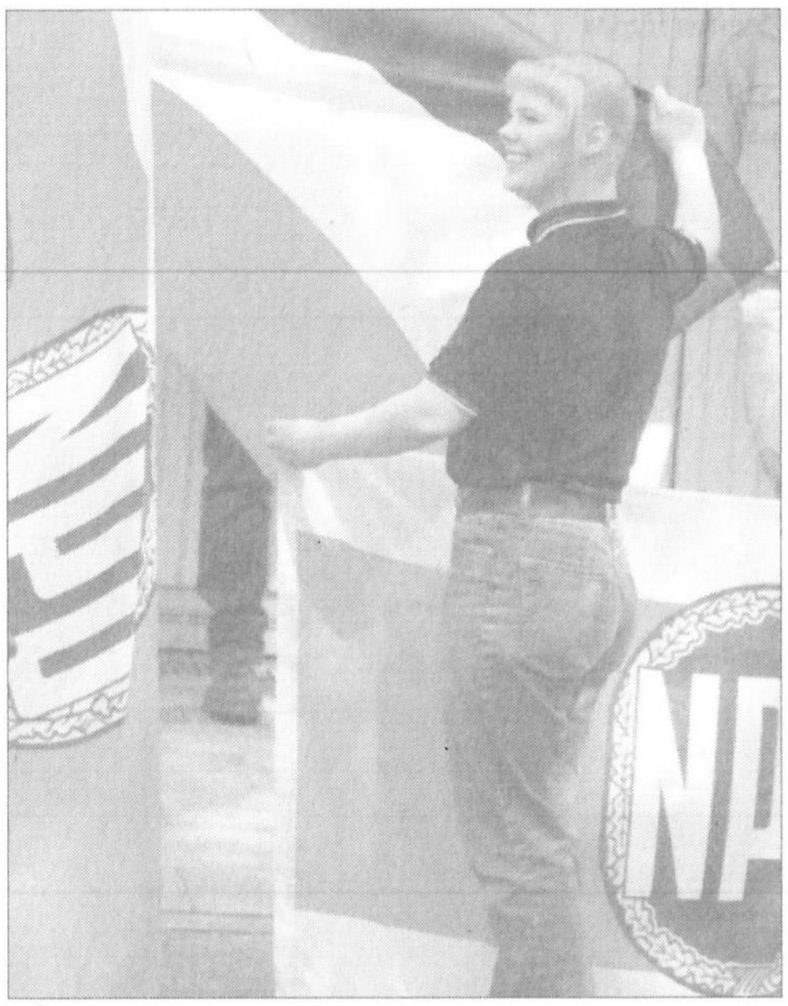
Kathrin Becker

„Organisation ohne Organisation"

Einem Verbot der NPD sehen die „Freien Nationalisten" gelassen entgegen. Seit Mitte der 1990er Jahre verkünden die Führer dieses bundesweiten Netzwerkes militanter Neonazis, Christian Worch und Thomas Wulff: „Organisierter Wille braucht keine Partei".



Thomas Wulff, Christian Worch



Nachdem in den 1990er Jahren Bundes- und Landesbehörden einige kleine neonazistische Vereinigungen wie die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) und die „Nationale Liste" (NL) verboten hatten, entwickelten Kader der betroffen Strukturen das Konzept der „Freien Nationalisten". Ein Eintritt in die nicht verbotenen Wahlparteien „Deutsche Volksunion" oder „Republikaner" erschien den militanten Neonazis nicht interessant. Nicht nur die ständigen Konkurrenzkämpfe der rechtsextremen Parteien und die selbstherrlichen Führungsansprüche deren Vorsitzender, sondern auch die vermeintlich mangelnde Aktivität der „Altherrenparteien" und der angebliche Legalismus der „Parteiforderungen" störte sie.

Aber nicht nur die Kader der verbotenen Strukturen, auch die Anhänger der neonazistischen Jugendszene fanden die Parteien unattraktiv. Um der eigenen neonazistischen Ideologie und dem aktionistischen Interesse gerecht zu werden und die neonazistische Jugendszene anzusprechen, entwarfen Worch und Wulff eine „Organisation ohne Organisation". Statt erneut eine Partei zu gründen, bauten die ehemaligen Vorsitzenden der NL in Hamburg ein Netzwerk von Kameradschaften – „Freien Nationalisten" – auf, das auch mangels Parteiformalia sogleich einem möglichen Verbot entgegenwirken soll. Zuerst gelang es den Hamburger Neonazis in Norddeutschland unter dem Namen „Aktionsbüro Norddeutschland" einzelne bestehende Gruppen zu vernetzen oder neue aufzubauen. Auf lokaler Ebenen erscheinen sie als eigenständige Kameradschaften, überregional sind sie allerdings in das Netzwerk der „Freien Nationalisten" eingebunden. Vor Ort haben die Kameradschaften eine eigenständige Logistik, programmatisch jedoch bestimmen die überregionalen Kader die Politik. Oberste Maxime der „Freien Nationalisten" ist ein neuer „Nationalsozialismus", da dieser allein das „deutsche Volk und die germanische Rasse" vor der „Überfremdung durch Ausländer" und vor der „Umerziehung durch die One-World-Mafia" schützen könne. Neben Aktionen von lokalen Kameradschaften führen sie zentrale Kampagnen wie gegen die Wehrmachtsausstellung und Rudolf-Heß-Märsche durch. Seit einigen Jahren dient ihnen das Neonazimagazin „Zentralorgan", die Webseite „widerstand.com", aber auch die Neumünsteraner Nazikneipe „Club 88" dazu, ihre Struktur zu festigen und ihre Ideologie zu verbreiten. Mittels ihres Aktionismus und ihrer Radikalität gelang es den „Freien Nationalisten", den Großteil der neonazistisch motivierten Jugendszene für sich zu gewinnen. Vor allem das Anbieten von Rechts-Rock-Konzerten, die sie trotz Verbot gemeinsam mit dem Nazimusik-Netzwerk „Blood & Honour" organisierten, führt zu einer engeren Verbindung zwischen rechter Jugendkultur und neonazistischer Politik.

Mittlerweile hat sich das Konzept der „Freien Nationalisten" bundesweit in der militanten Neonaziszene durchgesetzt. Sowohl in Nordrhein-Westfalen, Westthüringen als auch in Berlin-Brandenburg bestehen Aktionsbüros.

Nach den Verboten Mitte der 1990er Jahre versuchte auch die NPD die organisationslosen Kameraden für sich zu gewinnen und sogleich die rechte Jugendszene einzubinden. Der Parteivorsitzende Udo Voigt warb gezielt um militanten Nazikader. Anfangs mit Erfolg: Die NPD gewann neue Mitglieder und fand Achtung bei der Jugendszene. Doch die gewonnenen Kader ordneten sich nicht wie erhofft der Partei unter und die Struktur der „Freien Nationalisten" ging nicht in der Partei auf. Schnell entstand ein taktisches und konkurrierendes Verhältnis zueinander. Ende der 1990er Jahre diente die NPD den „Freien Nationalisten" auf Grund ihres Parteistatus als Anmelderin für Aufmärsche und auch viele junge Neonazis gingen in die Partei, da sie sich jetzt deutlicher zum Neonazismus bekannte. Landesverbände, wie der in Schleswig-Holstein, erhielten großen Zulauf und auch wichtige Parteiposten wurden von radikalen Neonazis besetzt. Anfang des letzten Jahres begann das gute Verhältnis zu bröckeln. Als sich die NPD wegen des Verbotsverfahrens zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekannte, verstärkte sich die Kritik. Die Partei sei zu sehr dem Zeitgeist angepasst und greife zu wenig den Staat an, hieß es bei den „Freien Nationalisten". Worch wurde deutlich: der „Verbotsschiss" beherrsche die Partei und deshalb sehe er einem Verbot „leidenschaftslos" entgegen. Längst sind aber auch schon die nötigen Kontakte und Aktionszusammenhänge geschaffen, um nach einem Verbot weiter arbeiten zu können.

Der Rechte Rand erscheint seit 1989 alle zwei Monate. Im Jahr 2001 zeichnete das „Bündnis für Demokratie und Toleranz" den antifaschistischen Fachinformationsdienst als ein „vorbildliches Projekt" aus.

Regelmäßig berichten wir über aktuelle Ereignisse und Hintergründe im politisch rechten Spektrum, stellen dort aktive Personen und Organisationen dar, zeigen Argumentationen und Positionen auf, beleuchten Vernetzungen und geben Entwicklungsprognosen ab.

Die AutorInnen des **Der Rechte Rand** setzen sich aus lokalen antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen, im Bildungsbereich Tätigen, aber auch an der Thematik interessierten Einzelpersonen zusammen. Alle Beteiligten unterstützen ehrenamtlich das antifaschistische Zeitungsprojekt.

Die Ergebnisse unserer Recherchen und Hintergrundanalysen werden in der wissenschaftlichen Forschung, in der Berichterstattung von Medien, in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit und von Bürgerinitiativen „vor Ort" für die Auseinandersetzung mit extrem rechten und ausländerfeindlichen Erscheinungen genutzt.

Über die Berichterstattung hinaus führen MitarbeiterInnen des **Der Rechte Rand** Vortrags- und Bildungsveranstaltungen zu den verschiedensten Themen der extremen Rechten und ihren gesellschaftlichen Ursachen an Schulen, in Jugendzentren und verschiedenen Organisationen und Initiativen in der gesamten Bundesrepublik durch. Seit über einem Jahr begleiten wir die Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland" der VVN-BdA, an deren Erstellung wir in Zusammenarbeit mit der IG Metall mitwirkten.

Auf ein 15-jähriges Erscheinen kann die **Enough is enough** nunmehr zurückblicken, nachdem sie im Sommer 1997 erstmals nach der Fusion der bis dahin in Lübeck und Kiel erscheinenden örtlichen antifaschistischen Zeitschriften AZ und ATZE verbreitet wurde.

Als vierteljährlich erscheinende Zeitschrift berichtet die **Enough is enough** vor allem über die Entwicklung der extremen Rechten in Schleswig-Holstein und Hamburg sowie über antifaschistische und antirassistische Aktivitäten. Außerdem werfen wir des öfteren einen Blick auf das Auftreten der extremen Rechten in Skandinavien - von den Wahlparteien bis zu den Neonazis.

Die regionale Beschränkung erfolgte bewußt, da wir den Bezug zu den örtlichen antifaschistischen Initiativen, ihrem Informationsbedarf und ihren Aktivitäten, nicht verlieren woll(t)en. So wird die Zeitschrift auch heute noch von AntifaschistInnen gemacht, die zusätzlich in antifaschistischen Gruppen und Bündnissen aktiv sind und/oder entsprechende Bildungsarbeit machen. Für die politische Arbeit antifaschistisch Aktiver hat die **Enough is enough** einen erheblichen Gebrauchswert.

Im Redaktionskollektiv der **Enough is enough** sind VertreterInnen unterschiedlicher antifaschistischer Strömungen vertreten - uns eint der Wille, den Aktionsraum der extremen Rechten politisch und auf der Strasse so weit es geht einzuschränken und langfristig die Wurzeln des Faschismus zu beseitigen.

Literaturempfehlungen

Wolfgang Benz (Hg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg. Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremden in Deutschland, Frankfurt a. M. 2001

Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, Opladen 2000

Jean Cremet/Felix Krebs/Andreas Speit: Jenseits des Nationalismus.
Ideologische Grenzgänge der „Neuen Rechten", Hamburg/Münster 1999

Christian Dornbusch/Jan Raabe (Hg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategie, Hamburg/Münster 2002

Jörg Fischer: Das NPD Verbot, Berlin 2001

Jörg Fischer: Ganz rechts – Mein Leben in der DVU, Reinbek 1999

Uwe Hoffmann: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt a. M. 1999

Reinhard Kühnl/Rainer Rilling/Christine Sager: Die NPD.
Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt a. M. 1969

Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996

Thomas Pfeiffer: Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten. Berlin 2002

Samuel Salzborn: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin 2000

Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. Auf., Berlin, 2000

Searchlight/Antifaschistische Infoblatt/enough is enough/rat (Hg.):
White Noise. Rechtsrock, Skinhead-Musik, (3. Auflage) Hamburg/Münster 2001

Antifa Info Blatt, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (Hg.): Neofaschismus in der Bundesrepublik, Hannover 1997

Adressen

Antifaschistisches Presse-Archiv und Bildungszentrum Berlin e.V.,
Lausitzerstraße 10, 10999 Berlin,
Internet: http://www.apabiz.de

Arbeit und Leben. Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt,
Bohlweg 55, 38100 Braunschweig,
Internet: http://www.arbeitundleben-nds.de

Hartmut-Meyer-Archiv der VVN/BdA NRW,
Gathestr. 55, 42107 Wuppertal

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA),
Rolandstr. 16, 30161 Hannover,
Internet: http://www.vvn-bda.de

Internet

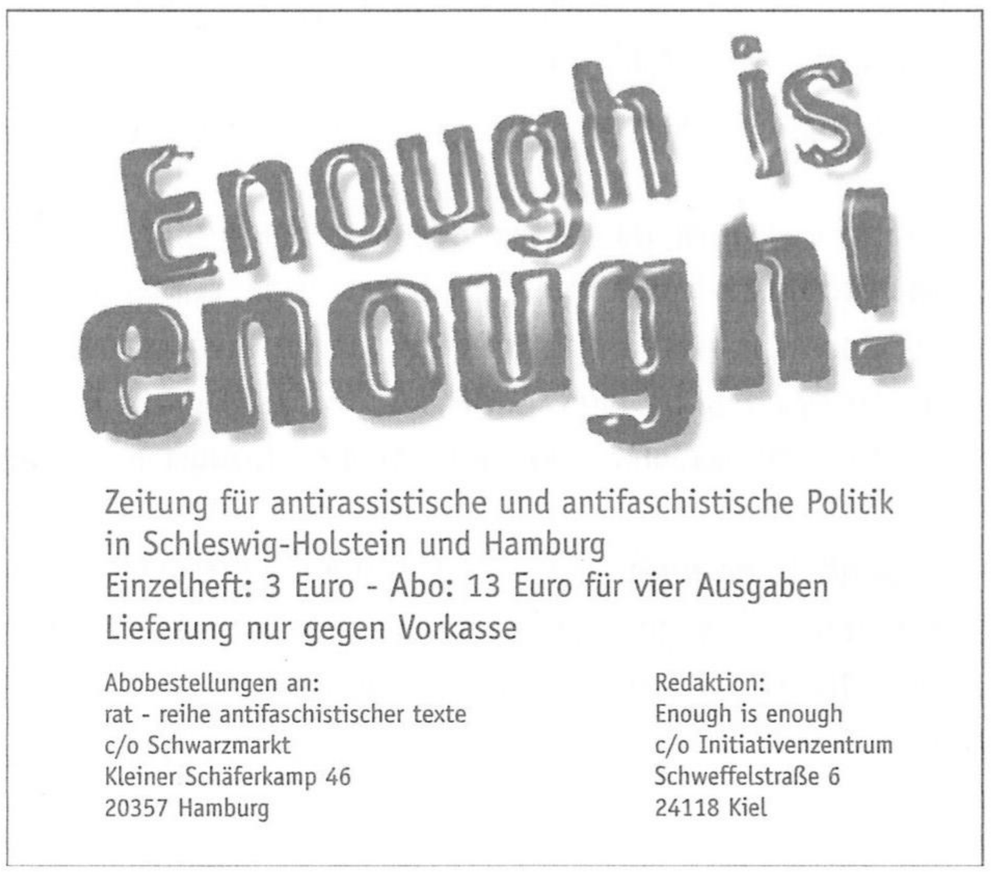
www.der-rechte-rand.de
Für Kontakte zu Antifagruppen:
www.nadir.org/nadir/adressbuch
Zum Neonazismus:
www.idgr.de
Zu studentischen Verbindungen:
www.p-kw.de

Fotonachweise

Bildarchiv „Der Rechte Rand"
Fotoagentur: photoguerilla.com

V.i.S.d.P.

K. Harbart c/o Der Rechte Rand,
Postfach 1324, 30013 Hannover



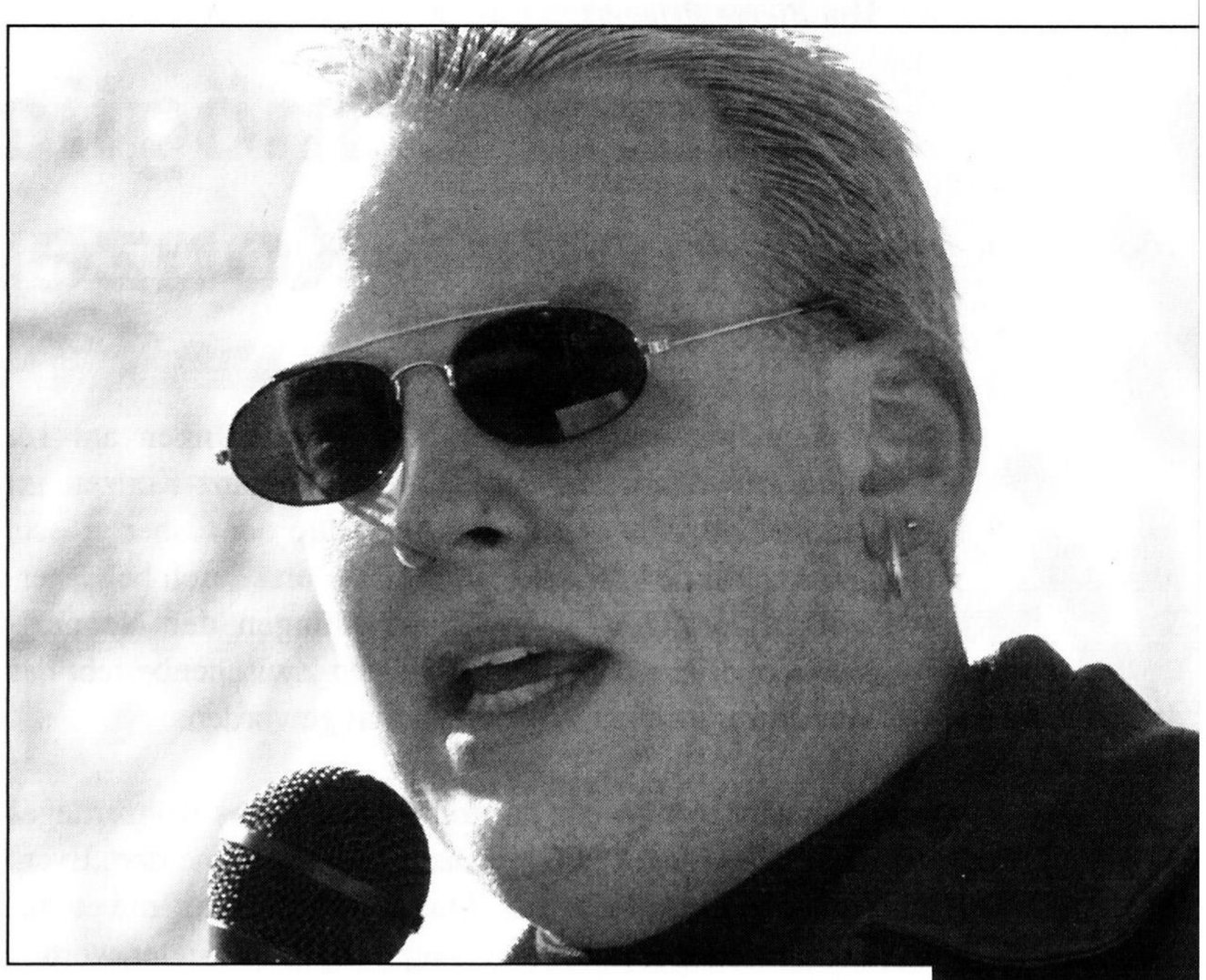
heit. Am 9.7.2000 organisierte der damalige JN-Landesvorsitzende und Landesvorstandsbeisitzer Thorsten Crämer nämlich gemeinsam mit dem stellvertretenden NPD-Kreisvorsitzenden Wuppertal, **Norbert Wölk**, einen Angriff auf eine 15köpfige KZ-Gedenkstättenveranstaltung der VVN-BdA in Wuppertal, an dem auch Wedding beteiligt war. Der Überfall wird in der Verbotsbegründung zu Recht als aussagekräftiges Beispiel für gewalttätige Aktionen aus den Reihen der NPD angeführt. Crämer kam mit einer zweijährigen Haftstrafe noch günstig weg, Nico Wedding wurde zu einer 18monatigen Haftstrafe verurteilt. Letzterer wurde erst kürzlich nach seiner Haftentlassung auf dem NPD-Landesparteitag in den NPD-Bundeshauptausschuß gewählt. Sollten Crämer und Wedding tatsächlich für den VS tätig gewesen sein, hiesse das, dass vom VS angeworbene Nazis federführend einen Angriff auf AntifaschistInnen, darunter auch ZeitzeugInnen, durchgeführt hätten. Crämer beschuldigt seinerseits Wölk und den Wuppertaler **Axel Boris Hausweiler**, mit dem VS zusammengearbeitet zu haben. Der als brutaler Schläger bekannte Hausweiler hatte die Aktion mitorganisiert, sich aber wenige Minuten vor dem Angriff in die Büsche geschlagen und vor Gericht belastende Aussagen gegen Crämer u.a. gemacht. Er wird derzeitig ebenso wie der verschuldete und vorbestrafte Wölk als "Aussteiger" gehandelt. Wölk ist laut Crämer sogar angeblich im EXIT-Programm aufgenommen worden und im Frühjahr 2000 vom VS angesprochen worden sein, was Wölk angeblich auch eingestanden hätte.

Wenige Stunden nach dem Angriff in der Kemna telefonierte Crämer von seinem Handy aus mit Udo Holtmann. Dass dieser die ihm offenbar gebeichtete Beteiligung Crämers an dem Anschlag dem VS mitteilte, darf alleine schon deswegen angezweifelt werden, da Crämer erst drei Tage nach der Tat nach belastenden Aussagen einiger Mittäter von der Polizei als Täter ermittelt werden konnte und in U-Haft genommen wurde. Der sicherlich mitgeschnittene Inhalt des Gespräches zwischen Crämer und Holtmann wurde erst gar nicht in den Prozess eingeführt. V-Männer werden eben besser geschützt als TeilnehmerInnen an KZ-Gedenkstättenveranstaltungen.

Opfer des Kemna-Überfalls fordern nun Aufklärung über die Beteiligung von V-Männern an dem Angriff und haben die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch Otto Schily, vertreten durch den Präsidenten der Bundes-VS und das Land NRW auf Schmerzensgeld verklagt. Begründung: "Die Beklagten sind ... schadenersatzpflichtig, da mehrere der ... Angreifer V-Personen der Beklagten ... waren oder sind." Auf dem Prozess darf man gespannt sein.

Pack schlägt sich, Pack verträgt sich

Die anfangs etwas aufgeregte Stimmung in der Naziszene hat sich zwischenzeitlich übrigens grossteils wieder gelegt. Abgrenzungsbeschlüsse der "Freien" von der NPD, der NPD von der "Bürgerbewegung Pro Köln" (Siehe Artikel in dieser Ausgabe) sind das Papier nicht wert, auf das sie geschrieben wurden. Zwar kommt es



Claus Cremer

immer wieder zu Anfeindungen, wie es zum Beispiel bei den beiden Bielefelder Demonstrationen der NPD am 2.2. und der "Freien" am 2.3. zu beobachten war, ja sogar zu einzelnen Versuchen, nonverbal zu attackieren, wie der von Siegfried Borchardt, sich einen der NPD-Funktionäre zur Brust zu nehmen, letztendlich entpuppt sich das Ganze aber als nicht mehr als ein Sturm im Wasserglas. So durfte der Landesvorstandsbeisitzer und JN-Landesvorsitzende **Claus Cremer** auf der Bielefelder Demo sogar eine Rede halten. Auch ein Blick auf die TeilnehmerInnen der einer Kundgebung von "Pro Köln" am 9. März reicht aus, um festzustellen, dass alle einmal mehr vertraut beieinander waren, die "Freien Kameradschaften", angeführt von **Christian Malcoci**, **Siggi Borchardt** und **Sven Skoda**, die NPD mit bereits erwähnten Nico Wedding und Claus Cremer und natürlich die "Pro Köln"-Mannschaft um **Manfred Rouhs** und **Markus Beisicht**. Pack schlägt sich und verträgt sich eben wieder. Der Zorn der "Freien" richtet sich maximal gegen die obere NPD-Funktionärsebene im Bundesverband. Es bleibt zudem gespannt abzuwarten, was passiert, wenn sich der erste hochrangige Kader der "Freien" als V-Mann herausstellt.

Unterm Strich kommt der V-Mann-Skandal der NPD trotz eines blauen Auges ganz recht. Das Verbotsverfahren ist erst einmal gestoppt und vor der Bundestagswahl nicht mehr mit einem NPD-Verbot zu rechnen. Im Verfahren selber wird NPD-Rechtsanwalt Mahler natürlich versuchen, sämtliche Schandtaten "VS-Provokateuren und –Spitzeln" zuzuschieben. Ob er damit durchkommt, bleibt abzuwarten.

Es bleibt noch einmal festzustellen, dass dies alles nur die Spitze des Eisberges ist. ExpertInnenschätzungen zufolge stehen deutlich über 100 NPDler auf der Gehaltsliste des VS. Das geht so weit, dass vom VS bereits abgewunken wurde, als sich NPDler von sich aus anboten. Man habe, so die Begründung, schon genug Leute in der NPD. Weniger kann eben bekanntlich manchmal mehr sein.

Von Pierre Briegert

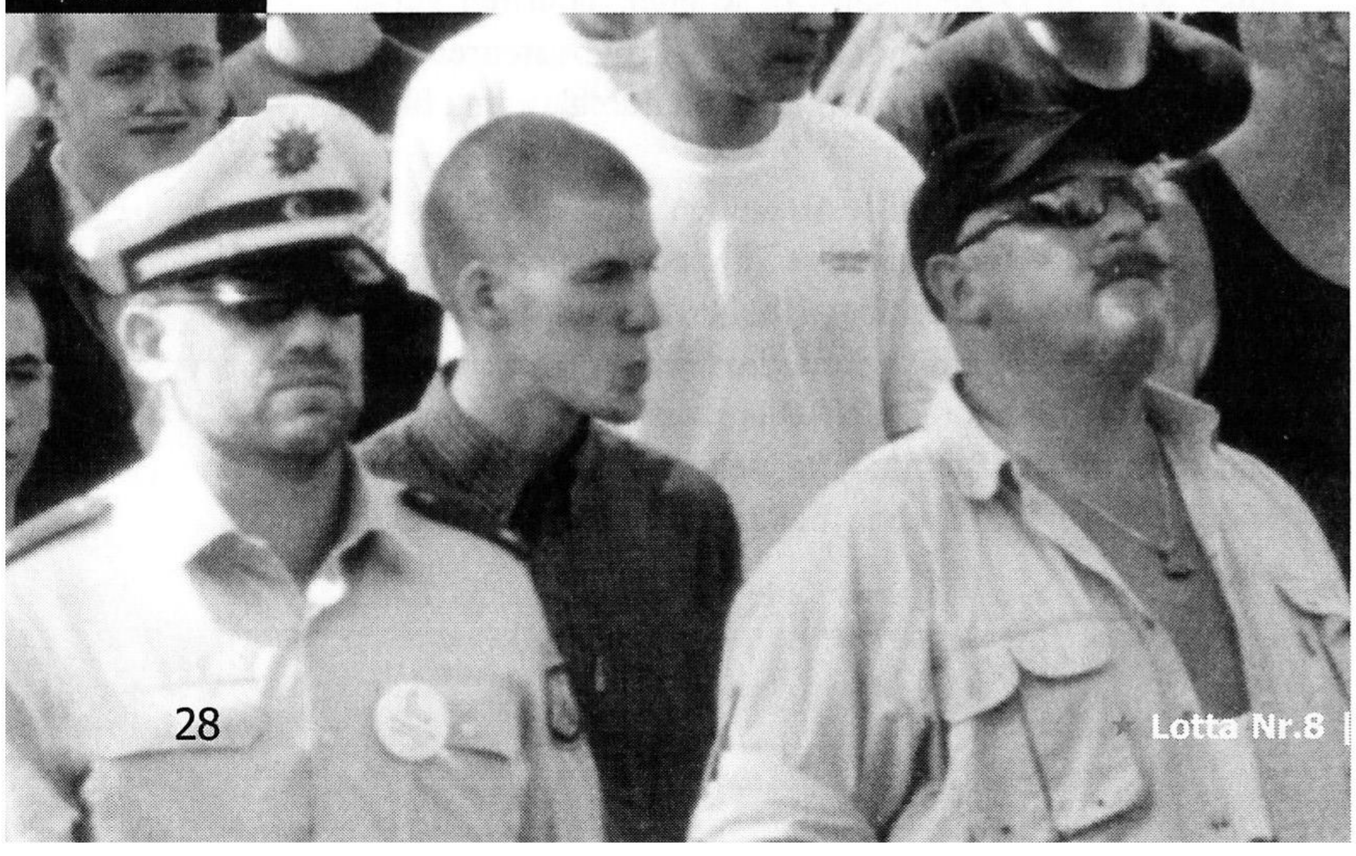
Polizei ermöglicht „Blood and Honour"-Konzert in Dortmund

Wenn nicht aufmerksame AntifaschistInnen am 16. März Hinweisen auf ein grösseres Neonazi-Konzert im Ruhrgebiet nachgegangen wären, wäre der bisher grösste neonazistische Musik-Event in NRW erst durch begeisterte Schilderungen in Veröffentlichungen der Neonazi-Szene oder Erwähnung im nächsten Zwischenbericht des Verfassungsschutzes NRW bekannt geworden.

So aber war bereits am frühen Abend des Konzerttages das Ziel von ca. 1.300 Neonazis bekannt: Eine der „Event Hallen Dortmund" im Stadtteil Schüren, die unter Vortäuschung einer Geburtstagsparty angemietet worden war. Das Angebot an Bands konnte sich sehen lassen:

- Die US-Band „Initimidation One", deren Homepage reichlich mit Hakenkreuzen geschmückt ist und die ab März auf Europa-Tournee ist. Die Band lässt in ihren Texten keinen Zweifel an ihrer Verehrung für Adolf Hitler und ihrem Vernichtungswillen: „I pull out my pistol, put a bullet in that Nigger`s head". Noch am Vorabend war ihr Konzert in Erfurt von der Polizei aufgelöst worden.
- Die US-amerikanische Formation „Max Resist" („Maximum resistance"), die sich einst „Hakenkreuz" nannte und ebenfalls zur Zeit auf Tournee ist.
- Die Band „Hauptkampflinie" (HKL) aus Kassel um das ehemalige Mitglied der Düsseldorfer Combo „08/15", Oliver Podjaski. Ihre CD „Völkermordzentrale" wurde bereits von der „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften" indiziert.
- „Legion of Thor" aus Berlin.
- Die gastgebende Band „Oidoxie" um **Marko Gottschalk** aus Dortmund, die derzeitig wohl bekannteste, beliebteste und aktivste RechtsRock-Band in NRW. Aus ihrem Selbstverständnis macht „Oidoxie" keinen Hehl. „Weiß und Rein" heisst unmissverständlich der Titel ihrer neuesten CD. Ihre CD „Schwarze Zukunft" wurde bereits auf staatsanwaltschaftlichen Beschluss beschlagnahmt.
- „Boots of Hate" aus Viersen und Krefeld, der neben „Oidoxie", „Sleipnir" aus Gütersloh und den „Weissen Wölfen" aus Arnsberg derzeitig am häufigsten auftretende Neonazi-Bands aus NRW.

Familie Deutschland



Alle Bands haben enge Kontakte zur internationalen Neonazi-Organisation „Blood and Honour" (B&H), „Max Resist" kann sogar als hundertprozentige B&H-Band bezeichnet werden. **Ian Stuart Donaldson**, der 1993 bei einem Autounfall verstorbene Gründer und Chef von B&H, deren „Division Deutschland" und Jugendorganisation „White Youth" am 14.9.2000 von Bundesinnenminister Otto Schily verboten worden waren, hatte einst deutlich formuliert, worum es dem internationalen Marktführer in Sachen illegaler NS-Musik geht: „Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näherzubringen". Schon seit Jahren fungiert RechtsRock als mit Abstand wichtigster Ideologieträger für die Szene. Rechten Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden u.a. Erlebniswelten in Form von Konzerten geboten, die dazu dienen, sie ideologisch zu orientieren und einzubinden.

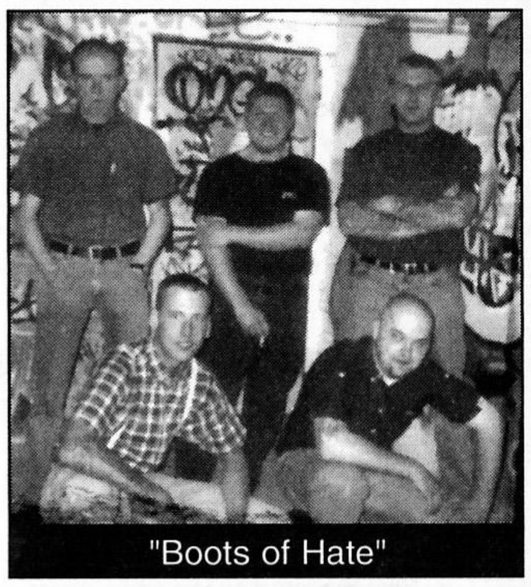
Die Dortmunder Polizei hilft

Schon Wochen zuvor hatten die Organisatoren die „private Geburtstagsparty" dem Dortmunder Staatsschutz zur Kenntnis gegeben. Eine solche Verfahrensweise ist eigentlich unüblich in der Neonazi-Szene, es wurde aber in diesem Fall offenbar davon ausgegangen, dass das Konzert der Polizei ohnehin bekannt werden würde. Das Manöver, überfallartigen Polizeiaktionen am Konzerttag durch frühzeitiges Einbinden der Hüter von Gesetz und Ordnung in die Planung vorzubeugen, funktionierte. Erst am Morgen des Konzerttages informierte der Staatsschutz den Hallenvermieter. Als dieser seinen braunen Gästen daraufhin kündigen wollte, wirkte die Polizei auf ihn ein, er möge dieses lassen, weil ansonsten hunderte von Neonazis unkontrollierbar die Gegend unsicher machen würden. Der Vermieter lenkte ein und das Konzert konnte stattfinden. Die Öffentlichkeit wurde erst gar nicht informiert. Lediglich einige Zivilbeamte beobachten das Geschehen vor Ort. Der Plan, das Ganze still und leise auf und über die Bühne zu bringen, wäre aufgegangen, hätten nicht AntifaschistInnen das Stattfinden des Konzertes am

frühen Abend öffentlich gemacht. Verhindert werden konnte es hierdurch jedoch nicht. Selbst antifaschistisch engagierte Bundestagsabgeordnete, wie z.B. die Grüne Annelie Buntenbach, wurden bei ihrer telefonischen Anfrage beim Polizeipräsidium dreist belogen. Es würde nur eine kleine private Party mit wenigen Rechten und einer lokalen Band stattfinden. Es gäbe weder einen Anlaß, noch die juristische Möglichkeit einzuschreiten. Ähnliche ‚Auskünfte' erhielten PressevertreterInnen und AnwohnerInnen. „Wenn sich die Bullen nicht so blöd angestellt hätten, hätte das Konzert am Samstag auch nicht stattfinden können", analysiert später ein Neonazi treffend im Internet das Geschehene. Weil, stellt ein anderer fest: „Es war Auflage der Polizei, dass keine öffentliche Werbung gemacht werden durfte", woran sich aber nicht durchgängig gehalten worden sei. Trotzdem „war auch nicht ein einziger Wagen in Grün/Weiss zu sehen", freut sich ein Dritter. Allgemeine Einschätzung: „Geiles Konzert!" Es gibt Grund zu der Annahme, dass die Zahl der KonzertbesucherInnen noch höher hätte ausfallen können. Diverse Neonazis gingen jedoch davon aus, dass „die Veranstaltung kurzfristig abgesagt oder verlegt wird, weil es eben so bekannt war, dass das Konzert stattfinden soll." Platz genug wäre in der Halle angeblich für 2.500 Personen gewesen.

„Private Party"

Entgegen der ansonsten unüblichen Verfahrensweise, hatte die „Kameradschaft NordHessen - Sturm 18 Cassel" im Alleingang das Konzert für den Grossraum Bochum +/- 50 km auf ihrer Homepage angekündigt und eine Kontakttelefonummer veröffentlicht. Man habe „beschlossen, unsere Feier in NordHessen mit den Kameraden im Ruhrgebiet zusammen zu gestalten." Unabhängig davon, dass bei Wegfall dieser Ankündigung das Konzert natürlich immer noch öffentlich gewesen wäre – immerhin war es den KonzertbesucherInnen, darunter mehrere hundert rechte Jugendliche, auch ohne Kenntnis des versteckten und kurzfristigen Internet-Hinweises möglich, den Veranstaltungsort in Erfahrung zu bringen und gegen 15 Eintritt an dem Konzert teilzunehmen – und ebenfalls unabhängig von der politischen Ausrichtung und Bedeutung des Konzertes, wäre es der Dortmunder Polizei selbst nach streng juristischen Kriterien noch möglich gewesen, ihre zuvor praktizierte Vorgehensweise wegen eindeutigen Verstosses gegen die Auflagen zu korrigieren. Statt dessen weist sie bis heute jede Kritik weit von sich. Die Feier sei privat gewesen, vergleichbar mit einer „Silberhochzeit", so lautet die monotone Antwort auf alle Anfragen. Dieses Mal aber könnte es für den Dortmunder Polizeipräsidenten eng werden. Nach der rechtswidrigen Einkesselung von hunderten AntifaschistInnen bei Protestaktionen gegen einen Naziaufmarsch in Dortmund, ist das ermöglichte B&H-Konzert jetzt schon der zweite riesige Skandal, den sich die Dortmunder Polizei in Zusammenhang mit der von der Landesregierung großkotzig angekündigten „Bekämpfung des Rechtsextremismus" geleistet hat. Mehrere Bundestagsabgeordnete und reichlich Lokalprominenz fordern den Rücktritt des Polizeipräsidenten Hans Schulze. Die Bundestagsabgeordneten Annelie Buntenbach sowie Ulla Jelpke (PDS) wandten sich schriftlich an den NRW-Innenminister Fritz Behrens und verlangten die Untersuchung der Vorfälle. „Wenn sich die Vorwürfe bestätigen muss der zuständige Dortmunder Polizeipräsident abgelöst werden", schrieb Annelie Buntenbach in ihrer Presseerklärung vom 19.3.2002. Erst einmal aber wurde von der Stadt Dortmund der ‚Hauptschuldige' bestraft: Wegen der Vermietung der Halle trotz „bis dato fehlender Bauabnahme", u.a. wegen eines fehlenden Lärmschutzgutachtens, wurde ein Zwangsgeld in Höhe von 10.000 gegen den Hallenvermieter festgesetzt. Und da sage noch mal jemand, es würde in diesem Land den Ursachen von Neonazismus und Polizeiwillkür nicht auf den Grund gegangen.

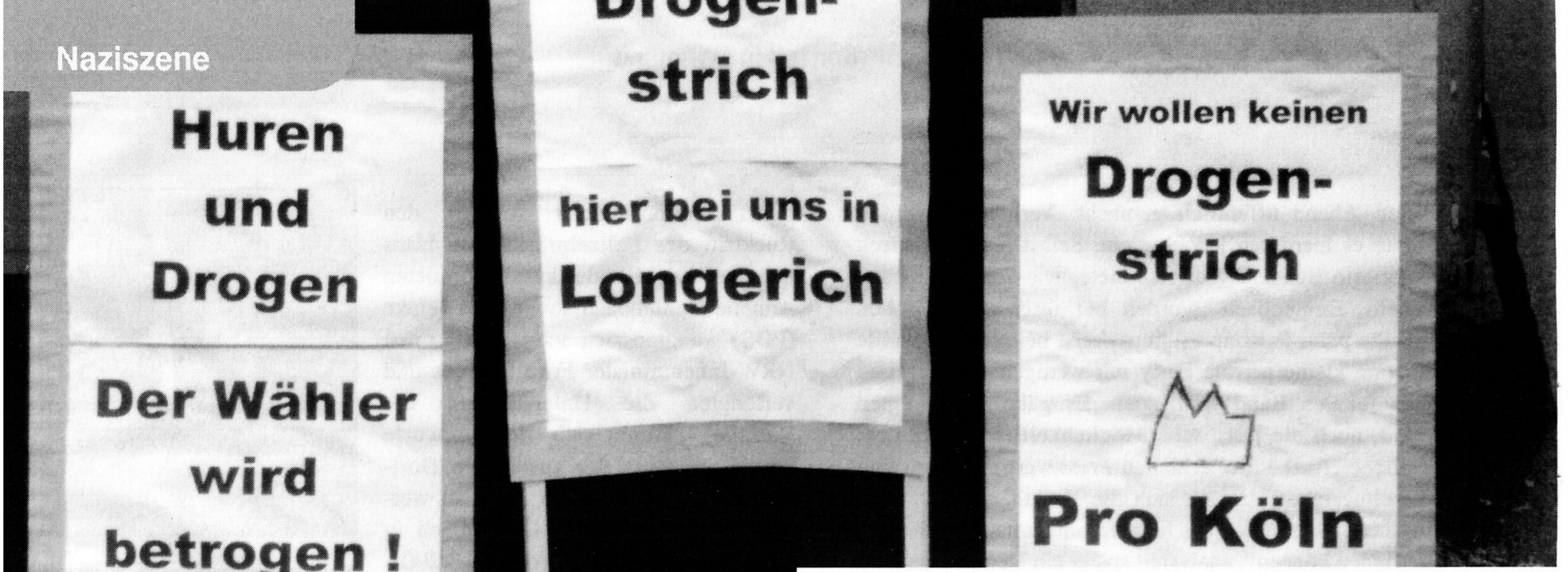


"Boots of Hate"

Cover: "Oidoxie"

Fazit

Das Konzert in Dortmund hat einmal mehr gezeigt, was eigentlich zwischenzeitlich zum Allgemeinwissen von AntifaschistInnen zählen sollte. Neonazis sind schon seit längerem in der Lage, derartig grosse Events zu organisieren und diese für ihre politische Arbeit zu nutzen – auch in NRW. Und die polizeiliche Linie ist einmal mehr auf Bewahrung von Ruhe und Ordnung ausgerichtet, oder was immer sie auch dafür hält. Das Konzert war grösser als jeder bisherige Neonaziaufmarsch der jüngeren Zeit in Nordrhein-Westfalen. Hierdurch gelingt es, nicht nur diejenigen SympathisantInnen anzusprechen, die bereit sind, auf Demonstrationen zu gehen, sondern auch diejenigen, die NOCH nicht für politische Aktionen ansprechbar, sehr wohl aber für neonazistische Ideologie empfänglich sind. Wer meint, derartige Events mit der Begründung, dass es sich ja „nur" um eine kulturelle Veranstaltung und nicht um eine politische Aktion handeln würde oder alternativ mit den Worten „Da kann man ja doch nichts gegen machen" rechts liegen lassen und ignorieren zu können, hat entweder immer noch nicht verstanden, welchen Stellenwert RechtsRock für die neonazistische Szene spielt oder aber, er oder sie will es nicht wissen. Beides hat mit antifaschistischer Analyse, Politik und Praxis nichts – aber auch gar nichts – zu tun! Sinnvoll und wichtig wäre eine sofortige Mobilisierung von AntifaschistInnen auf eine Spontandemonstration zum Ort des Geschehens gewesen. Diese hätte das Konzert wahrscheinlich zwar nicht zum Abbruch geführt, aber zumindest bewirkt, dass es mit der vermeintlichen Ruhe und Ordnung für die Nazis und ihre Freunde und Helfer vorbei gewesen wäre.



Von Johannes Lohmann

Pro Köln

Eine rechte "Bürgerbewegung" geht auf die Straße

Erneut versucht der seit langen Jahren in der extremen Rechten aktive **Manfred Rouhs** in Köln Fuß zu fassen Mit der "Bürgerbewegung pro Köln e.V". strebt er das Image einer "bürgernahen und demokratischen" Vereinigung an. Doch auch "Pro Köln" vertritt erwartungsgemäß eine extrem rechte Ideologie und scheut nicht die Zusammenarbeit mit dem offen neonazistischen Spektrum.

Am Samstag, den 9. März 2002 versuchte "Pro Köln" bereits zum vierten Mal mit einer Demonstration öffentlichen Raum für sich zu reklamieren. Konnte bereits im Januar 2002 Rouhs und seinen "Kameraden" ein Strich durch die Rechnung gemacht werden, indem es engagierten AntifaschistInnen gelang, einen Fackelaufmarsch von "Pro Köln" stellenweise zu blockieren und behindern, so erlebte "Pro Köln" auch diesmal eine Niederlage. Aufgrund der aktuellen V-Mann-Skandale wollten Rouhs und Konsorten ihren Protest gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln-Chorweiler kundtun. Doch die über tausend TeilnehmerInnen an den Gegenaktivitäten - unter ihnen auch viele AnwohnerInnen des Viertels mit hohem MigrantInnenanteil - sorgten dafür, dass die lediglich rund 60 Nazis, nachdem sie bereits stundenlang in der U-Bahn-Station festgesetzt worden waren, nur mit Müh' und Not eine Kundgebung durchführen konnten. Auf einen Demonstrationszug musste verzichtet werden, da von Seiten der Polizei die Sicherheit hierfür nicht garantiert werden konnte. Selbst die SympathisantInnen von "Pro Köln" konnten dies nur als Niederlage werten. Das Ziel der Organisation, Anziehungskraft über die extreme Rechte hinaus zu entwickeln, scheint ferner denn je. Da half auch der verkrampfte Versuch von Rouhs, die Demonstration einmal mehr als erfolgreich zu verkaufen, nur wenig. Dabei hätte "Pro Köln" Erfolg sicherlich dringend nötig. Obwohl die Vereinigung seit mittlerweile gut zwei Jahren versucht, mit vorwiegend lokalen Themen eine Verankerung in der Bevölkerung zu erreichen, will das Konzept nicht so richtig aufgehen.

Kontinuitäten und Tarnmannöver

Gegründet worden war "Pro Köln" bereits 1996 von bekannten Aktivisten der extremen Rechten, die vornehmlich aus der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) und deren Umfeld stammten. Doch erst bei der Oberbürgermeisterwahl 1999 trat "Pro Köln" öffentlich in Erscheinung. Der OB-Kandidat **Stephan Flug**, ehemaliges Mitglied der "Republikaner", versuchte sich als der "kölsche Jörg Haider" zu präsentieren, war jedoch weit weniger erfolgreich als sein österreichisches Vorbild. Er verschwand daraufhin wieder in der Versenkung. Die Orientierung an sogenannten rechtspopulistischen Parteien wie der FPÖ schlägt sich auch im Programm von "Pro Köln" nieder. Neben neoliberalen Phrasen ("offensives City- und Veedel-Marketing sowie professionelles Event-Management") und rassistischen Versatzstücken, die, wie die Forderung nach einer "Zuwanderungspolitik, die sich an den Verhältnissen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie den Integrationsmöglichkeiten [...] richtet" ohnehin bereits bundesdeutsche Wirklichkeit sind, findet sich hier vornehmlich der Ruf nach einer strengen law & order-Politik. Nicht zufällig entdeckt man so auch mit der "Schill-Partei" um den Hamburger Richter **Ronald B. Schill** "weitgehende Übereinstimmung in Fragen der inneren Sicherheit". Das stößt jedoch auf nur wenig Gegenliebe. Obwohl **Gerda Witthuhn**, ihres Zeichens Mitglied der Schill-Partei eigens zu einem Treffen mit "Pro Köln" in die Domstadt gereist war, ist man in Hamburg tunlichst darum bemüht, jedwede Verbindung zu "Pro Köln" abzuweisen, um nicht in die extrem rechte Ecke gestellt werden zu können.
Wie sehr die selbsternannte Bürgerbewegung auch versucht, die gleichen Erfolge wie Schill und Haider zu erzielen, so wenig scheint das bislang zu funktionieren. Mit einem "detaillierten Aktionsprogramm" zu "drängenden kölschen Themen" ("Pro Köln") möchte man an rechte Diskurse in der Stadt anknüpfen. Im Januar 2000 wollten Rouhs und Konsorten sich an den Protesten einer

Bürgerinitiative, die sich originellerweise mit dem Namen "Kfor" ausstattete, gegen den Bau einer forensischen Klinik beteiligen. Als die "Kfor" jedoch von "Pro Köln" erfuhr, sagte sie ihre Demonstration ab.
Weder bei der Durchsetzung rassistischer Politik noch bei der Verteidigung der eigenen kleinbürgerlichen Privilegien, die durchaus vordergründig staatlichen Interessen auch zuwiderlaufen können, scheint die extreme Rechte benötigt zu werden oder gar erwünscht zu sein. Ein idealer Anknüpfungspunkt für "Pro Köln" wäre der erwartete Widerstand von AnwohnerInnen gegen die Pläne der Stadt gewesen, Sammellager für Flüchtlinge einzurichten. Denn dieser richtete sich nicht etwa gegen die menschenunwürdige Unterbringung von Flüchtlingen, sondern gegen den dadurch vermeintlich entstehenden Attraktivitätsverlust des Viertels. Trotzdem verzichtete man hier dankend auf die extreme Rechte. Auch die "Pro Köln"-Kundgebung gegen den Kalifatstaat am 3. November 2001 stieß kaum auf Interesse.
Kontinuität zeigt die Kölner Vereinigung beim Thema "Drogenstrich". Insgesamt drei Demonstrationen und mehrere sogenannte Mahnwachen wurden im Stadtteil Longerich bislang durchgeführt. Hieran lassen sich sowohl die Potentiale, als auch die Grenzen eines solchen Projektes verdeutlichen. Die ständige Präsenz der Nazis hätte durchaus einen gewissen Gewöhnungseffekt nach sich ziehen können, legitimiert noch von der Presse, die in Bezug auf "Pro Köln" vom "Erfolg" einer "Bürgerinitiative" sprach. Trotzdem gelang – nicht zuletzt aufgrund antifaschistischer Interventionen - im Kölner Norden nicht die angestrebte Akzeptanz in der Bevölkerung. Dafür sind die Personen, die hinter "Pro Köln" stecken, auch seit vielen Jahren viel zu tief in der extremen Rechten aktiv und auch über die Stadtgrenzen Kölns als Kader der Szene bekannt..

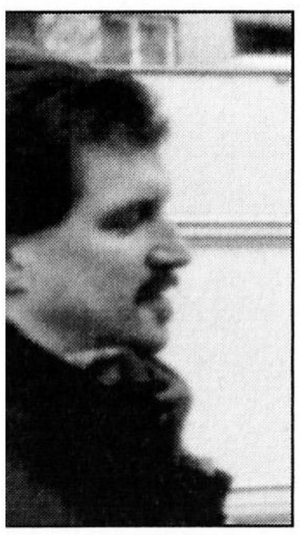
DrahtzieherInnen und Ableger

Manfred Rouhs begann seine Laufbahn bei der "Jungen Union", wechselte dann zur JN und landete schließlich bei den "Republikanern" und dem "Ring freiheitlicher Studenten" (RFS). Ab 1991 saß Rouhs für die DLVH im Kölner Stadtrat. Er ist Herausgeber der Zeitschrift "Signal" (ehemals "Europa Vorn"), welche ein Theorieorgan der Neuen Rechten darstellen möchte und versucht mittels seines Versandhandels ein weites Spektrum inklusive neonazistischer Skinheads anzusprechen. Er hat damit jedoch nur mäßigen Erfolg. Obwohl Rouhs nicht im Vorstand ist, zeigt sich, dass vornehmlich er die Aktivitäten von "Pro Köln" bestimmt.
Als Vorsitzende fungiert dagegen die 23jährige **Judith Wolter**, Jurastudentin an der Universität Köln. Wolter ist das ‚jugendliche' und weibliche Aushängeschild von "Pro Köln", verfügt jedoch über keinerlei Erfahrungen in der politischen Arbeit. Für ihre Organisation trat sie bislang – wenn überhaupt – nur an der Seite ihres Ziehvaters Manfred Rouhs in Erscheinung. Anfang Januar tauchte sie dann als Initiatorin einer "Studentengruppe", der "Plattform demokratischer Studenten (pdst)", auf. Die pdst schreibt sich das hehre Gut der Demokratie auf ihre Fahnen, doch möchte man ihrer Selbstdarstellung Glauben schenken, so fängt das Demokratieverständnis bei Nation an und hört bei Vaterland auf. Die größte Gefahr wird in den "auf deutschem Boden operierenden internationalen Banken und Großkonzernen" (pdst) gesehen. Der Antisemitismus eines **Horst Mahler** ist kaum weniger offen formuliert.
Ein weitere wichtige Rolle bei "Pro Köln" spielt **Markus Beisicht**. Beisicht ist ein alter Bekannter von Manfred Rouhs und kann auf eine ähnliche Karriere zurückblicken. So war auch er als Funktionär des RFS, der "Republikaner" und schließlich der DLVH aktiv. Schon zu RFS-Zeiten agierte er gemeinsam mit seiner heutigen Ehefrau Dr. **Gabriele Beisicht** (geb. Schlaeper), von der aber seit längerer Zeit nichts mehr zu hören ist. Für "Pro Köln" redet Markus Besicht nicht nur auf Demonstrationen und Kundgebungen, wie zuletzt in Chorweiler, der 38jährige vertritt seine Organisation auch als Anwalt in der Leverkusener Kanzlei seines Schwiegervaters **Karlheinz Schlaeper** bei Prozessen. Er übernimmt auch des öfteren die Verteidigung angeklagter Neonazis wie jüngst die des stellvertretenden Wuppertaler NPD-Kreisvorsitzenden **Norbert Wölk** im Kemna-Prozeß (*vgl.: LOTTA Nr. 5*).
Auch **Bernd Michael Schöppe**, inzwischen stellvertretender Vorsitzender von "Pro Köln", war lange Zeit Aktivist der DLVH, für die er bei den Kommunalwahlen antrat. Genauso bewegte er sich auch im Umfeld der als "Kampfbund deutscher Sozialisten" (KDS) auftretenden "Kameradschaft Köln" um **Axel Reitz** und **Paul Breuer**.
Als Ableger von "Pro Köln" fungiert die im November 2001 gegründete Schwesterorganisation "Leverkusener Offensive". Das Programm der Vereinigung um den Hitdorfer Ex-"Republikaner" **Hans-Dieter Stermann** ist bis auf den letzten Punkt, der sich gegen die Diskriminierung von Hunden und ihrer Halter richtet, beinahe wortwörtlich von dem Kölner Pendant abgeschrieben. Öffentliche Auftritte gab es bislang kaum.

Pack verbündet sich, Pack schlägt sich ...

Obwohl die "Bürgerbewegung" sich ein rechtskonservatives Image gibt und das Bild einer stumpfen Nazi-Truppe

Markus Beisicht



Bernd M. Schöppe

Judith Wolter

zu vermeiden sucht, zeigt nicht nur die personelle Besetzung, wo diese Gruppe zu verorten ist. Mag auch manche Forderung von "Pro Köln" etwas moderater formuliert sein, so ist sie doch Ausdruck extrem rechter bis neonazistischer Ideologie. Dass dabei durchaus manch ein Satz genauso gut aus dem Parteiprogramm von CDU, FDP oder SPD abgeschrieben sein könnte, lässt keine Rückschlüsse auf das "demokratische Bewusstsein" von "Pro Köln" zu, sondern zeigt vielmehr, wie Mainstreamkompatibel rechtes Gedankengut inzwischen geworden ist.

Nicht zuletzt durch das Bild, das "Pro Köln" bei öffentlichen Auftritten abgibt, wird der Organisation eine Akzeptanz in der bürgerlichen Mitte verwehrt bleiben. Denn Nazi-Skins, fackelschwingende Lederjackenträger, die eine an Eindeutigkeit kaum zu überbietende SA-Ästhetik verkörpern und ein "Hier marschiert der nationale Widerstand"-gröhlender Mob, will in weiten Teilen der Öffentlichkeit immer noch nicht wirklich gut ankommen.

Die Zusammenarbeit von "Pro Köln" mit militanten Neonazis aus dem Spektrum der freien Kameradschaften wirft damit auch einige Fragen auf. Manfred Rouhs, der ein klassisches Parteienkonzept als adäquate Organisationsform für die extreme Rechte befürwortet, spricht sich immer wieder gegen die "Freien Kameradschaften" aus. In der neuesten Ausgabe seiner Zeitschrift "Signal" äußerte er Bedenken gegen das martialische Auftreten von rechten Skinheads. Auf der anderen Seite versucht Rouhs trotzdem auch weiterhin, in der (sub)kulturellen Szene der Nazi-Skins Fuß zu fassen. Er wird ihre Teilnahme an "Pro Köln"-Aufmärschen nicht nur benötigen, sondern - nicht zuletzt aufgrund mangelnder Alternativen - auch begrüßen.

Bei der Betrachtung der Geschehnisse von Chorweiler werden die Widersprüche noch größer. Hatte Rouhs zuvor die Gerüchte um die V-Mann-Tätigkeit der beiden JN/NPD-Funktionäre **Thorsten Crämer** und **Nico Wedding**, die zusammen mit anderen Neonazis am 9. Juli 2000 bewaffnet eine Kundgebung der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist-Innen" (VVN) am Mahnmal der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Kemna überfallen hatten, noch angeheizt, und so Verärgerung auf sich gezogen, waren ausgerechnet Wedding und der JN-NRW-Landesvorsitzende **Claus Cremer** bei mehreren Demonstration von "Pro Köln" und auch bei der gegen den Verfassungsschutz anwesend. Das NPD-Landesvorstandsmitglied **Bruno Kirchner** kandidierte 1999 bei den Kommunalwahlen in Köln unmittelbar hinter Rouhs auf Platz 2. Doch auch bei den anderen Teilnehmern wie dem Korschenbroicher **Christian Malcoci**, führender Kader der "Freien Kameradschaften", den AkteurInnen der "Kameradschaft Dortmund" um **Siegfried Borchardt**, der "Kameradschaft Düsseldorf", der Düsseldorfer "Südnationalisten", der "Freien" aus dem Sauer- und Siegerland u.a., stellt sich die Frage, was sie sich von diesem Flirt mit "Pro Köln" erhoffen. Sie scheinen in "Pro Köln" tatsächlich ein unterstützenswertes Projekt zu sehen. "Radikale Zusammenhänge haben durch die Unterstützung des Protest von ‚Pro Köln' deutlich gezeigt, dass man Protest zu sinnvollen, bürgernahen Themen auch nutzen kann, wenn der Veranstalter nicht der eigenen Linie entspricht" (sic!), so das "Nationale Infotelefon Rheinland" in der Ansage vom 15. Januar 2002. Offensichtlich erhofft man sich hier zumindest eine partielle Umsetzung des Konzeptes der "National Befreiten Zonen". Die "Kameradschaft Köln", über deren Idee, eine Solidaritätskundgebung für **Gary Lauck** (NSDAP / AO) durchführen zu wollen, nahezu die gesamte Nazi-Szene nur den Kopf schütteln konnte, ist hierzu jedenfalls nicht im mindesten in der Lage. Doch für eine "befreite Zone" bedürfte es zumindest Ansätze einer Verankerung in der Bevölkerung, eingebettet in eine rechte Alltagskultur und für solcherlei Hoffnung gibt es im Augenblick für die Kölner Nazis noch nicht den geringsten Anlass.

Doch nach dem gescheiterten Auftritt in Chorweiler regt sich auch bei den "Freien Kameradschaften" Mißmut. Unter der Überschrift "Köln diesmal keine Reise wert" bemängelten die "Nationalisten im Düsseldorfer Süden" neben der schlechten Organisation vor allem die angebliche Nähe zur Demokratie von Manfred Rouhs. Ob sich dieser Mißmut darin ausdrückt, dass die "Freien" demnächst fernbleiben, wird sich demnächst zeigen.

Pack verträgt sich wieder?

Am Wochenende 29./30. Juni 2002 findet das alljährliche "SIGNAL Pressefest" statt, das von Rouhs dieses mal auf dem Kölner Heumarkt angemeldet wurde. Neben Rouhs sollen hier **Dr. Alfred Mechtersheimer** und der langjährige DLVH-Vorsitzende **Harald Neubauer**, heute Mitherausgeber des publizistischen Flaggschiffs der extremen Rechten, "Nation und Europa", auftreten. Für das Unterhaltungsprogramm und die Anbindung der "nationalen Jugend" sind die Bands "Eskil", "Nordwind" und die rechte Dark Wave-Band "Von Tronstahl" angekündigt. Alleine schon am Auftritt der im Umfeld der "Kameradschaft Düsseldorf" anzutreffenden Düsseldorfer/Mettmaner Band "Eskil" zeigt sich, dass die lauter werdenden Abgrenzungsbekundungen noch nicht zu einem Bruch mit Rouhs geführt haben. Dem "SIGNAL Pressefest" soll dann am 7.7. eine Protestaktion von "Pro Köln" gegen die Parade von Schwulen- und Lesbengruppen anlässlich des "Christopher-Street-Day" (CSD) folgen.

Auch wenn der Bruch der "Freien" mit "Pro Köln" und insbesondere mit Rouhs noch nicht endgültig vollzogen ist, knistert es hörbar im rechten Gebälk. Es ist fraglich, ob das gemeinsame Ziel die Widersprüche noch lange überdecken kann. Sollte es zu einem Bruch kommen, so wird die für "Pro Köln" nötige Unterstützung weg brechen. Mit den verbliebenen sympathisierenden Rentnern lässt sich dann nicht mal mehr ein Blumentopf gewinnen. Damit wären mit dem Projekt "Pro Köln" Kölner Nazis einmal mehr gescheitert.

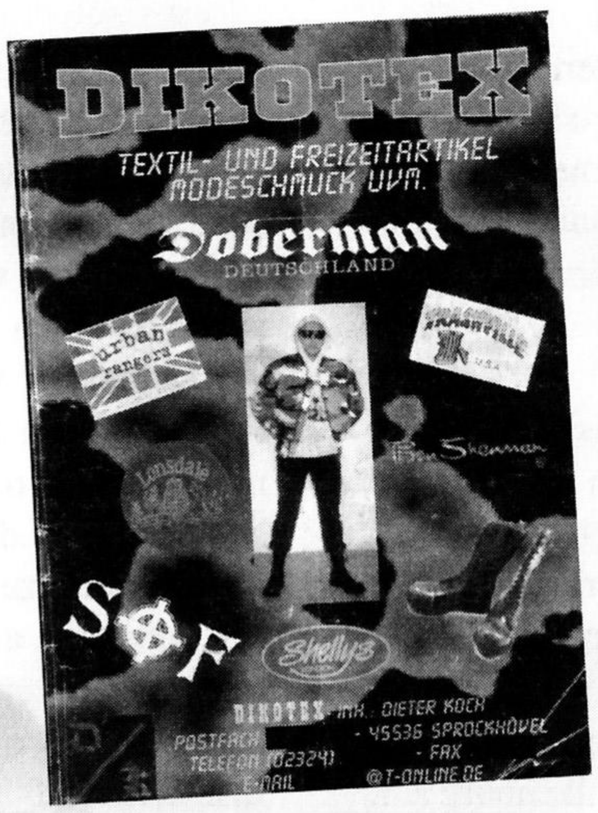
Manfred Rouhs

Von Ingo Taler

DIKO-TEX

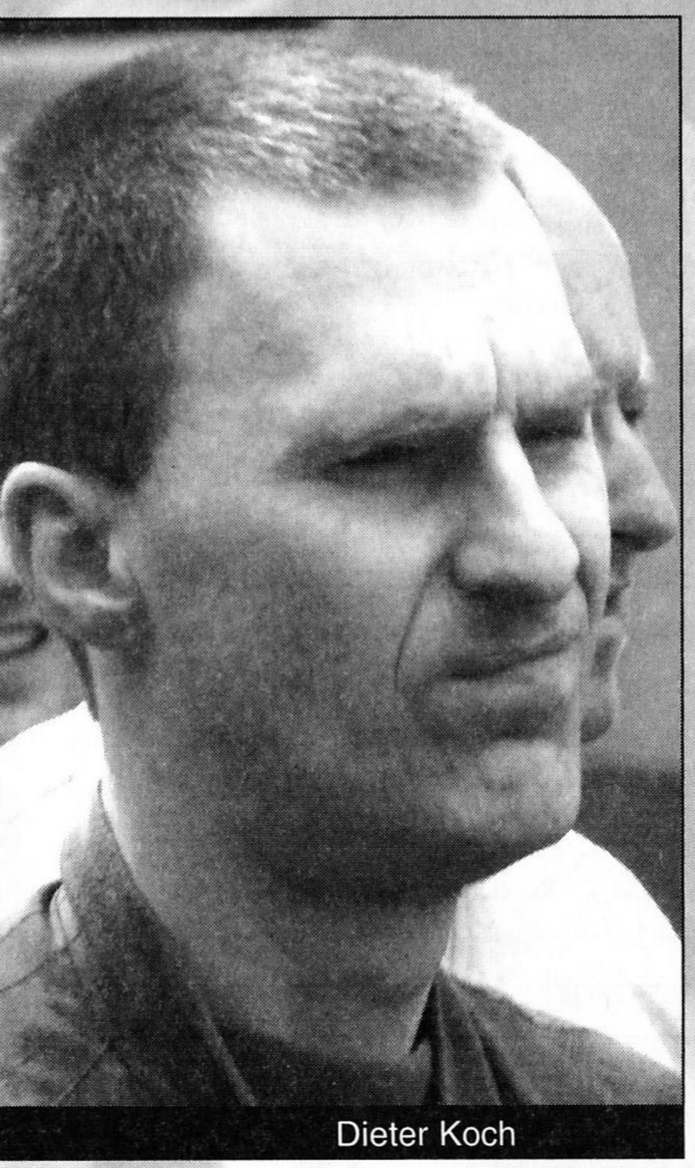
Textilien und mehr

Auch im Jahre eins nach dem „Aufstand der Anständigen“ lärmt der RechtsRock weiter als Soundtrack der rassistischen Hetze. Weder das verhängte „Blood and Honour“ (B&H)-Verbot, noch der zu erwartende Prozess gegen die Berliner Nazi-Band „Landser“ wird die RechtsRock-Szene als Bewegung entscheidend schwächen. Auf das im September 2000 ausgesprochene Verbot der deutschen „Division“ von „Blood and Honour“ und deren Jugendorganisation „White Youth“ reagierten deren Strukturen mit kreativem Trotz. So bietet etwa der im brandenburgischen Werder an der Havel ansässige „Hatesounds“-Versand über ein Postfach, das bis zum Verbot als Kontaktadresse von B&H diente, ein T-Shirt an, dessen Frontmotiv eine Billiardkugel mit der Zahl 28 zeigt. 28 steht hier für den zweiten und achten Buchstaben im Alphabet und symbolisiert das codierte Bekenntnis zu B&H. Der Rückenaufdruck trägt den Slogan „Ich laß`mich nicht verbieten...“



Business as usual

Wie substanzlos Verbote sein können, solange sie nur aus Publicitygründen vollzogen werden, deutet das Beispiel des „Hatesounds“-Versand bereits an. Die neonazistische Szene zeigt sich relativ unbeeindruckt. Fleissig wird weiter daran gearbeitet insbesondere junge Menschen zu agitieren und einzubinden.


Dieter Koch

Die Anbindung an die neonazistische Szene erfolgt weiterhin über den seit Jahren professionalisierten Rechts-Rock-Bereich. „White Power“-Produkte finden immer noch reißenden Absatz und gehören schon lange zum guten und lohnenden Ton im politischen Alltag der extremen Rechten, insbesondere der Neonazi-Szene. Neben dem Kampf um die Köpfe, die Straße und die Parlamente, gehören aber auch zwischenzeitlich Verteilungskämpfe im RechtsRock-Geschäft zum politischen Tagesgeschäft.

Auch in NRW lassen sich Beispiele für neonazistische Kader finden, die im RechtsRock-Geschäft kräftig mitmischen und –verdienen. Einer hiervon ist der NPDler **Dieter Koch** aus Sprockhövel, der Mitte der neunziger Jahre seinen „DIKO-Musikverlag“ aufzog, der sowohl als Vertrieb, als auch als Label fungierte. Als „befreite Zone“ kann sich der zwischenzeitlich zu „DIKO-TEX“ umgewandelte Vertrieb allerdings nur begrenzt begreifen. Koch hatte diese Umstrukturierung auf den ausschließlichen Verkauf von Textilien und damit seinen Rückzug aus dem Musikgeschäft nach einer ihm auferlegten und 1999 in höherer Instanz bestätigten zehnmonatigen Haftstrafe auf Bewährung wegen des Vertriebs von indizierten Tonträgern, Volksverhetzung und der Verbreitung jugendgefährdender Schriften vorgenommen. Bereits fünf Jahre zuvor war er wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Angeklagt wurde er in diesem Fall wegen eines Artikels in der Zeitschrift des JN-Bundesverbandes „Einheit und Kampf“, für die er damals verantwortlich zeichnete. Weiterhin kassierte er im April 1999 vom Amtsgericht Solingen eine Geldstrafe wegen des Verkaufs von Tonträgern auf einem Konzert der Band „Entwarnung“, das von der Polizei beendet worden war.

Das Sortiment von „DIKO-TEX“ bestand zunächst hauptsächlich aus Bandshirts und anderen szenetypischen Accessoires des RechtsRock-Bereich. Blieb Koch somit also nur eingeschränkt dem RechtsRock-Bereich erhalten, so stürzte er sich 1999 wieder verstärkt auf die NPD-Parteiarbeit. Der amtierende Beisitzer im NPD-Landesvorstand, der einst auch Bundesvorstandsmitglied der JN war, hat seit den letzten NRW-Kommunalwahlen im September 1999 einen Sitz für die NPD im Kreistag des Kreises Ennepe-Ruhr. Beim letzten Landesparteitag der NPD im September 2001 wurde er auf Platz 4 der Landesliste NRW gewählt (*siehe Seite 49*). Zwischenzeitlich hat Koch seinen Versand erneut umstrukturiert. In Werbeanzeigen und auf seiner Homepage ist nun überhaupt nichts mehr zu finden, was Rückschlüsse auf seine politische Arbeit zulässt. Statt dessen tauchten ab Juni 2001 u.a. im „City-Anzeiger Gevelsberg“ Anzeigen für „Kinderregenbekleidung“ und „Second-Hand Babyartikel“ auf. Es kann nur vermutet werden, dass auch das Geschäft mit Szene-Textilien und eventuell auch RechtsRock parallel weiterläuft.

Von niederländischen AntifaschistInnen

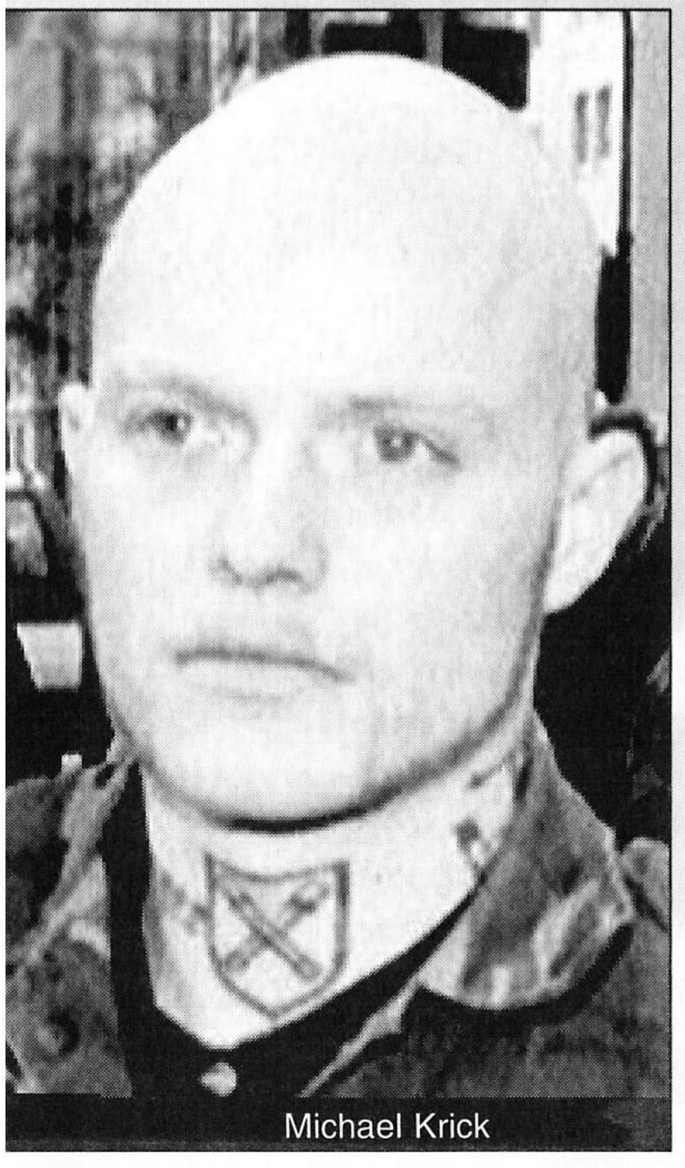
Michael Krick in den Niederlanden

Michael Krick verbindet mit den Niederlanden eine langjährige Geschichte. 1995 beteiligte er sich dort als 18jähriger bereits an einer neonazistischen Demonstration. Damals war er bei der „Sauerländer Aktionsfront" aktiv, die über ausgesprochen gute Kontakte in die Niederlande verfügte.

Nach dieser ersten Aktion schien sich Krick nicht mehr von den Niederlanden trennen zu können und tauchte regelmäßig bei Aktionen auf. Diese Ausflüge endeten, als er Ende 1997 in Deutschland verhaftet wurde und eine 1 1/2jährige Haftstrafe verbüßen mußte. Kurz nach seiner Entlassung tauchte er 1999 wieder auf einer Versammlung der „Nederlandse Volkunie" (NVU) und bei einer Gedenkdemonstration für Rudolf Hess in Valkenburg auf. Auch im Jahr 2000 überquerte Krick regelmäßig anläßlich von Aktionen die Grenze.

Fluchtburg Niederlande

Doch schon bald interessierte sich wieder die deutsche Justiz für ihn. Zwei Gerichtstermine standen an, aus denen dann in seiner Abwesenheit offene Haftbefehle wurden. Deshalb suchte der damals in Dortmund lebende Krick Ende 2000 / Anfang 2001 einen Wohnort außerhalb Deutschlands. Und so zog Krick mit Unterstützung seines Freundes **Ed Polman** in die Nähe von Gouda um. Er gab sich jedoch nicht viel Mühe, nicht aufzufallen, sondern beteiligte sich sogar mehrmals an Schlägereien und scheute nicht einmal davor zurück, seinen Opfern seinen Namen zu nennen. Er hatte jedoch Glück, denn er wurde kein einziges Mal verhaftet. Auch auf der politischen Ebene ging er nicht auf Tauchstation: Im Februar leistete er Fluchthilfe für den wegen Mordversuchs gesuchten Neonazi **Christoph Schulte** (*siehe LOTTA NR. 5*). Einen Monat später zählte Krick bei einer Demonstration der NVU in Kerkrade zum Ordnerdienst. Er wurde landesweit bekannt, als er auf einer Saalversammlung der NVU zum bewaffneten Kampf aufrief. Er hielt eine Rede, in der er dazu aufrief, „das System und seine Knechte" anzugreifen und sich dabei von den Methoden der baskischen ETA inspirieren zu lassen. Anläßlich dieser Äußerungen leitete die niederländische Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Krick ein, sah jedoch keinen Grund, ihn festzunehmen. Der Staatsanwalt war acht Monate lang nicht in der Lage, zu entscheiden, ob Krick wegen seiner Äußerungen belangt werden müßte. Krick blieb also wiederum auf freiem Fuss.


Michael Krick

Unterdessen zog Krick zu seiner für die NVU aktiven Freundin nach Den Bosch. Er richtete sich nun immer mehr auf einen langfristigen Aufenthalt in den Niederlanden ein und gab sich keinerlei Mühe mehr, seine Anwesenheit zu verbergen. Die niederländischen Behörden ließen ihn auch tatsächlich weiterhin ungestört herum spazieren, während in Deutschland Polizei und Verfassungsschutz bekundeten, keine Anhaltspunkte für Kricks Aufenthaltsort zu haben.

Von Den Bosch aus mischte sich Krick aktiv in die NVU ein. Er stieg zum Parteikader auf und versuchte, die Partei in ein noch extremeres und gewalttätiges Fahrwasser zu manövrieren. Er wurde hierbei von Aktivisten wie Eite Homan und Sven ter Maten unterstützt.

„Napalm auf die Klagemauer!!!"

Krick zeigt bis heute in neonazistischen Internet-Foren Präsenz. Auch hier entpuppt er sich als übler Antisemit. Nach dem 11. September befürwortete er die Anschläge unverblümt: „gratulate the terrorists, that was good work, very conspirative! Direct action is what we need! Destroy Z.O.G.!". Krick lässt auch keinen Zweifel daran, was seine niederländischen „Kameraden" machen sollen: „The next synagogue is in your near, opens every saturday! Let your phantasy free run!! We talked enough, now it's the time for action !!!" und „I would prefer it to see a synagogue burn, on saturday, when all the itzigs are inside!!! Napalm auf die Klagemauer!!!".

Es ist unbekannt, weshalb die niederländische Justiz den Fall Michael Krick so lasch angegangen ist. Über ein Jahr gab es Gelegenheit und Anlaß genug, ihn zu verhaften.

Krick überspannte nun aber den Bogen. Er versuchte am 18. Januar, mit der Fähre nach England überzusetzen, wo er eine neonazistische Party in Oldham besuchen wollte. Er wurde vom Zoll in Hoek van Holland verhaftet, weil gegen ihn auf Bestreben der deutschen Justiz ein internationaler Haftbefehl vorlag. Nun hätte also U-Haft, Anklage, Verurteilung und/oder Auslieferung eigentlich nichts mehr im Weg gestanden. Weit gefehlt: Am 21.2. durfte er das Gefängnis wieder verlassen und wartet jetzt auf freiem Fuß auf eine gerichtliche Entscheidung, ob er nach Deutschland ausgeliefert wird oder nicht.

Christian Malcoci

Von Karsten Jansen

Der Fanclub des Christian M.

Neonazismus in der Aachener Region

Rechtzeitig zur Kandidatur des **Christian Malcoci** zum Stadtrat der niederländischen Grenzgemeinde Kerkrade[1] formierte sich an beiden Seiten der Grenze bei Aachen auch das faschistische Fußvolk. Mit der „Kameradschaft Aachener Land“ und den „Mijnstreekoostskins“ haben sich neonazistische Strukturen entwickelt, die eine nähere Betrachtung wert sind.

Die „Kameradschaft Aachener Land“

Nach eigenen Angaben besteht dieser Zusammenschluß von „ca. 25 Skins, Hools“ seit Mitte 2001. Eine Homepage wird seit Oktober 2001 betrieben. Der „harte Kern“ will über ein Mobilisierungspotential von 120-150 Personen verfügen. Diese Zahl mag für lokale Partys oder Konzerte annähernd realistisch sein, ist aber ansonsten weit überzogen. Das Programm der „Kameradschaft“ - sie selbst umschreiben es kurz mit „doitsch unabhängig frei stolz“ - sieht die üblichen Betätigungsfelder neonazistischer Gruppen vor: Konzerte, Feiern, Zeltlager, Schulungen, Demos, Nachwuchswerbung, „Anti-Antifa“, Vernetzung, Propaganda und die Schaffung “National befreiter Zonen”. O-Ton: „Schafft Zonen, wo Ihr auch [sic!] frei bewegen könnt.“

Diese großen Pläne sind bislang keineswegs umgesetzt, die Zusammenkünfte der „Kameraden“ beschränken sich weitgehend auf Musik hören und (exzessives) Saufen. In der Öffentlichkeit ist die Gruppe bisher nicht organisiert wahrnehmbar. Jedoch ist davon auszugehen, dass an den sich seit Sommer 2001 häufenden Nazi-Auftritten in der Region Zugehörige der „Kameradschaft“ beteiligt waren, so etwa mehrere Propaganda-/Bedrohungsdelikte in Stolberg (Kreis Aachen). Auch gibt es Hinweise darauf, dass der harte Kern der „Kameradschaft“ gelegentliche Wehrsportübungen abhält.

Als Kontaktadresse der „Kameradschaft“ dient ein Postfach in Alsdorf (Kreis Aachen), das von **Marc** „Euro“ **Königs** aus Würselen-Broichweiden (Kreis Aachen) betrieben wird. Königs ist eine wichtige Figur in der Aachener Hooligan-Szene.

‘Ballungszentren’ der Neonazis sind Stolberg, Eschweiler (Kreis Aachen), Langerwehe (Kreis Düren) und Düren. In letztgenannter Stadt ist die Familie Büttgen ansässig, die sich bereits Anfang der 90er Jahre um den Aufbau eines „nationalen Jugendstammtisches“ mühte. Dort könnten die ‘Köpfe’ der Gruppe zu orten sein: neben Vater **Arnd Büttgen** sind auch dessen Söhne **Michael** und **Karsten** immer präsent. Treffen der „Kameradschaft“ finden häufig in der Büttgen-Wohnung in Düren statt.

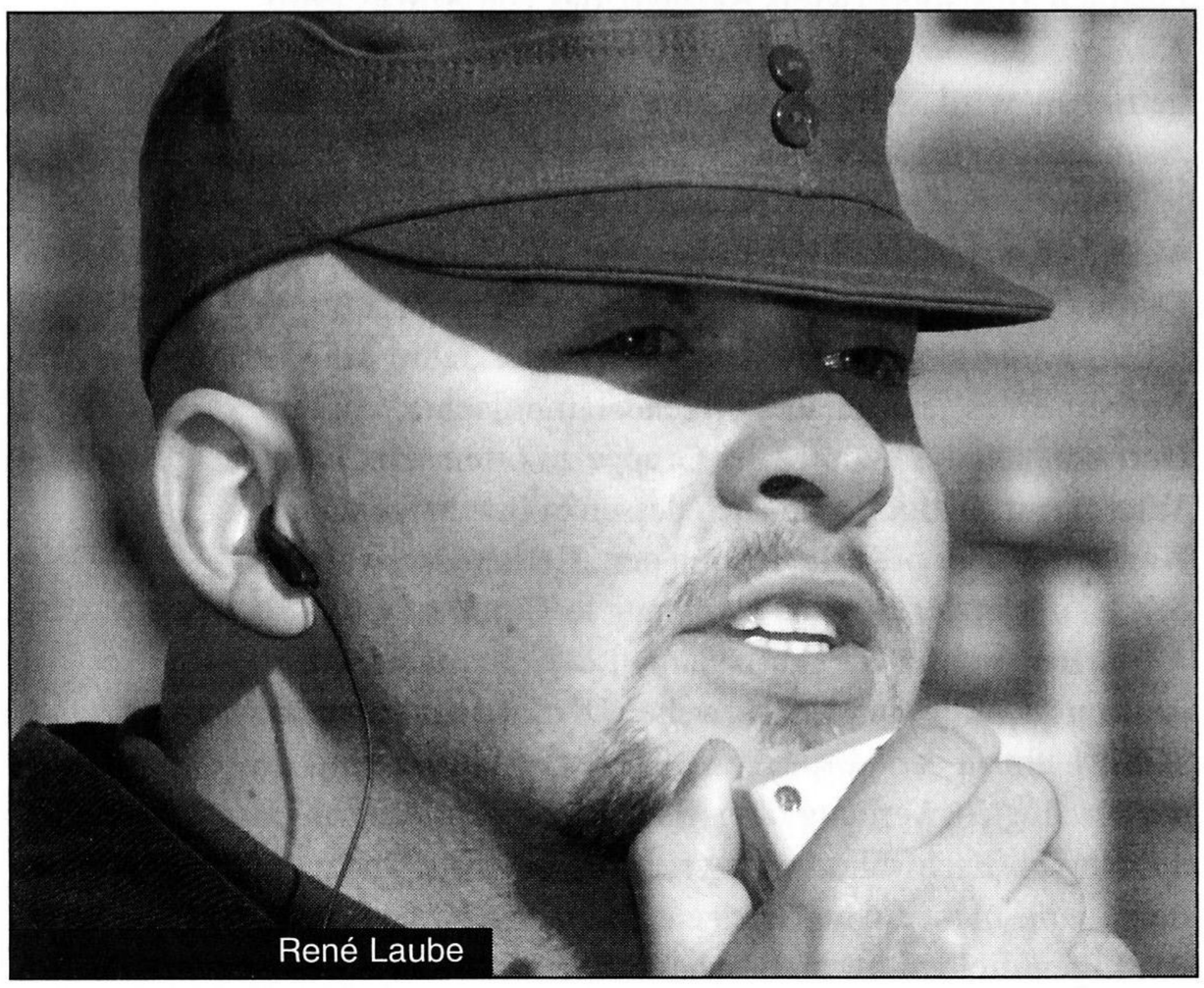
Ein Beispiel für die Aufbauarbeit der „Kameradschaft“ ist **René Laube** aus Langerwehe. Der 21-jährige gehört sicher nicht zu den Vordenkern, ist aber erstaunlich rege in der Nachwuchswerbung tätig. Fast kein Jugendzentrum in der Region Eschweiler-Weisweiler-Langerwehe-Inden, in dem Laube nicht ein und aus geht und kleine Cliquen rechter Jugendlicher um sich schart. Vor allem aus diesen

Aktivitäten ergibt sich das recht große Mobilisierungspotential der „Kameradschaft". Aus dieser Position heraus entwickelt Laube in letzter Zeit so etwas wie Führungsambitionen.

Eine nennenswerte Einbindung der „Aachener-Land-Kameraden" in überregionale Nazi-Strukturen ist bisher noch nicht zu verzeichnen. Allerdings geben sich einige Exponenten wie Marc Königs oder **Dirk** „der Hetzer" **Müllejans** (Stolberg) allergrößte Mühe, das zu ändern. Zu einer Vernetzung in die nahe gelegenen Niederlande hat es immerhin schon gereicht...

Die „Mijnstreekoostskins"

Bei dieser deutsch-niederländischen Skinhead-Struktur, die ihren räumlichen Schwerpunkt in Heerlen und Landgraaf hat, handelt es sich nicht zwingend durchweg um Neonazis. Die Repräsentanten der Gruppe jedoch sind trotz ihres teilweise sehr niedrigen Alters bereits fest in der Nazi-Szene verwurzelt. **Harald** „Harry" bzw. „Suffe" **Paulsen** und **Bianca** „Mausi" **König** (beide Anfang 20, Heerlen), die aus dem nördlich von Aachen gelegenen Kreis Heinsberg stammen, sind vor wenigen Jahren in die Niederlande verzogen. Ein Sinn dieser Maßnahme wird durch einen kurzen Blick auf die von ihnen betriebenen Webseiten deutlich: Hitlergrüße und Hakenkreuze sind in den Niederlanden erheblich schwieriger zu kriminalisieren. Fast die ganze Palette der einschlägigen Nazimusik - vor allem aus dem "Blood&Honour"-Spektrum - ist über Paulsens „White Noise"-Page abrufbar. Tatkräftige Unterstützung erhalten die beiden Deutschen von ihren niederländischen FreundInnen **Patrick** „Benny" **Notermans** und **Gabrielle** „Angel" **Nieuwenhuijs** (ebenfalls Heerlen). Die Aktivitäten dieser Heerlener Gruppe reichen bis hin zur (Mit-)Organisation von "Blood&Honour"-Konzerten. Die beiden Paare bewohnen zwei benachbarte Reihenhäuser in der Heerlener Stadhoudersstraat, von wo aus gelegentlich „Auswärtsfahrten" der örtlichen Nazis starten..



René Laube

Neben den engen Verbindungen zur „Kameradschaft Aachener Land" sind auch weitaus bedenklichere Kontakte der Heerlener Nazis belegt, so zu **Ed Polman** - einem der Hauptaktivisten der niederländischen Neonazi-Szene und dem ehemaligen "Sauerländer Aktionsfront"-Aktivisten **Michael Krick**, der sich heute bei der neonazistischen „Nederlandse Volks Unie" (NVU) betätigt. Auch sonst sind die Heerlener durchweg in die niederländische Nazi-Szene integriert. Das unmittelbare Umfeld der „Mijnstreekoostskins" hingegen besteht im wesentlichen aus mehr oder weniger unpolitischen Gabbers, die allenfalls durch abgedrehte dörfliche Eskapaden auf sich aufmerksam machen. Zudem haben die Köpfe der Gruppe teilweise Beziehungen ins unpolitische OI-Skin-Spektrum der Region.

Politisch oder nicht?

Wie bereits erwähnt, definiert sich die „Kameradschaft" der genannten Gruppen zu einem großen Teil über den Musik-'Geschmack' und das Trinkverhalten. Eigene explizit politische Aktivitäten beschränken sich bislang auf das gelegentliche Verkleben von Aufklebern und einige wenige öffentlichkeitswirksame Auftritte am Rande von Fußballspielen. Dass das nicht so bleiben muß, liegt auf der Hand. Durch die sehr überschaubare niederländische neonazistische Szene unterhalten die genannten „Mijnstreekoostskins" beinahe zwangsläufig vielfältige Kontakte zur NVU. Auch zwischen „Kameradschaft Aachener Land" und örtlicher NPD gibt es personelle Überschneidungen. So nahmen „Kameradschaftler" bei Hürtgenwald (Kreis Düren) an einer Kranzniederlegung des NPD-Kreisverbands Aachen zum Volkstrauertag 2001 teil. Inzwischen haben sie nach eigenen Angaben auch ein paar Pöstchen in diesem Kreisverband erlangt. Andere Quellen sprechen sogar davon, dass der - überregional unbedeutende - Aachener Kreisverband der NPD komplett von der „Kameradschaft" beeinflußt sein soll.

Auch eine Einflußnahme 'von außen' ist zu verzeichnen. Bereits seit Monaten ist der JN/NPD-Funktionär, **Sascha Wagner** aus Rheinland-Pfalz, bemüht, sich seiner Wurzeln - Wagner stammt aus Herzogenrath (Kreis Aachen) - zu besinnen und den Aachener „Nachwuchs" zu politisieren. Mit mäßigem Erfolg lädt er zu Konzerten, Demofahrten und Gesprächskreisen ein, inzwischen produziert er sogar Klamotten für die „Kameradschaft". Ob der Aufdruck „Nationaler Widerstand Aachen" den meist im Umland wohnhaften „Kameraden" zusagt, muß sich noch zeigen. Diese jedenfalls posieren bisher weit lokalpatriotischer, z.B. mit „Skinheads Langerwehe" bestickt.

Die Kontaktaufnahme zur „Kameradschaft" dürfte Sascha Wagner nicht besonders schwer gefallen sein, ist er doch bis heute über den nazistischen Flügel der Aachener Hooligan-Szene in die örtlichen Strukturen eingebunden. Des weiteren war Wagner seinerzeit gemeinsam mit Vater und Söhnen Büttgen um den anfangs bereits erwähnten Dürener Nazitreff bemüht.

Bianca König (Heerlen) zeigt bereits erste Symptome einer neonazistischen Politisierung. Sie diskutiert gele-

gentlich in diversen Gästebüchern mehr schlecht als recht mit „Zecken, die nichts verstanden haben".

Gefährlich oder nicht?

Da Teile der örtlichen Nazi-Bewegung ursprünglich in der Hooligan-Szene beheimatet sind - die meisten Mitglieder zudem reichlich Dorfkirmes-Erfahrung haben dürften -, ist ein gewisses Gewaltpotential ohne jede Frage gegeben. Andererseits ist auch die Attraktivität - vor allem der „Mijnstreekoostskins" - auf Außenstehende nicht zu unterschätzen. Durch den umfangreichen mp3-Service macht man sich in diesen Kreisen neben einigen wenigen Feinden auch viele Freunde. So steht zu befürchten, daß sich die örtliche Nazi-Szene noch einige Zeit ausbauen wird - und auch gelegentlich austoben.

Absehbar ist aber auch bereits jetzt, dass Einzelne irgendwann derart über die Stränge schlagen werden, dass staatliche Repression einsetzen wird. Das dürfte recht flott gehen, da die „Kameradschaft" - und vor allem der eine und andere 'Insider' - alles andere als wasserdicht ist. Fraglich bleibt, wie weit die Organisierung bis dahin fortgeschritten ist - d.h. vor allem, ob zugelassen wird, dass die Nazis sich insbesondere in den Dörfern und Kleinstädten etablieren und sich im 'juristischen Freiraum' Niederlande weiter entfalten können.

Die Frage nach der Gefahr, die längerfristig von der „Kameradschaft Aachener Land" ausgeht, ist auch untrennbar mit dem Namen **Michael Schlee** verbunden. Der langjährige Nazi-Aktivist (FAP u.a.) aus Eschweiler ist zuletzt mit der Durchführung eines „Wehrsportcamps" bei Stolberg aufgefallen. Nun hat er sich - denke Böses, wer will - ein neues Grundstück im Ortsteil Hücheln zugelegt, das im wesentlichen aus Wald besteht. Ob ein gutes Verhältnis zwischen Schlee und der „Kameradschaft" besteht, scheint fraglich. Einigen gilt er wenig respektbeladen als „alter Sack, der seine Frau schlägt". Schlees Sohn **Thomas** jedenfalls ist bereits im Umfeld der „Kameradschaft" gesichtet worden. Unbestätigten Angaben zufolge soll er inzwischen für den Wehrsport verantwortlich sein.

Das politische Umfeld

Ansatzpunkte für eine weitere politische Verankerung der Nazi-Gruppen finden sich zahlreich in der Aachener Region. Neben den bereits erwähnten Wagner und Schlee ist **Reinhard Wolter** aus Würselen zu nennen. Der in die Jahre gekommene ehemalige Aachener FAP-Aktivist treibt sich heute bei der rassistischen „Artgemeinschaft" und hier im „Freundeskreis Rheinland" herum. Eine Zeitlang versuchte Wolter sich vergeblich als 'Querfront-Stratege' im Anbändeln mit 'Linken', was ihm einigen Imageschaden gerade bei den jungen Faschisten eingebracht haben könnte. Unmittelbaren Kontakt zur „Kameradschaft" scheint er jedenfalls nicht zu haben.

In den Niederlanden ist mit **Ger Haan** (NVU) aus Kerkrade/Landgraaf eine Figur zu erwähnen, die bereits seit Jahren eine Achterbahnfahrt durch die Nazi-Szene unternimmt. Seinen 'Aufstieg' als NVU- und JN-Karrierist verspielte Haan zunächst, als er im Dezember 1998 nach einem Streit seine damalige Freundin zu erschießen versuchte. Hierbei handelte es sich um **Melanie Wosniak**, zum Zeitpunkt der Schießerei JN-Stützpunktleiterin Köln und Bewohnerin des damaligen JN-Zentrums in Eschweiler-Dürwiß. Nach seiner Entlassung ist Ger Haan wieder für die NVU aktiv. Der NRW-Verfassungsschutzbericht berichtet von Kontakten zwischen ihm und der NSDAP/AO..

Eine weitere relevante Nazi-Struktur im Aachener Umland stellt **Maria-Luise Malcoci**'s „Thule Multimedia Verlag" in Wassenberg (Kreis Heinsberg) dar. Auch Sohn **Peter-Timm** hat inzwischen 'erfolgreich' das Neonazi-Alter erreicht hat und sich offenbar auch in der Szene bewegt. Kontakte zur „Kameradschaft Aachener Land" sind aber nicht feststellbar. Feste Größen wie die Aachener Burschenschaft „Libertas Brünn" scheinen heute weitgehend bedeutungslos. Auch die in einigen Städten des Kreises Aachen relativ fest verankerten „bürgerlichen" Nazi-Parteien DVU und REP dürften eine eher untergeordnete Rolle für die beschriebenen regionalen Neonazi-Strukturen spielen.

Eine unklare Rolle kommt dem Stolberger Anwesen der Familie Nahrath (ehemals „Wiking-Jugend") zu. Zwar dürfte die Senilität des Clan-Chefs **Wolfgang Nahrath** inzwischen weit fortgeschritten sein, für wöchentliche „Stammtische" mit wechselnder Beteiligung reicht es aber offensichtlich noch. Die „Kameradschaft Aachener Land" könnte diesem „Stammtisch"-Kreis entsprungen sein, zumindest weist die führende Rolle der Büttgen-Familie in diese Richtung.

Und Christian Malcoci?

Was hat nun „der oberste Indianer", der Kader der "Freien Kameradschaften" Christian Malcoci aus Korschenbroich (*siehe LOTTA Nr. 5, Seite 11*), mit alle dem zu tun? Im Alltag sicher nicht viel, da er in den genannten Neonazi-Kreisen der Aachener Region kaum auf den von ihm so geschätzten 'feingeistigen' Heidenkult stoßen wird und weniger der Typ für handfeste Saufgelage ist. Klar ist aber, dass Malcoci - sollte er sein strategisches Ziel, einen festen Fuß in die Grenzregion zu bekommen, verwirklichen wollen - auf örtliche Strukturen angewiesen ist. Er wird kaum erwähnenswerte Aufmerksamkeit erlangen, wenn er nicht auch den „Kampf um die Straße" forciert. Für diese aussichtslos erscheinende Drecksarbeit bietet sich vor allem die „Kameradschaft Aachener Land" - in deren Reihen wirklich einige ausgesprochen bescheuerte Exemplare zu bestaunen sind - an. Die „Mijnstreekoostskins" hingegen scheinen sich nicht so einfach verheizen zu lassen.

[1] Bei den niederländischen Kommunalwahlen am 6. März 2002 erhielt Christian Malcoci in Kerkrade 0,84% (= 183 Stimmen)

Von der antifajugend.dorsten

Dorsten

„weltoffen und tolerant"?

Dorsten – die kleine Stadt am nördlichen Rand des Ruhrgebiets präsentiert sich gerne als „weltoffen und tolerant". Die örtliche Antifajugend sieht sich jedoch mit dem Gegenteil konfrontiert. Fast täglich kommt es in Dorsten zu Angriffen auf linke Jugendliche und Menschen nichtdeutscher Herkunft. Bei gutem Wetter treffen sich bis zu 40 Neonazis aus Dorsten und den umliegenden Städten wie Gelsenkirchen, Marl und Gladbeck am Dorstener Busbahnhof oder auf dem Gelände der gegenüberliegenden Esso-Tankstelle und bedrohen oder verprügeln Menschen, die ihrem faschistischen Weltbild nicht entsprechen.

Eine antifaschistische Info-Veranstaltung im Februar dieses Jahres wurde zum Ziel von über 30 mit Schlagwerkzeugen, Messern und einem Scanner zum Abhören des Polizeifunkes ausgerüsteten Neonazis. Die Polizei stellte die Nazis im Nachhinein als eine „eher zufällig daherkommende Gruppe, die nur eine Pommes in der benachbarten Frittenbude essen wollte" dar, um ihre Behauptung, die Dorstener Naziszene sei in keinster Weise organisiert zu stützen. Neben der Verniedlichung der Naziszene hat die Polizei aber noch andere Dinge, wie zum Beispiel die Einschüchterung antifaschistischer Jugendlicher durch Hausbesuche und gezielte Observation zu tun. Zu den bekannten Nazitreffpunkten gesellt sich jetzt auch noch eine Kneipe. Nach einigen Hinweisen aus der Bevölkerung bestätigte ein Überfall von knapp 20 Neonazis, die sich in und um die Kneipe „Post-Eck" versammelt hatten, dass es sich hierbei um einen Nazitreffpunkt handelt. Die Opfer des Angriffs konnten sich nur durch entschlossene Selbstverteidigung retten. Die Polizei bestätigte, dass es sich bei der Kneipe um einen Treffpunkt der Angreifer handelt, die antifajugend.dorsten kündigte Proteste an. Um der rechten Normalität in Dorsten etwas entgegenzusetzen veranstaltet die örtliche Antifajugend am 11. Mai eine Demonstration in Dorsten. Unter dem Motto „talking is over – action is on" soll mit der Demo ein deutliches Zeichen gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus jeglicher Form und für eine unabhängige, antifaschistische Jugendkultur gesetzt werden. Nähere Informationen unter www.no-nazis.de.

Von Hannes Loh

Schwarze Musik

In T-Shirt, Timbs und Baggypants

„Neonazis und Skinheads haben im vergangenen Jahr bundesweit Anhänger hinzugewonnen", teilt der niedersächsische Verfassungsschutz in seinem aktuellen Bericht mit. Vor allem die „ernorme Ausweitung der rechtsextremen Musikszene" macht dem Landesinnenminister Heiner Bartling Sorgen. Um diesem Trend entgegenzutreten, soll die Altersgrenze für die Überwachung Jugendlicher von 16 auf 14 Jahre gesenkt werden. Diese vordergründig konsequent erscheinende Maßnahme wirft jedoch einige Fragen auf. Denn der Verfassungsschutzbericht operiert mit Kategorien, die in mancher Hinsicht obsolet geworden sind. Die Mitgliedschaft in einer neonazistischen Organisation, das äußere Erscheinungsbild oder die Affinität zu rechter Skinhead-Musik reichen längst nicht mehr aus, um einen „rechtsradikalen Jugendlichen" zu beschreiben. Das Vertrauen auf die herkömmlichen Dechiffrierungscodes täuscht eine Situation der Übersichtlichkeit vor, die spätestens seit Beginn der neunziger Jahre so nicht mehr existiert. Aber das Bild hat sich in die Köpfe der Menschen gefressen: Der kahl geschorene, bleiche Skinhead, den Mund hassverzerrt aufgerissen, Mörderblick, Bomberjacke, Springerstiefel. Regelmäßig sieht man es durch die Medien geistern, wenn mal wieder über einen NPD-Aufmarsch berichtet wird. Trotz ihrer bedrohlichen Qualität vermittelt der Subtext solcher Bilder eine beruhigende Nachricht: Diese neandertalesken Horden sind keine ernst zu nehmende Bedrohung. Auch in den Köpfen vieler Linker ist diese Einschätzung präsent. Gerade das Vertrauen auf ein Funktionieren sub- und popkultureller Codes führt zu einer trügerischen Sicherheit. Besonders markant wird diese Fehleinschätzung, da sich seit Ende letzten Jahres die Anzeichen für eine rechtsradikale Unterwanderung der HipHop-Szene häufen.

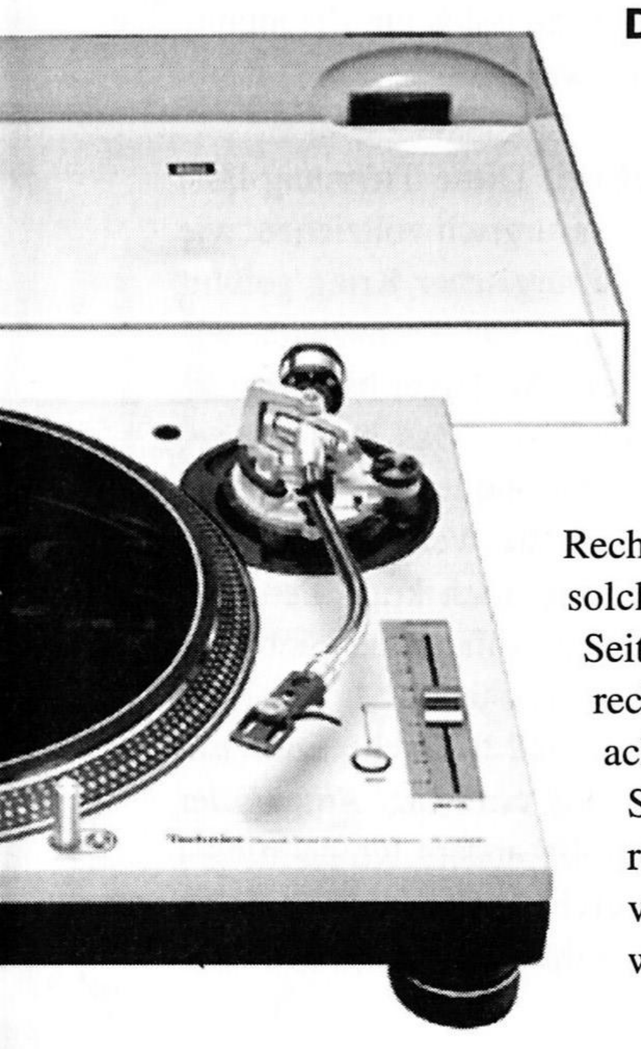
Nationaler HipHop?

Das Neonazi-Magazin „Rocknord" platzierte im November 2001 auf seiner Internetseite einen Artikel mit der Überschrift „HipHop wird schneller weiß als man denkt". Dort waren einige rassistische Punchlines und Nazimetaphern von Rappern wie „Ronald Mac Donald" von „M.O.R." aus Berlin oder „MC Denana" aus Hannover zusammengetragen worden. Offenbar haben die Neonazis Geschmack an den Bildern gefunden, die sich die Battle MCs hatten einfallen lassen - angeblich um Tabus zu brechen oder ihre Härte und

und rechte Hörer

fürs Vaterland

Unerbittlichkeit im verbalen Kampf zu demonstrieren. Der „Rocknord"-Artikel wurde bald von anderen Neonazi-Seiten im Internet übernommen. Auf www.propatria.org entwickelte sich die umfangreichste Debatte zu dem Thema „Nationalistischer HipHop". Über knapp drei Monate hinweg diskutierten Neonazis dort Strategien einer Unterwanderung der HipHop-Szene und die Möglichkeit, eine nationale Anti-Adriano-Gruppe auf die Beine zu stellen. „Lieber einen vernünftigen nationalen HipHopper als einen Pitpull-Germany-Schlager-Skin", bringt ein „Kamerad" seine Meinung auf den Punkt. Überhaupt beweisen die Postings, dass sich die meisten Neonazis am allgemeinen kulturellen Schick orientieren und keinerlei Berührungsängste mit Genres haben, die lange Zeit als exklusive Versatzstücke linker Identität galten. „Heil euch! Ich war letzten Monat auf einem Konzert, und da war eine Newcomer-Band, die hatten einen Klamottenstil wie HipHopper!", schreibt ein Besucher des „propatria"-Forums. „Ich habe auch erst gedacht, was sind das denn für welche? Aber Respekt, die Musik war geil." Auch auf der theoretischen Ebene ist man auf „propatria" nicht um Antworten verlegen: „Also ich meine, HipHop ist nicht wesentlich weniger undeutsch als Rock. Selbst wenn der hundertmal von Störkraft etc. ist. Klassik und germanische Folklore ist doch die einzige Musik, die wirklich so etwas wie deutsch, germanisch oder arisch sein kann. Die gesamte Rock-, Pop-, und was-weiß-ich-Musik basiert doch auf schwarzem Rhythm & Blues. Und selbst Weiterentwicklungen wie Heavy-Metal oder Oi-Rock haben im Endeffekt schwarze Wurzeln, sind also nur dadurch rechts-kompatibel geworden, weil man sie okkupiert hat."



Die letzte Bastion

Für Christian Dornbusch, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf und Mitherausgeber des im Sommer 2002 erscheinenden Buches RechtsRock (Unrast Verlag), sind solche Statements nichts Neues. Seit 1990 beschäftigt er sich mit rechter Musik und konnte beobachten, wie die RechtsRock-Szene einerseits wuchs andererseits aber ihr Profil deutlich veränderte: „Die Musik wurde weiter gehört und die Szene ist auch weiter gewachsen. Verschwunden war das markante Bild des Nazi-Skinheads von der öffentlichen Bühne und wurde ersetzt von Menschen, die ganz normal aussehen und trotzdem extrem rassistische bis neonazistische Musik hören." Über die aktuelle Entwicklung im Deutschrap ist Christian Dornbusch deshalb nicht erstaunt. Auf einer ästhetischen Ebene hat die rechte Szene eine Annäherung an die HipHop-Mode ohnehin schon vollzogen. „Was ich schon erlebt habe ist, dass da ein Jugendlicher sitzt, der aussieht, als hätte er sich gerade in einem HipHop-Szeneladen eingekleidet und auf seinem Rucksack prangt ein Aufnäher der neonazistischen Band ‚Landser'", erzählt Dornbusch in diesem Zusammenhang. Er weiß, dass die Vordenker der „Neuen Rechten" die Bedeutung sub- und popkultureller Strömungen für ideologische Arbeit längst erkannt haben: „Es ist deutlich zu beobachten, wie extrem rechte Ideologie-Fragmente Stück für Stück in all den anderen Musik-Stilen und Szenen auftauchen. Und diese Geschichte ist noch nicht zu Ende. Das nächste, womit wir sicherlich rechnen können, ist rechter HipHop".

In der HipHop-Szene selbst sträubt man sich vor einer ernsthaften Auseinandersetzung mit solchen Tendenzen. HipHop sei eine „schwarze" Kultur, die HipHop-Lebenseinstellung, die Ästhetik der Klamotten usw. sei nicht kompatibel mit dem Geschmack rechtsradikaler Jugendlicher – so oder ähnlich lauten die Argumente der HipHop-Fans, die auf den Internetforen der einschlägigen Rap-Seiten auch über dieses Thema diskutieren. Wieder schimmert hinter solchen Argumenten das antiquierte Bild vom Baseballschläger schwingenden Nazi-Hooligan hervor. Aber die Grenzen sind längst verschwommen. HipHop ist im Gegensatz zu Rock, Reggae/Ska, Techno, Metal und Dark Wave die letzte Bastion, in der die ‚Neue Rechte' noch nicht Fuß gefasst hat. Die aktuelle Entwicklung im deutschen Battlerap verweist darauf, wie wenig die Szene einer solchen zu erwartenden Unterwanderung entgegenzusetzen hat. Die inhaltliche Beliebigkeit und der Verlust eindeutiger politischer Standpunkte öffnen die deutsche HipHop-Szene mehr und mehr dem Klientel der Neuen Rechten. Die Naivität und unreflektierte Arglosigkeit der meisten HipHops trägt zu einer Beschleunigung dieser Entwicklung bei.

Literatur

Murat Güngör/Hannes Loh
Fear of a Kanakplanet
– HipHop zwischen Weltkultur und Nazirap
August 2002, Hannibal Verlag, ISBN 3-85445-210-1

Arbeitsstelle Neonazismus an der FH Duesseldorf, Argumente und Kultur gegen Rechts e.V. (Hg.)
RechtsRock
Bestandsaufnahme und Gegenstrategie
reihe antifaschistischer texte
Sommer 2002, Unrast Verlag, ISBN 3-89771-808-1

Die Hunde bellen...

Bettina Berg sprach für die LOTTA mit Wolf Wetzel von der Autonomen L.U.P.U.S-Gruppe über die Revolutionären Zellen und die Notwendigkeit radikaler Negation der Verhältnisse.

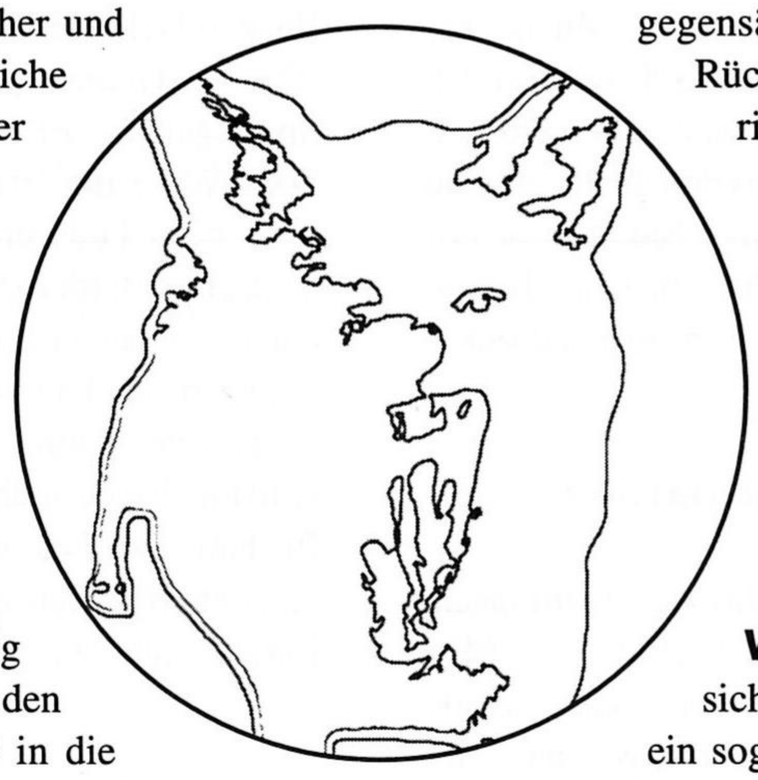
LOTTA: Du gehörst ja schon zur sogenannten alten Fraktion der radikalen Linken. Frühere Mitstreiter aus früheren Frankfurter Zeiten haben ja mittlerweile andere Funktionen...

Wolf Wetzel: ...Außenminister zum Beispiel!

LOTTA: Ist die LUPUS-Gruppe also ein Unikum aus alten Frankfurter Zeiten?

Wolf Wetzel: Na, der Außenminister-Posten kann ja nicht doppelt besetzt werden. Die Phase, in das „volle Boot" einsteigen zu wollen, ist wohl weitgehend passè. Der kapitalintensive Frankfurter Boden hatte für die frühere radikale Linke eine scheinbar stark integrierende Wirkung. Ich hätte arge Mühe, Dir noch eine Hand voll jetzt noch aktive frühere Kämpfer/innen aus den Achtzigern zu nennen.

LOTTA: Der laufende RZ-Prozess scheint ja eine Art Abrechnung mit der Geschichte der militanten Linken zu sein und Leute wie Fischer und Cohn-Bendit nutzen dies für persönliche Inszenierungen. Ein Anlaß für Euer neues Buch?



Wolf Wetzel: Im Buch gibt's eine passende Passage dazu: Da wird exemplarisch aufgezeigt, wie frühere Protagonisten ihre eigene Rolle von damals verteidigen mit dem heroischen Bekenntnis, dass Steine nun in der vollendeten Zivilisation nicht mehr nötig seien. Rudi Dutschke hatte schon in den Sechzigern nach Eintritt der BRD in die NATO und in Bezug auf den Vietnam-Krieg erklärt, wenn die BRD weiter den Weg in den Krieg forciere, wäre es an der Zeit, die Waffe in die Hand zu nehmen. Die Frage wäre, gegen wen Dutschke heute die Waffe erheben würde, wenn er noch lebte.

LOTTA: Die Geschichte der RZ ist ja schon durch die voluminösen Bände der Edition ID-Archiv dokumentiert. Warum nun noch ein neues Buch?

Wolf Wetzel: Diese Dokumentation ist wichtig und könnte auch bei aktuellen antideutschen Debatten helfen, wenn die Fähigkeit zur (selbst-)kritischen Reflexion noch besteht. Allerdings wurde im Bezug auf die aktuellen Verfahren seitens der autonomen Bewegung eine Unterstützungskampagne geführt, die auch entpolitisierende Züge aufgewiesen hat. Zu der staatlichen Abwicklung militanter Geschichte über den RZ-Prozess haben wir als Autonome eine historische Verantwortung – gerade in Zeiten, in denen militante Politik als abgehakt erscheint. Was eine RZ-Gruppe programmatisch als Ende ihrer Politik erklärt hatte, findet ja ganz unspektakulär bei der autonomen Bewegung statt. Daher ist zu fragen: Was geht nicht mehr an autonomer Politik und was muß anders werden?

LOTTA: In der radikalen Linken der Neunziger sowie aktuell stehen ja eher Rassismus, Nationalismus und Antifaschismus auf der Tagesordnung. Während heute also eher Abwehrkämpfe geführt werden, steht die RZ für die heutige radikale Linke für zwei quasi gegensätzliche Ansätze: Als eine im Rückblick „böse" RZ mit ihrem antiimperialistisch verklausuliertem nationalen Befreiungskonzept und ihren antizionistisch verbrämten antisemitischen Ausformungen und als Vorzeige-Militante, die das Ausländerzentralregister abfackelten und sozialrevolutionäre Aktionen vollzogen – kann solch eine Trennung vollzogen werden?

Wolf Wetzel: Diese Trennung lässt sich genau so chirurgisch vollziehen, wie ein sogenannter chirurgischer Krieg geführt werden kann. Daran ist so viel Propaganda wie wahr. Auch die Autonomen der Achtziger haben anderes gemacht als die der Neunziger. Das hat weniger damit zu tun, dass sich die Autonomen grundlegend geändert haben, als vielmehr die Verhältnisse. Die Papiere der RZ beschreiben ziemlich krass den Tatbestand, dass die RZ-Gründung Anfang der Siebziger im internationalistischen Kontext stand, der bis 1976 reichte und das spektakulärste und tragische Ende mit der Entebbe-Flugzeugentführung erreichte. Anfang der achtziger Jahre wurde eine völlig andere RZ gegründet – sowohl biographisch durch Leute aus sozialen Kämpfen hier, als auch inhaltlich aufgrund des

Scheiterns eines spezifischen Konzeptes von Internationalismus. Die eigentliche Aufarbeitung kam allerdings erst im RZ-Auflösungspapier Anfang der Neunziger: Die Verurteilung einer Politik, die sich nicht an den eigenen Bedingungen hier orientiert, sondern sich lediglich als strategisches Konzept in einem internationalen Kontext begreift.

LOTTA: In dem Papier wurde auch konkret zu dem antizionistisch verklausulierten Antisemitismus der frühen RZ Stellung bezogen.

Wolf Wetzel: Viele vergessen heute im Kontext der Aufarbeitung der antisemitischen Fallstricke im linken Antizionismus, dass die Linke früher anfangs sehr positive Bezugnahmen auf gesellschaftliche Entwicklungen in Israel aufgewiesen hat. Auch eine rechtsreligiöse und rechtsnationalistische Entwicklung in Israel war nicht selbstverständlich gewesen. Als die Linke nach dem Sechs-Tage-Krieg bemerkte, das ihr ursprünglicher Platz an der Seite Israels als Sinnbild der Opfer des Holocaust plötzlich philosemitisch von der Springerpresse besetzt wurde und Israel vom US-Imperialismus unterstützt wurde, vollzog sich ein moralisch hergeleiteter Frontwechsel auf Seite der „Opfer der Opfer". In einer solchen Identifikationspolitik in einem dualistischen Gut- und Böse-Schema liegt ein zentraler Irrtum linksradikalen Denkens. Instrumentalisierungen palästinensischen Leides durch beispielsweise reaktionäre arabische Staaten oder antisemitische Tendenzen innerhalb des palästinensischen Widerstandes wurden daher ausgeklammert, weil das Bild vom Opfer stimmen musste. Der Blick auf die inneren Strukturen im Hinblick auf Emanzipation seitens der PFLP wurde abgedunkelt und deren proklamatorischer Antiimperialismus verklärt. RZ, 2. Juni und andere Militante aus der BRD haben sich (auch) aufgrund fehlender sozialer und politischer Strukturen hier mit der PFLP verbunden. Dazu zählte auch eine bewaffnete Gruppe für Auslandsoperationen, die in der Presse als „Carlos-Gruppe" bekannt wurde und sich ebenso wie die PFLP aus Mitteln des syrischen Geheimdienstes speiste. Dieses hatte zur Folge, dass die sogenannte Carlos-Gruppe im Prinzip Auftragsarbeiten von diversen Geheimdiensten verrichtete.

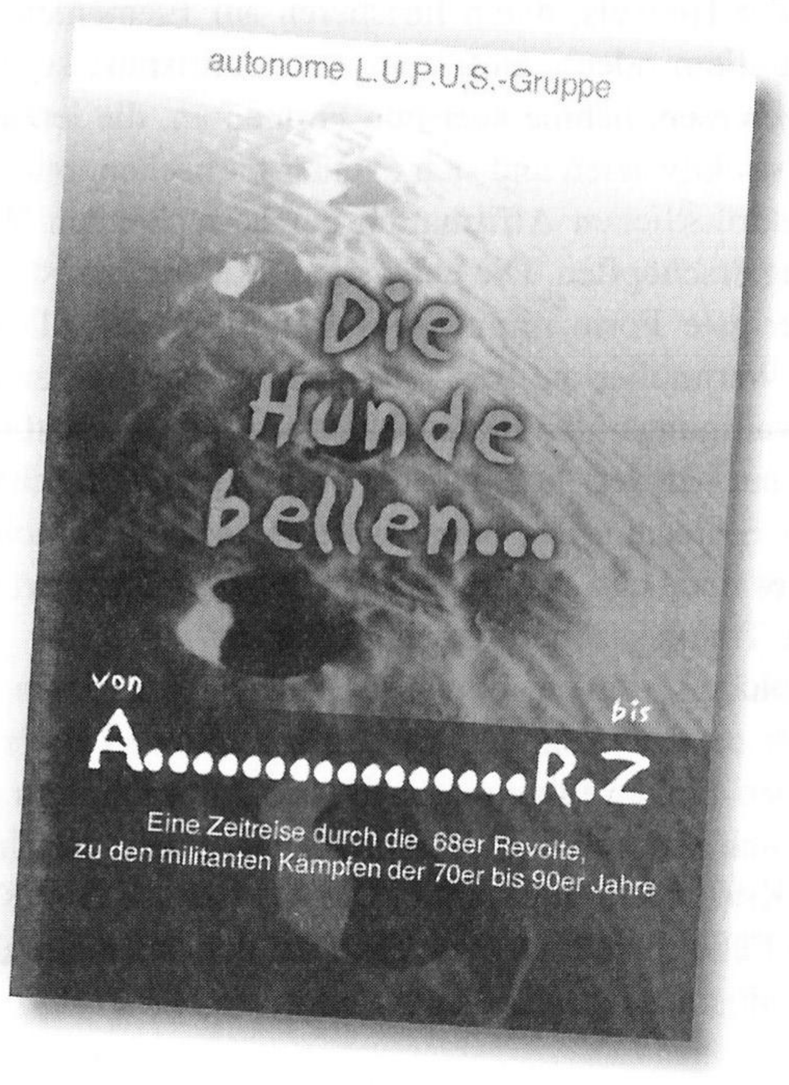
LOTTA: Linke wie Ingrid Strobl haben auch darauf hingewiesen, dass nicht nur deutsche Linke, sondern auch Neonazis in den „Genuss" solcher Dienste kamen.

Wolf Wetzel: Imperialismus besagt mehr als Feindschaft gegenüber dem US-Imperialismus. Neonazis sind in palästinensischen Lagern ausgebildet worden, weil der US-Imperialismus und Israel als gemeinsame Feinde galten. Ein solcher Antiimperialismus-Begriff beinhaltet strukturell ein antisemitisches Weltbild. Der Antiimperialismus muss an einer eigenen Vorstellung von Gesellschaftlichkeit gemessen werden.

LOTTA: Im Kontext des 11. Septembers gehen linke Kritiker/innen des klassischen Antiimperialismus so weit, den Krieg der USA in Afghanistan als notwendigen Schutz Israels zu verklären.

Wolf Wetzel: Was heute viele Antideutsche an der radikalen Linken kritisieren, ist nicht deren Erkenntnis. Alte Papiere der RZ haben die Gefahren im Antiamerikanismus und Befreiungsnationalismus schon treffend gekennzeichnet, bevor die Antideutschen überhaupt das Licht der Welt erblickt haben. So notwendig es ist, verkürzte Kapitalismuskritik, verklärten Antiamerikanismus und antisemitische Stereotype radikal zu kritisieren, so notwendig bleibt eine Ablehnung gegenüber imperialistischer Politik.
Auf Verlautbarungspamphlete von George W. Bush und dem deutschen Außenministerium aus antideutscher Feder kann ich verzichten.

Die LOTTA empfiehlt



Autonome L.U.P.U.S-Gruppe
Die Hunde bellen...
Von A bis R.Z. Eine Zeitreise durch die 68er Revolution und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre

Unrast-Verlag, Münster 2001
190 S., 13 Euro

Von Jassir Szuldnfraj

Das (S)elend der Theorie

Über den strukturellen Antisemitismus der Antideutschen

Es ist nicht selten, dass diejenigen, die sich als besonders eifrige Gegner irgendeines Umstands, eines Systems, einer Denkweise begreifen und auf ihrem verbissenen Kreuzzug gegen das eigentlich Böse in dogmatische Arroganz verfallen, immer deutlichere Anzeichen dafür liefern, dass sie mit dem vorgeblichen Gegner identisch werden. Das gilt natürlich auch für die antideutsche Sekte. Solche Gestalten hat es in der Linken immer gegeben, und das wird, solange die (Profil-)Neurotiker nicht aussterben, auch weiterhin so bleiben. Kreise zorniger junger Männer, die halbverstandene Theoriefragmente mit verquaster Diktion verknüpfen, gab es schon immer und sind sozusagen die ans bürgerliche Glücksversprechen gekoppelte Variante des spätpubertären Hahnenkampfes.

Dass die antideutschen Thesen weder etwas mit Kritik der herrschenden Verhältnisse noch überhaupt mit humanistischem oder kritischen Denken zu tun haben, ist bereits mehrfach thematisiert und recht überzeugend dargelegt worden. Häufig findet sich in der Kritik der antideutschen Sekte der Hinweis, deren Insistieren auf Elementen von strukturellem oder manifestem Antisemitismus sei hilfreich gewesen, nehme aber nun Formen an, die letztendlich destruktiv seien und sich in einer faktischen, mitunter gar ausdrücklichen Affirmation der herrschenden Weltordnung erschöpften. Die bei weitem ekelerregendste und schmierigste Form nimmt dies sicherlich bei AD-Star Justus Wertmüller an, der – nachdem er vor einiger Zeit Vergewaltigungs- und Machtphantasien für ganz natürlich erklärt hat – in der "konkret" der Meinung zu sein scheint, für die Einlösung des bürgerlichen Glücksversprechens reiche es doch aus, Miniröcke über Teheran abzuwerfen – feuchte Träume sabbernder alter Männer?

Unabhängig davon, ob falsche Rücksichtnahmen tatsächlich zur Rückkehr der Antideutschen in den Kreis der kritischen Linken führen können (was zu bezweifeln und vermutlich nicht einmal zu wünschen ist), geht die Kritik an der Kritik nicht weit genug: Die AD müssen vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Eine Kritik des strukturellen Antisemitismus der AD ist überfällig.

Kern der AD-Ideologie ist das rückhaltlose und kritikfreie Bekenntnis zu Israel. Das Problem ist dabei nicht nur, dass einige verunsicherte Intellektuelle (und wer es gerne wäre) sich eine real existierende Orientierung haben suchen müssen, die an Sinngebung mit der untergegangenen Sowjetunion vergleichbar wäre, sondern welche Gestalt diese Orientierung annimmt. Diese Haltung – die ihre Anfänge mit dem Golfkrieg von 1991 und dem Diktum einer Fraktion innerhalb der Linken nahm, alles und jedes, der, die oder das sich gegen Israel richte, müsse bekämpft werden – war nachvollziehbar, solange sie sich gegen hegemoniale Tendenzen des Neuen Deutschen Reiches richtete, das sich zu jener Zeit mitunter Optionen auf Zusammenarbeit mit Gegnerstaaten Israels offen hielt. Sie war legitim, solange sie entweder deutsche imperialistische Ambitionen denunzierte oder aber linken Antisemitismus thematisierte. Leider blieb es dabei nicht: Israel wurde der AD-Fraktion recht rasch zum Guten schlechthin. Zum Vorreiter von Zivilisation, Humanität und Sozialismus, von Antirassismus und gutem Willen. Und da die dummen Palästinenser und sonstigen Ölaugen das nicht einsehen mögen, muss man's ihnen eben mit Gewalt beibringen.

Fast möchte man meinen, die AD hätten deutsche Schuld so weit verinnerlicht, dass sie – und da erweisen sie sich als echte Deutsche – durchs entgegengesetzte Extrem nun alles wieder gut machen möchten. Dieser antideutsch-deutsche Extremismus schießt natürlich übers Ziel weit hinaus – oder besser: Er ist kaum in der Lage, die Richtung einigermaßen einzuhalten. Der Anti-Antisemitismus ist längst zum Philosemitismus verkommen. Und den zeichnet nun einmal aus, dass er – ebenso wie sein ungleich populäreres Gegenstück – "den Juden" lediglich als Projektionsfläche für eigene Unzulänglichkeiten benötigt und ein Bild von Judentum imaginiert, das mit historischen, gesellschaftlichen, kulturellen oder sozialen Realitäten nicht viel gemein hat. Oder zum Mitschreiben: Die Ideologie der Antideutschen ist – nach ihren eigenen Kategorien – strukturell antisemitisch.

1. Israel und die Juden

Das grundlegende Problem der AD besteht darin, dass sie nicht in der Lage sind, ihren prinzipiell lobenswerten antideutschen Eifer zu einem konsequenten Antinationalismus oder gar zu einer – früher einmal nicht unüblichen – grundsätzlichen Kritik des modernen, nationalen Staates oder des Staates überhaupt zu entwickeln. Das liegt in erster Linie an axiomatischen Festlegungen, die ein konsequentes Bis-zu-Ende-denken nicht mehr gestatten. Kern sind die pro-israelischen Glaubenssätze: Dadurch, dass das Existenzrecht Israels nicht nur im Rahmen eines präsumptiven Existenzrechts aller Nationalstaaten, sondern bis in alle Ewigkeit festgeschrieben wird, kommen die AD dazu, legitimen von illegitimem Nationalismus zu unterscheiden. Der zionistische Nationalismus – der nie etwas anderes gewesen ist als eine teilweise um sozialistische Elemente angereicherte nationalistische Erweckungs- und Staatsgründungsbewegung – ist gut, im Prinzip alle anderen Nationalismen, vor allem aber die, die sich gegen Israel richten, schlecht. Dieser Spagat zwischen Ethnos, Religion, Nation und Staat gelingt nur auf der Grundlage von vereinfachenden Gleichsetzungen: Juden sind gut.

Israel ist jüdisch. Zionismus ist Israel. Also ist Zionismus gut. Nun ist natürlich richtig, dass der Zionismus immer etwas anderes gewesen ist, als dumpf-deutscher Biertischnationalstolz. Das gilt aber auch für französischen Nationalismus, der sich beizeiten (etwa 1936, seit den Achtzigern immer wieder mal gegen Algerier) zu größeren oder kleineren Pogromen hat hinreißen lassen. Und es sei den AD's mitgeteilt, dass sich der Zionismus – der ja nicht einfach eine Gegenbewegung, sondern auch die jüdische Entsprechung des antisemitischen Nationalismus gewesen ist – mitunter in seiner Verschränkung von Sozialismus und religiösem Nationalismus zu Höhen aufgeschwungen hat, die auch von den Nationalbolschewisten erreicht werden konnten. Und es gibt grundsätzlich – abgesehen von der Annahme einer unveränderlich guten Charakterdisposition des Juden an sich – keinen Grund, davon auszugehen, dass bei jüdischem Nationalismus – wenn dieser in staatlicher Form, also als konstituierter Nationalstaat mit eindeutig definierter Titularnation auftritt – der Gewaltcharakter des modernen Staates aufgehoben sei, bloß weil dieser Staat sich mit dem Attribut "jüdisch" belegen lässt und Juden ja immer Opfer sind.

Das eigentlich Tragische an dieser ganzen Geschichte ist dies: Der Zionismus war eine Reaktion auf die Nationalisierung der Massen in West- und Mitteleuropa, die sich vor allem in Abgrenzung zu den Juden vollzog. Jüdische, national orientierte Intellektuelle versuchten, aus der religiösen, ähnlich wie die muslimische konstituierten, jüdischen Gemeinschaft eine nationale zu machen und kamen auf den Zionismus. Gedacht war dies als innere und äußere Rangerhöhung des Judentums, das dann auf gleicher Ebene mit anderen Nationen würde kommunizieren können. Die Schaffung eines jüdischen Nationalstaates sollte dem europäischen Antisemitismus (einen muslimischen gab es zu der Zeit nicht), den Boden entziehen. Sie fördert diesen jedoch in dem Maße, in dem – und dies war eine weltweit wirksame Tendenz zu jener Zeit, als die PLO entstand – die Nationsbildung bei den ursprünglichen BewohnerInnen des Heiligen Landes dreier Weltreligionen einsetzte. Es ist damit eine Folge genau der Nationalstaatsbildung, die der jüdisch-europäischen Elite jener Zeit als einzige Rettung erschien, dass der jüdische Staat Israel nicht zur Ruhe kommt. Der Konflikt im Nahen Osten beweist vor allem anderen die inneren Widersprüche der nationalstaatlichen Ordnung. Die AD haben dies – sofern sie es jemals begriffen haben – leider vergessen.

Darüber hinaus ist problematisch, dass "Israel" und "Judentum" gleichgesetzt werden (und darüber hinaus auch jegliche Gegnerschaft gegen Israel als Staat oder gegen die israelische Siedlungspolitik mit der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden). Schlimmer noch aber ist, dass der außerordentlich komplexe Charakter des israelischen Staates und der israelischen Gesellschaft schlicht negiert wird. Nicht nur werden die muslimisch-palästinensischen Israelis unterschlagen, es wird auch eine Identität von (imaginärem) Judentum und Israel als Nationalstaat unterstellt, die ansonsten zu Recht als antisemitische Entgleisung gebrandmarkt wird. Als vor Jahren ein CDU-Hansel Ignatz Bubis fragte, ob er Israel als seine Heimat ansehe, war der, und mit ihm die "kritische Öffentlichkeit" zu Recht empört.

In dieser Gleichsetzung feiert das reaktionär-völkische Volksgruppenprinzip fröhliche Urstände. Wenn Israel sich – nur teilweise zurecht – als Heimstatt aller Juden begreift, ist das kritisierbar, aber aufgrund der spezifischen Entstehungsbedingungen und -gründe dieses Staates verständlich. Wenn die AD dies implizit übernehmen, erwei-

sen sie sich als gelehrige Schüler problematischer Lehrer vom "Verband für das Deutschtum im Ausland" über Hitler bis zum Bundesverband der Vertriebenen: Sie identifizieren das Judentum mit einer Ethnie und Nation, die ein ererbtes Recht auf den Mutterboden hat, auf dem sie gewachsen ist (was natürlich ahistorisch ist, denn das moderne Judentum ist eine Mischung aus zahlreichen Einflüssen derjenigen Kulturen, in und mit denen Juden über Jahrhunderte gelebt haben). Freilich wird dies so ausdrücklich nicht gesagt: Man zieht sich da lieber auf die eschatologische Funktion Israels und der Juden in der antideutschen Heilsbotschaft zurück.

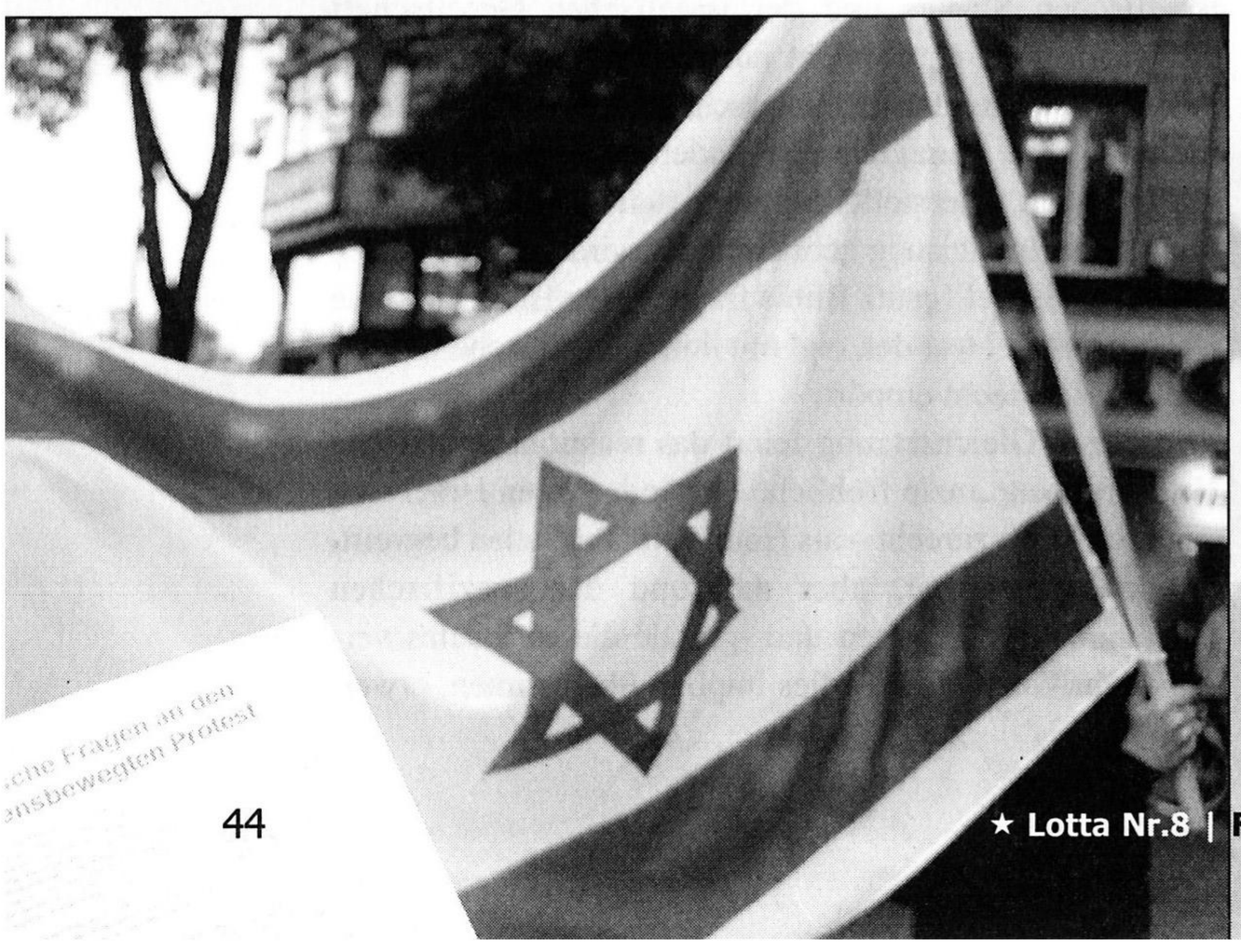
2. Israelis und Palästinenser: Die Hierarchisierung der Rassen

In der Auffassung, Israels Rolle im Nahen Osten sei uneingeschränkt emanzipatorisch, kommt das Antideutschtum endlich da an, wo es ohnedies hingehört: Bei der diesmal jüdischen statt deutschen Kulturträgermission im Osten. Das wirkt um so schwerer, als die Juden – die ja immerhin schon als Opfer Europas bezeichnet werden dürfen – als Vorkämpfer westlicher Zivilisation in der orientalischen Barbarei imaginiert werden und damit die heroisch-tragische Rolle erhalten, die man selbst mangels Kolonien und akzeptablem Weltmachtanspruch nicht mehr spielen kann. Die Umdeutung ist insofern total, weil die Juden, die aus diesem Konzept in der antisemitischen Ideologie ausdrücklich ausgeschlossen waren, nun zu seinen einzig verbliebenen Träger erkoren werden. Es wäre ja noch beruhigend, wenn sich dies als zionistische Verwirrung bezeichnen ließe, dann wäre noch Hoffnung: Innerhalb des Zionismus gab und gibt es ausreichend nationalismus- (und damit zionismus-)kritische und humanistische Tendenzen, die allerdings historisch und politisch den rechten Strömungen unterlegen sind. Faktisch gleichen sich die AD aber damit den extrem rechten, man darf sagen fundamentalistischen Strömungen in Israel an, die jeglichen Kompromiss mit Nichtjuden und jegliche Zugeständnisse an nichtjüdische Einwohner Israels und der geforderten (biblischen) Gebiete ablehnen und deren restlose Entfernung fordern. Die Haltung dieses Teils der israelischen politischen Öffentlichkeit erinnert nicht allein an die deutschen Vertriebenen (mit dem einzigen Unterschied, dass bei letzteren zwischen Verlust der und Forderung auf Rückkehr in die "Heimat" inzwischen 55 Jahre liegen, bei ersteren etwa 2000); in ihrer praktischen Umsetzung besteht zwischen den bewaffneten israelischen Siedlungen in den palästinensischen Autonomiegebieten und den arischen Wehrbauernhöfen kein prinzipieller Unterschied. Und genau in dieser, extremsten Äußerungsform biologisch-religiösen Nationalismus (und die Bindestrich-Attribution ist legitim, weil sich im hier von den Rechten herangezogenen Verständnis von Judentum dieses ausschließlich durch Geburt erwirbt), erscheint – wie auch in ihrer antideutschen Rezeption – "der Palästinenser" als der Inbegriff von Barbarei, Unbildung, Schmutz, Falschheit. Die Gegenüberstellung, die da vorgenommen wird, unterscheidet sich von der Wahrnehmung der osteuropäischen Juden durch die deutschen Herrenmenschen allenfalls in Details.

3. Der Jude als Kosmopolit

Es ist klar, dass sich eine solche Zuweisung von "Wesensarten" oder "blutsmäßigen Eigenschaften" allenfalls auf der Ebene der Terminologie unterscheidet. Hier tappen die strammen antideutschen Antisemiten in ihre eigene Falle: Sie weisen den Juden (bzw. stellvertretend für diese Israel) exakt die gleichen Eigenschaften zu, die ihnen auch vom rassistischen Antisemitismus vorgeworfen wurden. Sie seien die Träger von Demokratie, Humanismus, Kosmopolitismus. Am deutlichsten wurde dieser gefährliche Unsinn in den Kommentaren zu den Anschlägen vom 11. September. Dort wird das Ziel World Trade Center / New York / USA als Zentrum von Kosmopolitismus und Weltoffenheit sowie als Symbol für das internationale Finanzjudentum gesehen, welches das eigentliche Ziel des Anschlags gewesen sei. Abgesehen davon, dass jedeR, der/die schon mal in New York außerhalb von Südmanhattan oder Queens gewesen ist, bezweifeln möchte, dass diese Eigenschaften tatsächlich auf New York in seiner Gesamtheit zutreffen: Wirklich unangenehm berührt vor allem die Gleichsetzung des Juden mit Finanzkapital und Kosmopolitismus. Denn diese Gleichsetzung stammt nicht von den Attentätern oder ihren mutmaßlichen Auftraggebern; diese haben den Konnex 11. September – Israel ausschließlich dadurch hergestellt, dass sie die USA als Unterstützer Israels gebrandmarkt haben. Die Identifizierung des Anschlags auf das WTC als antisemitisch ist es, die den gleichen Blick auf den Juden verrät wie der Antisemitismus, nur daß die Vorzeichen umgekehrt werden.

Der Hinweis, dass die AD diese "jüdischen Eigenarten" nicht aus genetischen Prädispositionen herleiten, sondern aus der spezifischen Leidensgeschichte des Judentums hilft nichts, denn die gleiche Ableitung findet sich bei den Antisemiten bis hin zu Hitler persönlich. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die Zuschreibungen positiv statt negativ belegt werden. Und genau deshalb ist den AD ein strukturell rassistischer Philosemitismus vorzuhalten.



4. Verschwörung und Endkampf

Es bleiben – der näherungsweisen Vollständigkeit halber – einige Schlussbemerkungen. Die eine bezieht sich auf die gerne kolportierte These, es gebe eine internationale Verschwörung gegen Israel, an deren Spitze antisemitische Kreise in den Regierungen der Welt stünden. Muss näher nachgewiesen werden, dass lediglich "antisemitisch" gegen "jüdisch" auszutauschen ist, um den Satz von jedem Antisemiten unterschreiben zu lassen?

Zum anderen noch mal zum Kampf der Welten, wie ihn die AD sehen: Letzte Konsequenz der Ethnisierung der Philosophie, wie sie die AD halluzinieren (um mal ein Unwort zu verwenden, dass die Welt den AD verdankt) ist die Personifizierung eines Antagonismus im Verhältnis zwischen Juden und Muslimen. Tatsächlich handelt es sich aber, was die AD vermutlich ohnehin nicht verstehen würden, um einen Widerspruch, der aus dem Prinzip des modernen Nationalstaates selbst herrührt, also ein echter Antagonismus ist. Er repräsentiert darüber hinaus die grundsätzliche Gewalthaftigkeit der – bei den AD undialektisch positiv besetzten – "Modernisierung", die aber als zwingende Vorbedingung für das Reich der Freiheit angesehen wird, wo junge Teheranerinnen endlich in Miniröcken rumlaufen dürfen, zum Vergnügen der vertrockneten antideutschen Böcke. Wo, darf man sich da fragen, ist bloß die Einsichtsfähigkeit eines Karl Marx geblieben, der auf die Frage Vera Zasuliès, ob in Russland der direkte Übergang von der kollektiven Landbewirtschaftung zum Sozialismus möglich sein könne, erst gar nicht und dann mit der Ermunterung beantwortete: Vielleicht, wenn's gleichzeitig in den entwickelten Industrieländern die Revolution gibt. Bei den AD klingt das anders: Die bösen Muslime wollen keine Miniröcke, also sind sie gegen das bürgerliche Glücksversprechen. Da das selbst den AD zu lächerlich ist, wählen sie den Umweg über den Antisemitismus-Vorwurf. Das Phänomen Antisemitismus wird erstens nur halb verstanden, zum zweiten nicht dialektisch in seinen sozialen, ökonomischen und kulturellen Dimensionen verstanden: muslimischer Anti-Israelismus (der allerdings mitunter antisemitisch aufgeheizt wird) ist wegen der realen Frontstellung zwischen jüdischen Israelis und muslimischen Palästinensern nun einmal etwas anderes als deutscher Antisemitismus. Das Antisemitische wird, in der verkürzenden Diktion der AD und durch die Kombination mit der Identifizierung des Jüdischen mit der positiv besetzten Moderne, letztendlich zu einer ethnokulturellen Kategorie.

Die AD gleichen sich hier – wenn auch die Kategorien leicht verschoben sind – der "völkischen Sichtweise" an, indem sie unterstellen, es gehe bei der Auseinandersetzung zwischen Israel und seinen Gegnern um eine Auseinandersetzung zwischen Kollektiven, die bestimmte grundlegende Werte und Eigenschaften verkörpern. Dem bürgerlich-aufklärerischen Israel (und damit dem Judentum) steht im (fundamentalistischen) Islam eine antiemanzipatorische, barbarische Wesenheit gegenüber. Man möchte den Herren AD mal einen Besuch in Mea Schearim (orthodoxes Viertel in Jerusalem) empfehlen, damit sie das verifizieren können.

Dieser durch den Missbrauch philosophisch-wertkritischer Worthülsen in der Diktion der Frankfurter Schule verdeckte Kern (in dem die Bildung der einander gegenüberstehenden Kollektive nicht durch Rasse oder Tradition, sondern durch eine nicht genauer erklärte Form von Vergesellschaftung vermittelt wird) ist natürlich strukturell identisch mit dem Kampf ums Dasein, wie ihn die völkische Ideologie als eigentliche Triebkraft der Geschichte ausgemacht hatte.

Richtig an dieser Wahrnehmung ist allenfalls, dass der Fundamentalismus nicht allein eine machtorientierte Initiative lokaler Eliten ist, die Adorno nicht gelesen haben, sondern auch eine Bewegung gegen das, was mit dem Stichwort "Modernisierung" umschrieben wird. Die Weise, in der diese Personifizierung vorgenommen wird, findet ihren Gipfel in der dummdreisten Provokation anlässlich der Anti-Kriegs-Demonstration in Düsseldorf: Das AD-Transparent lautete – neben dem peinlichen "Lang Lebe Israel", in dem sich die populistisch-stalinistische Prädisposition der halbgebildeten jungen Männer mehr als deutlich machte – nicht etwa auf: Antisemitismus bekämpfen, sondern auf: Antisemiten bekämpfen. Wie sollen die geneigten (Zeit)GenossInnen das verstehen, wenn nicht als eliminatorischen Philosemitismus?

Die vorangegangenen Seiten thematisieren lediglich die schlimmsten Dummheiten antideutscher Verirrung. Es ließe sich noch Vieles sagen, über den falschen und/oder unkritischen Gebrauch philosophischer Kategorien wie Totalität und Vergesellschaftung, über den inneren Widerspruch des "bürgerlichen Glücksversprechens"; es ist die Mühe nicht wert. Ich belasse es daher mit einem Zitat, das sich die AD in Spiegelschrift auf die Stirn tätowieren sollten, damit es ihnen jeden Morgen ins Auge springt und irgendwann ins Hirn dringt. Adorno schreibt – einer von zwei Sätzen, die ich blind zitieren kann: "Es gibt kein richtiges Leben im Falschen." Guy Debord hat dies noch schärfer ausgedrückt: "Im wirklich verkehrten Leben ist das Wahre ein Moment des Falschen." Treffenderes lässt sich im Übrigen auch über das Wenige, was in den Ergüssen der AD noch Bodenhaftung hat, nicht sagen.

Anmerkung der LOTTA-Redaktion

Dieser Text wurde im Januar 2002 verfasst und uns vom Autor freundlicherweise zum Abdruck zur Verfügung gestellt. Konstruktiver Kritik, z.B. in Form von LeserInnenbriefen, sehen wir gespannt entgegen, was nicht als Angebot zu verstehen ist, dass wir in der nächsten Ausgabe 20seitige Gegenstatements abdrucken.

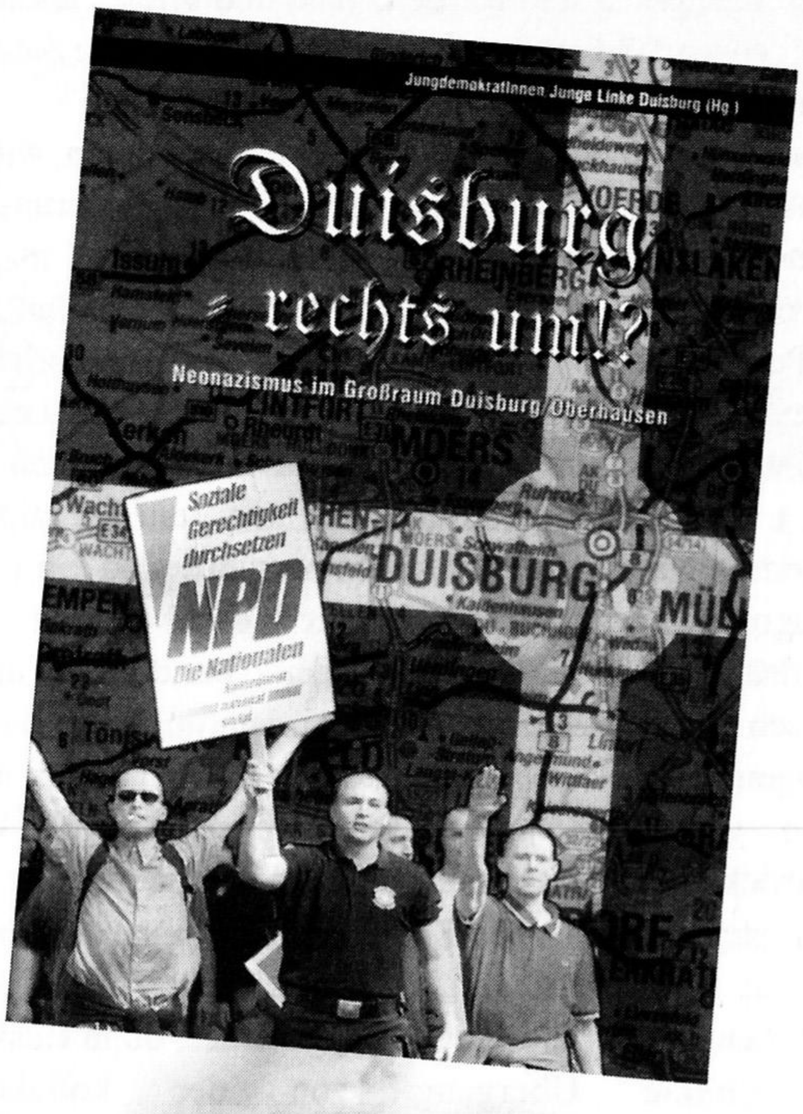
Rezensiert von Heike Mertnoch

Duisburg – rechts um!?

Neonazismus im Großraum Duisburg/Oberhausen

Ein derartiges Buch über neonazistische Strukturen und Rekrutierungsfelder müsste es eigentlich für alle Städte und Regionen geben. Detailliert und sachkundig wurde hier belegt, was bereits im Klappentext vorweggenommen wurde: „Die regionale neonazistische Szene ist sowohl gut organisiert, als auch höchst aktiv. Sie nutzt alle ihr zur Verfügung stehenden Rekrutierungsfelder." Die polizeiliche Version von der nicht vorhandenden Neonazi-Szene wird in dem Buch faktenreich widerlegt, die DrahtzieherInnen der Szene mit Foto 'vorgestellt'. Den HerausgeberInnen, den „JungdemokratInnen/Junge Linke Duisburg", ist es zu verdanken, dass es dieses Buch gibt. Im ersten Kapitel nehmen LOTTA-Autor Pierre Briegert, Jürgen Peters und Mark User auf 66 Seiten die regionalen Strukturen der NPD/JN, „Freien Kameradschaften" und ihr Umfeld unter die Lupe. Hierbei machen sie eine Zeitreise durch die Geschichte der einzelnen Organisationen. Es folgt ein Beitrag von Christian Dornbusch über die rechte Musik-Szene in der Region mit umfangreichen Hintergrundinformationen über die verschiedenen Musik-Szenen und Stile. Diese beiden Beiträge stellen den Schwerpunkt des Buches dar und füllen über 2/3 der insgesamt 148 Seiten. Ein dritter Beitrag von Klara Köpf und Pierre Briegert beschäftigt sich mit Frauen in der neonazistischen Szene, sowohl auf die allgemeine Problematik, als auch auf die neonazistischen Drahtzieherinnen und Organisationen in NRW und der Region bezogen. Ebenfalls sehr wertvoll ist der Anhang mit Kontaktadressen, Literaturtipps sowie Namens- und einem Organisationsregister. Etwas irritierend muten allerdings die beiden übrigen Kapitel zu Fußball sowie institutionellen und Alltagsrassismus in Duisburg an. Eigentlich zwei wichtige Themen, die aber maximal angerissen werden, ohne hierbei neue Erkenntnisse zu liefern. Immerhin wird aber der Beitrag des Duisburger Fanbeauftragten Jens Mühlfriedel durch die Dokumentation eines Textes über „Rechtsextremismus beim Fussball" aus der Ausstellung „Tatort Stadion" des „Bündnisses aktiver Fußball-Fans" (BAFF) ergänzt. Ärgerlicher ist der Beitrag von Bora Ergin vom Duisburger Büro gegen Rassismus zum Thema Rassismus in Duisburg, der die wichtige Thematik leider nur unzureichend behandelt. Zwar ist der Ansatz der HerausgeberInnen und des Autors, nicht nur die extreme Rechte zu thematisieren, sondern auch den Rassismus der Mitte, sehr löblich, hierfür hätte es aber mehr bedurft als die moralisch anprangernde Behandlung des Themas auf gerade einmal drei Seiten. So bestätigt sich leider die von den HerausgeberInnen im Vorwort formulierte Befürchtung, dass das Kapitel wie noch schnell angehangen erscheinen könnte.

Insgesamt aber wird der Wert des Buches hierdurch nur gering geschmälert. Positiv hervorzuheben ist auch das



ansprechende Layout mit insgesamt 135 Abbildungen. Das für nur 5 für jede/n erschwingliche Buch ist nicht nur für DuisburgerInnen und OberhausenerInnen von Interesse, sondern auch für Menschen aus anderen Regionen Nordrhein-Westfalens. In vielen anderen Regionen existieren vergleichbare neonazistische Strukturen, die aus den selben Organisationen der neunziger Jahre entstanden sind.

LOTTA sagt:
Schnell besorgen, bevor es vergriffen ist!

JungdemokratInnen/Junge Linke Duisburg (Hg.)
Duisburg - rechts um!?
Neonazismus im Großraum Duisburg/Oberhausen
Duisburg 2002, erschienen im Eigenverlag,
148 Seiten, 135 Abbildungen,
ISBN: 3-9806044-4-6, Preis: 5 ,
Bezug auch über duisburg@jungdemokratinnen.de

Rezensiert von Bernd Krobeck

Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften

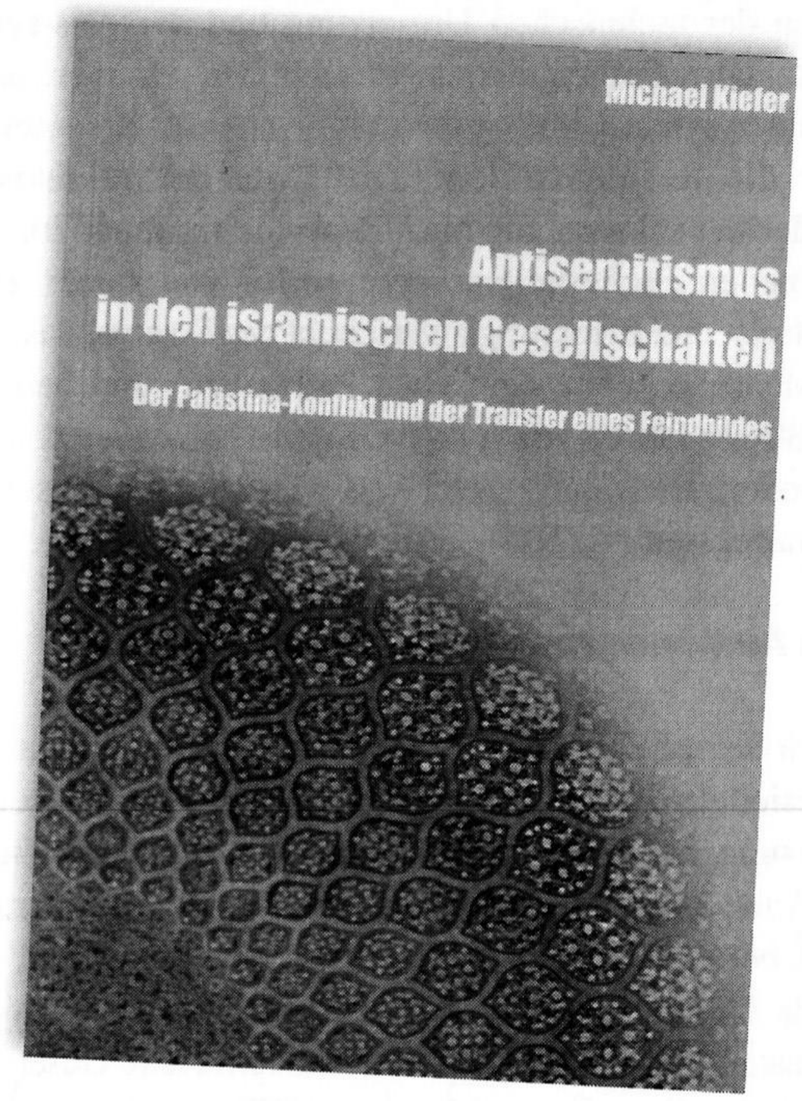
Seit dem 28 September 2000, als Ariel Scharon in der Gefolgschaft von 1.000 Polizisten den Tempelberg besuchte, vergeht kein Tag ohne Gewalt in Palästina. Das alltägliche Sterben ist zum blutigen Normalfall geworden und zum gegenwärtigen Zeitpunkt steht nur eines fest: Der Friede, der nach Oslo in greifbare Nähe gerückt war, ist heute ferner denn je.

In Deutschland hingegen dient dieser Konflikt in völlig unterschiedlichen politischen Sphären als Folie zur Austragung politischer Interessen. Von der staatstragenden Politik wird der Konflikt für die Durchsetzung hegemonialer Bestrebungen in der Außenpolitik instrumentalisiert. Staatstragende Kampagnen gegen Antisemitismus dienen dem öffentlichen Bild von einem „neuen" und „selbstbewussten" Deutschland. Auch die radikale Rest-Linke projiziert eher ihre eigenen Probleme auf den Konflikt, als sich sachgerecht mit dem Thema auseinanderzusetzen. Da wird der Koran zu Hitlers „Mein Kampf" erdichtet, der militärisch-industrielle Komplex der USA zum letzten antifaschistischen Garant vor dem „NS-Djihad" erkoren oder anderseits das „kämpfende Volk" der Palästinenser gegen das „zionistische Gebilde" Israel verherrlicht. Bar jeglicher Grundkenntnis über den Islam sowie auch über den Antisemitismus scheint sich die deutsche Rest-Linke über den Alleinvertretungsanspruch auf das antifaschistische Verdienstkreuz aktuell zu zerfleddern. Die Juden und der Staat Israel wie auch das palästinensische Leid dienen in solchen Auseinandersetzungen lediglich als instrumentelle Projektionsfolien eigener moralischer Etikettierungen und politisch verkleideter Gewaltphantasien. Gerade im Kontext des 11. Septembers sollte sich die Auseinandersetzung um Islamismus und Antisemitismus an Fakten anstelle von dualistischen Zuschreibungen orientieren.

Hierzu leistet der FGK e.V. – zugleich Produzent der Düsseldorfer StattZeitung TERZ – mit der Herausgabe einer Neuerscheinung einen fundierten Beitrag.

Über die scheinbare Unauflösbarkeit des palästinensisch-israelischen Konflikts ist in den letzten zwei Jahren viel geschrieben worden. Jedoch gab es nur wenige Publikationen, welche die auf beiden Seiten vorhandenen Feindbilder in ihrer Genese und Entwicklung analysierten.

Die neue Studie des Islamwissenschaftlers Michael Kiefer schließt – zumindest auf einer Seite – die vorhandene Erkenntnislücke. Die Untersuchung beschreibt detailliert die Genese und den Konstruktionsprozess antisemitischer Feindbilder. Hierbei beginnt die Studie nicht mit der Gründung des israelischen Staates im Jahr 1948, sondern umfasst auch die bisher wenig beleuchteten Aspekte eines dunklen Kapitels der europäischen Kolonialgeschichte im Nahen Osten.



Wer weiß heute schon, dass der Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften bis zur Napoleonexpedition im Jahr 1798 nahezu unbekannt war? Die Geschichte der Judenfeindschaft im Nahen Osten ist auch die Geschichte eines folgenschweren Ideologietransfers, für den die ehemaligen Kolonialmächte verantwortlich zeichnen.

Die Neuerscheinung beschreibt detailliert den „Export" und die Weiterentwicklung antisemitischer Feindbilder in den islamischen Gesellschaften. Der historische Bogen, der hierbei gespannt wird, reicht von der Ägyptenexpedition Napoleons bis in die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen die einzelnen Etappen des Palästinakonflikts.

Fundiert und prägnant wird eine Erklärung des Antisemitismus und dessen Differenz zum klassischen Rassismus hergeleitet.

Im Anhang an die Untersuchung werden aktuelle islamistische Strömungen in der BRD vorgestellt und in ihrer Ausrichtung kritisch beschrieben.

Michael Kiefer
Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften.
Der Palästina-Konflikt und
der Transfer eines Feindbildes
Druck im FGK, Düsseldorf 2002, 172 S.
14,90 EURO, ISBN: 3-9805861-2-X

Von der Aktion Knastmucke – eine antirassistische Initiative

Tendenz zur Totalerfassung!

Dass MigrantInnen in diesem Staat als Experimentierfeld für alle neu entwickelten Kontroll-, Erfassungs- und Verwahrungsmaßnahmen, einschließlich der Möglichkeiten der technischen Umsetzung und der Auswertung der sozialen Folgen dienen, ist nicht neu. Erinnert sei nur an die Asylcard, Lebensmittelgutscheine, Sammellager oder die Residenzpflicht. Die Liste der rassistischen Sondermaßnahmen für Nichtdeutsche ist lang. Im Zuge der neuen Sicherheitsgesetze sollte von daher einem Kontroll- und Erfassungsinstrument des Staates, das explizit Menschen ohne deutschen Paß betrifft und bereits in den 80iger Jahren von linken Gruppen thematisiert wurde, besondere Beachtung geschenkt werden: dem Ausländerzentralregister (AZR).

Das Ausländerzentralregister (AZR)

Seit seiner Einrichtung im Jahre 1953 ist das in Köln angesiedelte AZR zentrales Instrument der Sondererfassung aller Nichtdeutschen. Es entstand mit Beginn der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zur „verstärkten Überwachung der Ausländer im Bundesgebiet“ und wurde bereits 1967 auf automatische Datenverarbeitung umgestellt. Erst 1994 bekam es mit dem AZR-Gesetz eine rechtliche Grundlage. Mit dem AZR wurde ein Informationsverbund von Ausländerbehörden, Grenzschutz, Zoll, Justiz, Arbeitsämtern, Geheimdiensten, Verfassungsschutz und Polizei geschaffen. Das machte es zu einem zentralen Netzknoten der staatlichen Sicherheitsorgane. Das Register ermöglichte auch online den Zugriff auf den/die Erfaßte/n mittels einer Art Personenkennziffer (AZR-Nummer) und wurde auch in Form der „Gruppenerfassung“ (Rasterfahndung) genutzt. Nicht nur das verfassungsrechtlich verankerte Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten wurde hierbei aufgehoben, gespeichert wurden neben Personalien, Herkunftsland, Aufenthaltsstatus (Asylantrag, Ablehnung, Abschiebung) auch ungesicherte Informationen über die Person und ihre familiäre und soziale Situation, wie z.B. die finanzielle Lage der Familie oder Arztbesuche, die bei der Datenerhebung angefallen waren. Selbst nicht nachweisbare Vermerke, wie Gerüchte und Denunziationen, wurden nicht ausgeschlossen.

Bereits 1986 war das AZR Ziel einer Aktion der Stadtguerillagruppe „Revolutionäre Zellen“ (RZ). Ein Sprengsatz legte damals die Lüftungsanlage des Rechenzentrums lahm, so dass ein großer Teil der Computer durch die Temperaturschwankungen und den Metallstaub stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Viele Datenbestände wurden dabei zerstört und das AZR war mehrere Wochen außer Betrieb. In der Erklärung der Gruppe hieß es: „Das AZR sammelt und liefert das Material für die Strategie, die auf eine Liquidierung und Durchstaatlichung der Ausländerkolonien und -communities, ihres Solidaritätsnetzes, ihrer verdeckten Strukturen, ihrer Subkulturen und illegalen Lebensformen abzielt.“

Die Freiheit stirbt mit Sicherheit

Die Änderungen in Bezug auf das AZR im Rahmen der neuen Sicherheitspakete ermöglichen nun den Zugriff auch ohne konkrete „im Einzelfall bestehende Gefahr“. Die Sozialämter wurden als Übermittlungsempfänger in den Datenverbund mit einbezogen. Des Weiteren darf der Bundesnachrichtendienst selbständig den Datenbestand rastern. Die im AZR gespeicherten Personenkennziffern (PKZ) werden vorerst nur bei der VISA-Datei um das Lichtbild und biometrische Daten erweitert, d.h. alle Personen, die ein Visum für die BRD beantragen, gelangen automatisch in die entsprechende AZR-Datei, samt ihrer Fingerabdrücke oder einer speziellen Anordnung der Wangenknochen und der Schädelform. Relevant ist dies nicht nur für Kontrollen und Behördenkontakte, sondern auch bei digitalem Bildabgleich im öffentlichen und halböffentlichen Raum. Im komplett mit Kameras überwachten Düsseldorfer Hauptbahnhof könnte so zum Beispiel das Bild einer Person mit der AZR-Datei abgeglichen werden und bei Erfolg alle über die Person gespeicherten Daten mitgeliefert werden. Die in der Praxis schon längst zur Routine gewordenen „verdachtsunabhängigen“ Kontrollen des Bundesgrenzschutzes (BGS) an deutschen Bahnhöfen werden mit solchen Mitteln weiter optimiert und machen öffentliche Plätze praktisch zur „no-go-area“ für MigrantInnen.

Diese neuen sicherheitspolitischen Maßnahmen, die nach dem 11. September unter dem Mantel der „Terrorismusbekämpfung“ geschaffen wurden, haben eine klare Tendenz zur Totalerfassung. Im Kern geht es den rot-grünen SicherheitsstrategInnen um Leistung und Erfassung. Dass es als erstes wieder MigrantInnen trifft, ergibt sich aus ihrer marginalisierten Stellung innerhalb der deutschen Gesellschaft. Die neuen Kontroll- und Erfassungsmechanismen werden in Zukunft aber auch auf andere gesellschaftliche Gruppen angewendet werden. Die Datensammelwut deutscher Behörden, die noch in erster Linie SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslose betrifft zeigt schon an, wohin die Reise geht. Auch die Diskussion um die Einführung der Chipkarte an den Hochschulen, auf der genau festgehalten werden soll, wer wann und wo ein Seminar besucht hat, muss in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Demonstration am 25. Mai in Köln
AZR abschaffen! *Gegen rassistische Erfassung, Verwertung, Kontrolle und Ausgrenzung vorgehen*

Nähere Infos unter http://infoladen.de/koeln/azr
und über koeln@infoladen.net

Kurzberichte

NRW-Allgemein

Landesvorstand der NPD

von Tanja Herrmann

Schon lange ist er her, der letzte ordentliche und 35. Landesparteitag der NPD NRW. Auch wenn sich wegen der V-Mann-Tätigkeit des Landesvorsitzenden **Udo Holtmann** ein wenig verändern wird, so seien doch an dieser Stelle im Nachhinein die Wahlergebnisse präsentiert.

Der von Bernd Kremer, Vorsitzender des NPD Bezirksverbands Ruhr, organisierte Parteitag am 16.9.2001 verlief „in der gastlichen Stadt Essen" völlig „störungsfrei und kriminelle Verbrecherbanden der Antifa waren nicht zu sehen", berichtete die NPD zufrieden. Als Redner traten **Axel Hellmann** und der NPD-Bundesvorsitzende **Udo Voigt** in Erscheinung. Voigt erneuerte „ein Angebot an DVU und Republikaner zur Zusammenarbeit". Als Landesvorsitzender wurde Udo Holtmann mit 100% der Stimmen bestätigt, Stellvertreter wurden **Wolfgang Henning** (Bochum), **Bernd Kremer** (Essen) und **Timo Pradel** (Iserlohn). Zu Beisitzern wurden gewählt: **Claus Cremer** (Bochum), **Manfred Gutsche** (Minden), **Stephan Haase** (Lüdenscheid, MK), **Detlev Hebbel** (Velbert, Kreis Mettmann), **Axel Hellmann** (Schwelm, EN-Kreis), **Erwin Kemna** (Ladbergen, Kreis Steinfurt), **Wolfgang Kevering** (Herten, Kreis Recklinghausen), **Dieter Koch** (Sprockhövel, EN-Kreis), **Stephan Lux** (Heiligenhaus, Kreis Mettmann), **Horst Rosenow** (Dortmund) und **Bruno Kirchner** (Köln). Kassenprüfer wurden **Gerd Gierke**, **Martina Gutsche** (Minden) und **Peter Körbs**, Landesschiedsgerichtsvorsitzender **Olaf Hoffmann**, als dessen Stellvertreter **Bernhard Prinz** gewählt wurde. Zu Delegierten in den Bundeshauptausschuß wurden bestimmt: Manfred Gutsche, Detlev Hebbel, **Mirco Heier**, Bruno Kirchner, **Carsten Römhild** (Bochum), Horst Rosenow und **Nico Wedding** (Duisburg).

Die Landesliste NRW zur Bundestagswahl 2002 wurde wie folgt bestückt:

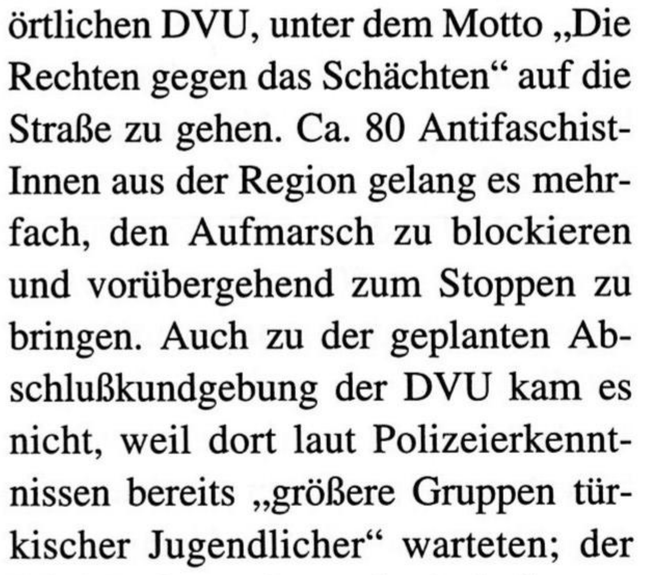
1. Udo Voigt , 2. Udo Holtmann, 3. Erwin Kemna, 4. Dieter Koch, 5. Timo Pradel, 6. Horst Rosenow, 7. Stephan Haase, 8. Manfred Gutsche, 9. Bruno Kirchner, 10. Bernd Kremer, 11. **Wolfgang Duda** (Oberhausen), 12. **Marcus Spruck** (St. Augustin, Rhein-Sieg-Kreis), 13. Claus Cremer, 14. **Ralf Liebers**

Aachen/Düren und Umland

DVU marschierte in Stolberg

von AntifaschistInnen aus Aachen

Stolberg: Am 16.02.2002 folgten gerade einmal 30 Nazis dem Ruf der örtlichen DVU, unter dem Motto „Die Rechten gegen das Schächten" auf die Straße zu gehen. Ca. 80 AntifaschistInnen aus der Region gelang es mehrfach, den Aufmarsch zu blockieren und vorübergehend zum Stoppen zu bringen. Auch zu der geplanten Abschlußkundgebung der DVU kam es nicht, weil dort laut Polizeierkenntnissen bereits „größere Gruppen türkischer Jugendlicher" warteten; der Mini-Aufmarsch wurde deshalb vorzeitig beendet. An dem Aufmarsch nahmen einige wenige Mitglieder der „Kameradschaft Aachener Land", neonazistische Skinheads und vor allem Rentner und einheimisches Fußvolk teil. Angemeldet hatte den Aufmarsch **Willibert Kunkel**, der für die DVU im Stolberger Stadtrat sitzt, inzwischen aber mit der NPD liebäugelt. Alte Bekannte - wie z.B. der einheimische ehemalige „Wiking-Jugend"-Führer **Wolfgang Nahrath** - waren nicht vor Ort. Bemerkenswert ist noch, daß **Rene Laube** (Langerwehe) von der „Kameradschaft Aachener Land" trotz sprachlicher Schwierigkeiten versuchte, eine ‚Wir-sind-die-guten'-Rede zu halten. Später wurde er in Polizeigewahrsam genommen, weil er es sich nicht verkneifen konnte, die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" zu skandieren.



Kollateralschäden

von AntifaschistInnen aus Aachen

Langerwehe: Zeitungsberichten zufolge hatten Mitglieder der „Kameradschaft Aachener Land" offensichtlich Probleme auf dem Weg zum NPD-Marsch gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht am 2.2 in Bielefeld. Für acht Neonazis, die sich zuvor offenbar bei **René Laube** gesammelt hatten, endete die Tour bereits 300 Meter weiter am Bahnhof. Nach Polizeiangaben sorgten überraschend auftauchende Personen dafür, dass aus dem Ausflug nach Ostwestfalen nichts wurde. Bis nach Bielefeld will es aber eine Delegation der befreundeten „Mijnstreekoostskins" aus Heerlen / NL geschafft haben, die dann dort vergeblich nach ihren „Kameraden" suchten.

Dortmund

Siggi kauft „Büffelpisse" und versteht nicht, warum er in den Knast muss

von Pierre Briegert

Hätten nicht AntifaschistInnen das neonazistische Konzert am 16.3. und den skandalösen Umgang der Polizei in Dortmund damit thematisiert (siehe Artikel in dieser Ausgabe), wäre die für den 31.3. geplante Party mit der Bremer Nazihoolband „Kategorie C" anlässlich des 20jährigen Bestehens der „Borussenfront" um **Siegfried**

Borchardt wahrscheinlich erneut reibungslos über die Bühne gegangen. So aber war die Öffentlichkeit sensibilisiert und die Dortmunder Polizei um „Transparenz" bemüht. Die angemieteten Räumlichkeiten wurden vom Vermieter gekündigt. Offensichtlich gelang es Borchardt und Co. nicht mehr, Ersatzräume in der Region zu organisieren, so dass nun für den 30. und 31.3. Demonstrationen in Dortmund angemeldet wurden, die aber mit der Begründung verboten wurden, „dass es sich ... um eine in die Öffentlichkeit getragene Ersatzveranstaltung für die ursprünglich geplante Veranstaltung zum 20. Jahrestag der ‚Borussenfront' in den ‚Eventhallen' in Dortmund-Schüren handelt", also um einen privaten Event und nicht um eine tatsächliche Demonstration. So mußte auf ein privates Gelände im hessischen Kirtorf ausgewichen werden. Laut Polizeiangaben „reisten ... ca. 65 Rechte vom Dortmunder Hauptbahnhof aus mit dem Zug nach Hessen." Insgesamt versammelten sich letztendlich nach Presseangaben 600 Personen, darunter 100-150 „Borussenfront"-Mitglieder auf dem Gelände, das von seinem Besitzer in den letzten Jahren immer wieder für derartige Anlässe zur Verfügung gestellt worden war. Kommentare von Partygästen wie „Es war arschkalt, wegen Open Air. Hätte ich das vorher gewusst, wär ich nicht hingefahren. Und an Bier gabs nur DAB, diese Büffelpisse kann ich nicht saufen", sprechen allerdings nicht für eine gelungene Party. Offenbar ist Borchardts Glückssträhne nach dem Konzert am 16.3. beendet gewesen. Wenige Tage vor der „Borussenfront"-Party war er sogar wegen schwerer Körperverletzung an einem „Kameraden" – für „SS-Siggi" eine „normale Auseinandersetzung unter Kameraden" - zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden.

Siegfried Borchardt versteht es nicht

Düsseldorf

Naziaufmärsche zu verhindern, ist nicht strafbar!

von der Rechtshilfegruppe Düsseldorf

"Wir werden den Naziaufmarsch am 28.10 2000 in Düsseldorf verhindern! Wir werden uns um 9:30 Uhr am Grabbeplatz sammeln, danach durch Düsseldorf demonstrieren und, wenn es geht, auf die Demoroute der Nazis kommen und dort verbleiben, in der Hoffnung, daß sie keine 100 Schritt weit kommen." So soll sich laut Anklageschrift der ehemalige AStA-Vorsitzende der Heinrich-Heine-Universität am 16.10.2000 in einem WDR Interview geäußert haben. Die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft sah darin einen Aufruf zu Straftaten und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Denn laut Polizeiangaben sind im Verlaufe der antifaschistischen Proteste am 28.10. mehrere Streifenwagen beschädigt worden und über 200 Personen zum größten Teil wegen Verdachts des Landfriedensbruch in Gewahrsam genommen worden. Dem Angeklagten wurde die Planung und das Billigen von Gewalt, wie z.B. das Überschreiten von Polizeiabsperrungen, unterstellt. Dass über 180 Organisationen in einem "Bündnis gegen Rechts" einen Aufruf unterzeichneten, der im Wortlaut fast identisch mit dem Interview war, interessierte die Staatsanwaltschaft dabei wenig. Der zuständige Amtsrichter war da anderer Meinung. Er ließ die Liste der UnterzeichnerInnen im Gerichtssaal laut verlesen und zitierte einen Artikel von Paul Spiegel über Widerstand und Zivilcourage in Deutschland. Das Aufrufen zum "Verhindern" und "in den Weg stellen" ohne andere genaue Aufforderungen stellte für den Richter keine Straftat da. Somit lautet das Urteil am 25. Februar 2002 Freispruch.

NRW-Nazis on the road

Urteile im München-Prozess

von Pierre Briegert

Am 1.3. wurde vor dem Münchener Landgericht das Urteil gegen die Hauptangeklagten wegen des fast tödlich ausgegangenen neonazistischen Angriffs auf einen Griechen am 13.1.2001 in München gesprochen. Der Angriff erfolgte von einer Geburtstagsparty in einer Münchener Gaststätte aus. Beteiligt und vor Ort waren auch diverse Personen aus NRW (*siehe LOTTA Nr. 5*). Damit sind mit Ausnahme des Regensburger Burschenschaftlers **Michael Müller** alle Urteile gesprochen. Neonazis aus NRW kassierten die folgenden Strafen: Der NPD-Kommunalwahlkandidat **Christoph Schulte** aus dem Märkischen Kreis erhielt sechs Jahre, seine Freundin **Maria Anna von Papen** aus Arnsberg fünf Jahre Jugendstrafe wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung, der ehemalige Geldener und Velberter und heutige Münchener **Norman Bordin** kassierte ein Jahr und drei Monate wegen einer versuchten und einer vollendeten gefährlichen Körperverletzung. Der ehemalige Lüdenscheider und heutige Münchener **Reiner Mehr** wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen, die zeitweise in Düsseldorf lebende Krankenschwester **Daniela Adomat** aus München und zwei Arbeitskolleginnen aus dem „Evangelischen Krankenhaus Düsseldorf" wurden erst gar nicht angeklagt, da es offenbar keine konkreten Hinweise auf eine Tatbeteiligung gab. Adomat machte aber als Zeugin falsche Angaben und versuchte ihren ehemaligen Freund Bordin ein Alibi zu verschaffen. Unabhängig vom Münchener Prozess waren noch mindestens der Wittener **Carsten Köppe**, der Lüdenscheider **Marc Miekeley** und heute in den Niederlanden lebende Ex-Dortmunder **Michael Krick** als Fluchthelfer für Schulte in den Fall verstrickt.

— LOTTA empfiehlt —

"Stop Lifestyle of Hate"

ist eine Broschüre, die umfassend und ausgezeichnet recherchiert über die extreme Rechte in Ostwestfalen-Lippe berichtet.

Erschienen ist sie zu Jahresbeginn 2002.
Kosten: 3 Euro, bei 10 Exempl. je 2 Euro

Bestellt werden kann unter:
Antifa West
c/o BI Bürgerwache
Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld

Impressum

V.i.S.d.P.: G. Kroller, c/o Lotta

Lotta
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: 3 monatlich
Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Aushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der Mega-LOTTA-ABO-Schnippsel!

Pro Jahr erscheinen vier LOTTA-Ausgaben. Der Stückpreis beträgt 2 Euro plus Porto, für WiederverkäuferInnen (ab 5 Stück) 1,50 Euro plus Porto.

Unsere Kontoverbindung lautet:

Geschichtswerkstatt Dortmund e.V.
Konto-Nr.: 021023493
BLZ: 44050199
Stadtsparkasse Dortmund
Stichwort: LOTTA

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/ Person und die Nummer der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben

Alle Preise inkl. Porto

O Jahresabo	11 Euro
O Jahresabo, Förderabo „Ente"	16 Euro
O Jahresabo, Förderabo Mittelklasse	21 Euro
O Jahresabo, Förderabo S-Klasse	..... Euro

Ich überweise den Jahresbeitrag von ..... umgehend auf Euer Konto.

Ich habe den Jahresbetrag von ..... in bar beigelegt.

Archiv-Pack
(bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgaben Nr. 4-7 (inkl. Porto)	5 Euro

Jahresmehrfachabo für WeiterverkäuferInnen (ab 5 Exemplare)

O Jahresabo 5 Exemplare	30 Euro + Porto
O Jahresabo 10 Exemplare	60 Euro + Porto
O Jahresabo 20 Exemplare	120 Euro + Porto
O Jahresabo 30 Exemplare	180 Euro + Porto

Wir / Ich überweise/n Euch jeweils ¼ des Jahresbeitrages nach Erhalt einer jeden Ausgabe auf Euer Konto (nur für Weiterverkäufer/innen).

An die

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

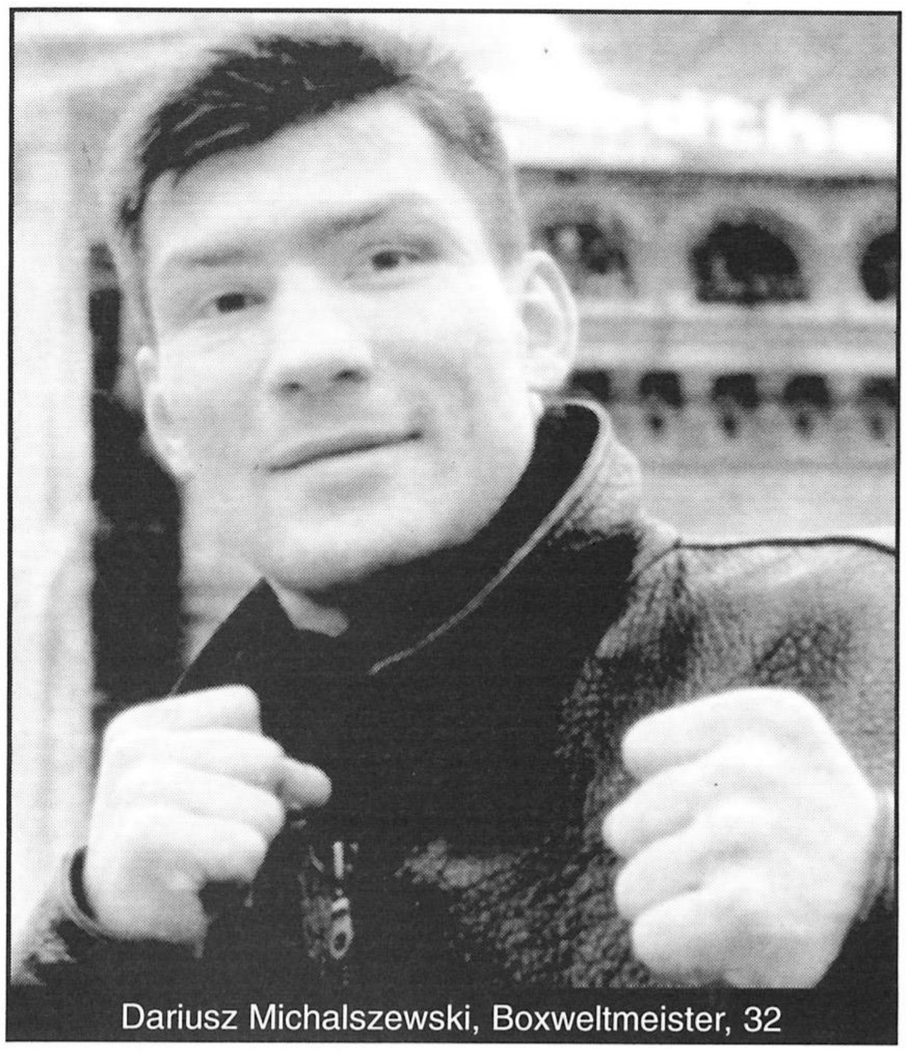
Bestellungen können auch an lotta@koma.free.de gemailt werden

.....
Vorname, Name, Gruppe

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail und/oder Telefonnummer

....
Ort, Datum Unterschrift



Dariusz Michalszewski, Boxweltmeister, 32

"Niemand wird als Nazi geboren. (...) Manchmal müssen sie eins auf die Schnauze kriegen, damit sie kapieren. Wie es mein Freund Carlos Gomez aus Kuba gemacht hat. Den hatten drei Skins beim Billard auf Usedom angepöbelt. Die wussten nicht, dass ein echter Champ vor ihnen stand."

aus: STERN

talking is over - action is on!

Demonstration gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus

Samstag, 11. Mai 2002
in Dorsten

Beginn: 11.00 Uhr
am Busbahnhof

fight fascism - smash capitalism!!

antifajugend.dorsten